

**ZÜRCHER
JOURNALISTENPREIS
1982**

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort von Dr. Hans W. Kopp, Präsident der Jury des Zürcher Journalistenpreises	3
Ehren-Urkunden für die Preisträger Caroline Ratz, Jonn Hüberli, Wilfried Maurer, Hans Moser und Edmund Ziegler	5
"Wir Kinder vom Hirschenplatz" (Caroline Ratz)	10
"Früher kränkelte sogar der Pfarrer" (Jonn Hüberli)	52
"Gesehen und gehört" (Wilfried Maurer, Hans Moser, Edmund Ziegler)	65
Würdigungen	107
Auszüge aus dem Presse-Echo	114
Reglement über die Verleihung des Zürcher Journalistenpreises	121
Auslegungsentscheide der Jury (in Stichworten)	129
Administrative Angaben	130

VORWORT

Die zweite Ausschreibung des Zürcher Journalistenpreises führte im Vergleich mit der letztjährigen insofern zu einer reicheren Ernte, als rund doppelt so viele Bewerbungen eingereicht wurden.

Die Jury hatte genau 113 Einsendungen zu begutachten, unter denen sich nicht wenige umfangreiche Serien und Themensammlungen befanden. Kurz vor dem Einsendetermin brach eine Flut von Zeitungs- und Zeitschriftenartikel über das Jury-Sekretariat herein. Es gab auch Einsendungen, mit denen der Jury weit mehr als drei Werke ein und desselben Journalisten vorgelegt wurden.

In diesem Zusammenhang möchte ich Sie im Namen der Jury um zweierlei bitten: Senden Sie Ihre Arbeiten bitte auch durchs Jahr hindurch an unser Sekretariat, warten Sie nicht bis kurz vor Torschluss; und legen Sie der Jury nicht mehr als drei verschiedene Bewerbungen desselben Autors vor.

Wird dem letztern Wunsch keine Rechnung getragen, so wird die Jury in der Regel beim Einsender rückfragen, welche drei Arbeiten er in der Bewerbung belassen bzw. welche er ausscheiden will.

Der Jury wurden in diesem Jahr vor allem auch einige vorzügliche breit angelegte Team-Arbeiten vorgelegt. Die Jury ist aufgrund des Reglements verpflichtet, hauptsächlich Einzelbeiträgen ihre Aufmerksamkeit zu schenken. Das bedeutet bei weitem nicht, dass Gruppenarbeiten keine Chance haben. Die Jury muss jedoch im Einzelfall eine gewisse Vorsicht walten lassen, damit sie nicht die Leistung eines grossen und - hoffentlich - reibungslos funktionierenden Redaktionsapparats bewertet, sondern das Wollen und Können des einzelnen Journalisten hervorhebt.

Im Hinblick auf die Preisverleihung 1982 hat die Jury von ihrem Recht, von sich aus zusätzliche Arbeiten in die Beurteilung einzubeziehen, nicht Gebrauch gemacht. Der Segen war auch so bunt genug; in Zweifelsfall aber wollten wir ganz bewusst jenen

Arbeiten den Vorzug geben, die Autoren und Dritte in der Meinung, hier sei Besondres und Ausserordentliches entstanden, an uns herantrugen. Ein gutes Dutzend Arbeiten verblieb in der "Schlussrunde", aus den verschiedensten Erwägungen mussten schliesslich alle ausser den jetzt preisgekrönten Beiträgen doch noch ausgeschieden werden. Vergleichen lassen sich die prämierten Arbeiten schwer. Sie decken ein Spektrum ab, das breiter kaum vorstellbar wäre. Darum vor allem hat die Jury auf Abstufungen in der Rangierung der preisgekrönten Texte nach langer Diskussion verzichtet. Alle mit Preisen bedachten Arbeiten stehen also im selben 1. Rang.

Möge der Zürcher Journalistenpreis weiterhin an Gewicht und Bedeutung gewinnen.

Hans W. Kopp
Präsident der Jury

EHREN-URKUNDEN FÜR
DIE PREISTRÄGER

DER ZÜRCHER JOURNALISTENPREIS 1982

wird

FRAU CAROLINE RATZ

für ihre Arbeit

"WIR KINDER VOM HIRSCHENPLATZ"

erschienen im "Züri Lex"
im April/Mai 1982

verliehen

Zürich, 2. April 1982

DIE JURY



Dr. Hans F. Kopp



(Dr. Margrit Bohren-Horvath)



(Prof. Dr. Gerhard Schmidtken)



(Dr. Arthur Baum)



(Dr. Walter Stutser)

DER ZÜRCHER JOURNALISTENPREIS 1982

wird

HERRN JOHN HÄBERLI

für seine Arbeit

"FRÜHER KRÄTTELTE SOGAR DER PFARRER"

erschienen im Heimatspiegel,
Beilage zum Zürcher Oberländer Nr. 4/1981

verliehen

Zürich, 2. April 1982

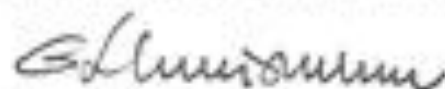
DIE JURY



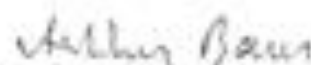
(Dr. Hans J. Kopp)



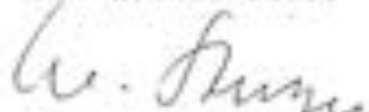
(Dr. Margrit Bohren-Boernli)



(Prof. Dr. Gerhard Schmidtchen)



(Dr. Arthur Baur)



(Dr. Walter Stützer)

DER ZÜRCHER JOURNALISTENPREIS 1982

wird

HERRN WILFRIED MAURER HERRN HANS MOSER HERRN EDMUND ZIEGLER

für ihre Arbeit

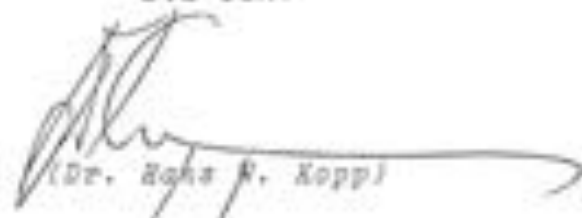
"GESEHEN UND GEHÖRT"

erschienen im Tages-Anzeiger
im Verlauf des Jahres 1981

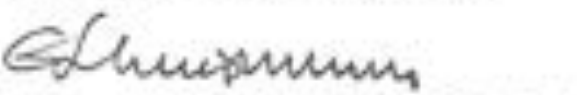
verliehen


Zürich, 2. April 1982

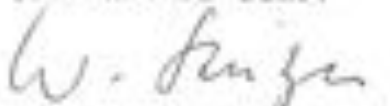
DIE JURY


(Dr. Hans P. Kopp)


(Dr. Margrit Bohren-Boernli)


(Prof. Dr. Gerhard Schmidtken)


(Dr. Arthur Baur)


(Dr. Walter Stutzer)

MIT DEM
ZÜRCHER JOURNALISTENPREIS 1982
AUSGEZEICHNETE ARBEITEN

Wir Kinder vom Hirschen- platz

Die Drogenpolitik
2004 wurde immer
schärfer, immer
mehr zum Ziel
Nachtarbeit und
Brotkrumen
in den Straßen
zu bekommen
ist für mich
Gemeinschaft
vorbei.
Drogenpolitik
ist ein
Kollisionsfeld
von Kindern
die sich nicht
bewusst sind
dass sie
nicht
Christen
sind.
am
Hirschenplatz
die Serie
auf
beginnt
1500 und 2000
junge Menschen
wollen unter
schweren
Tag, wie der
auf
dem
ohne den
leben können.

Foto:
Robert Oberhelzer



Alltag der Süchtigen: Betteln, stehlen, lügen



Hirschenplatz: Spaziergänger im Sonnenschein - und im Schatten zirkulieren die Drogen.

Foto: Robert Oberholzer

Hirschenplatz, Samstag um halb drei Uhr: Ganz Zürich ist auf der Gasse und geniesst die ersten Sonnenstrahlen genauso intensiv wie im nahen Hauseingang der erste Betrunkene seinen Rausch. Die älteren Zürcher bewegen sich ungewohnt fröhlich quer durch die Gassen hin zum Hirschenplatz, den sie ihren Kindern verbieten und den sie selbst nach Mitternacht raschen Schrittes und mit gesenktem Kopf überqueren.

Aber auf dem Hirschenplatz steht die Zeit nicht still. Hier sitzen, stehen, lachen und (ver)handeln auch nachmittags diejenigen, die man die «Drögel» nennt; deren Eltern im Gespräch mit Freunden den Sohn verschämt als «in den Ferien weilend» bezeichnen oder deren grösste Angst es ist, hier zufällig auf die eigene Tochter zu stossen, die sich eben ein wenig Stoff besorgt. Erschreckend harmlos sieht im Sonnenlicht das aus, was jeder weiss und niemand sehen will: Dass die vom «Stern» herausgegebene Biografie der jugendlichen Berliner Fixerin Christiane F. «Wir Kinder vom Bahnhof Zoo» längst auch in Zürich die Fortsetzung «Wir Kinder vom Hirschenplatz» hat. - Nicht in dem Ausmass vielleicht, aber in den Ansätzen sicher.

Wir Kinder vom Hirschenplatz



**Drogen in Zürich — die heimliche Katastrophe
Eine Serie
von Caroline Ritz**

Geschäftsbesitzer beklagen sich, dass vor ihrer Tür «weiner mit der Spritze sitzen». Die Pächter der einschlägigen Lokale ähnten verhissen darauf, dass sich ihre Stammgäste nicht gerade auf ihre Toilette den letzten Heroin-Schuss ihres Lebens in die Venen jagen.

Als ich im Alter von 16 Jahren verbotenerweise in der Discothek «Castel Puh» tanzte und auf der Toilette gerade dazukam, wie ein Mädchen seinem winternden Freund die Spritze in den abgehängten Oberarm sties, bin ich weinend davongelaufen. Heute weint keiner mehr. Aber so genau sieht auch keiner mehr hin, wenn es nicht gerade vor seiner eigenen Ladentür passiert.

Und da passiert so einiges, auch am heilichten Tag: Da fragt Eva, 15 Jahre alt und seit zwei Monaten «auf Heroin», ihren Stammdealer: «Hast du mir einen Schuss?»

«Hast du die Stütze?»

«Nein, das weiss du doch. Ich hab' nichts mehr, aber du hast mir doch die letzten Male den Schuss auch gratis gegeben.»

«Ich bin doch nicht der Pestalozzi.»

«Aber du weiss doch, ich brauch' den Schuss.»

«Du bekommst den Schuss, wenn du endlich hast, was ich dir sage.»

Das Angebot besteht darin, dass sich Eva für den Dealer präsentieren soll.

«Das mach' ich nicht. Ich verkauf' dir den Stoff, wenn du ihn mir in Kommission gibst, aber den Strich mach' ich nicht.»

«Das ist doch nicht «den Strich machen» — so ätzt Freunden.»

Eva bekommt ihren Schuss. Wirklichkeit in der Zürcher Drogenszene, Frühjahr 1981.

Nach Schätzungen der Drogenexperten und der Polizei leben etwa 1800 Fixer (Heroinabhängige) in der Stadt Zürich und Um-

gebung. Jeder Süchtige braucht im Schnitt annähernd ein Gramm Heroin pro Tag. Ein Gramm kostet derzeit je nach Bezugsquelle und Marktlage zwischen 600 und 800 Franken; gebräuchlich ist aber die Masseneinheit des «Gassingramms», das nur etwa zwei Drittel der be-

Sämtliche Namen der Betroffenen wurden von der Redaktion verändert.

zählten Menge umfasst und für etwa 300 Franken gehandelt wird. In der Drogenszene betriegt jeder jeden. Wenn es sein muss, der Bruder die Schwester, der Freund die Freundin.

Wer heroinsüchtig ist, kann kaum mehr arbeiten. Wer nicht arbeitet, hat keine Chance, Geld zu verdienen, geschweige denn die Generaldirektorensaläre von 10 000 bis 20 000 Franken, die für den Kauf des Stoffes nötig wären. Wie beschafft sich ein junger Mensch so viel Geld? Viele Mädchen gehen auf den Strich oder sind einem Zuhälter verfallen, der bei Wohlverhalten den nächsten Schuss besorgt. Die Burschen, soweit nicht einschlägig in der Homosexuellen-Szene zugange, brechen ein, rauben Handtaschen und verkaufen Raubgut. Im Prinzip ist jeder Süchtige zwangsläufig ein Dealer. Die Sacht pflanzt sich fort mit grotesker Geschwindigkeit.

Wirklichkeit in der Zürcher Drogenszene, Frühjahr 1981

Die meisten bleiben an der Nadel hängen

Ja, wer soll was wie tun? Was tun mit Hans, Michael, Erika, Karin und wie sie alle heißen, die ich auf dem Hirschenplatz kennengelernt habe, mit denen ich meine Zigaretten und meinen Wein geteilt habe, die mich inzwischen kennen und mich auf der Suche nach dem nächsten Schuss nicht einmal mehr wahrnehmen? Auch Hans nicht, der sich lange mit mir unterhalten hat, der kein Geld wollte und keine Hilfe.

Aufgefallen ist er mir schon aus der Ferne, weil er wie ein Tiger den Hirschenplatz überquert: von rechts nach links und wieder zurück, immer am Brunnen vorbei, wo er alle paar Minuten Wasser trank. Obwohl er deutlich «auf Ertrag» war, liess er sich ansprechen und zu einem Kaffee einladen. «Aber erst in einer halben Stunde», sagte er. «Ich muss noch etwas erledigen...» Ich glaubte nicht, dass

er kommen würde. Aber er kam, bestellte Orangensaft, Bier, Mineralwasser und Kaffee, trank alles hintereinander und hielt oft, wenn er nicht rauchte, die eine Hand mit der anderen fest, um das Zitorn zu unterdrücken.

Hans ist noch jung, nicht viel über 20, sympathisch, zurückhaltend und ein wenig scheu – wohl ein Typ auf den die Mädchen fliegen würden. Von sich erzählt er nur eilfertig: Dass er nicht mehr arbeite und lange das war, was man einen Wochenendflitzer nennt, der das Heroin eigentlich nie sehr gebraucht habe.

Diesen Taxi auf dünnem Eis bittet er ganze zwei Jahre durch. «Ringerasole bin ich zum erstenmal in den Ferien», erinnert er sich, «als ich in Zürich blieb und einen Freund ein wenig beim Deuten gebittet habe. Da-

durch hatte ich immer Stoff und wurde auch zum ersten Mal abhängig.» Die Rekrutenschule beschränkte die Sucht wieder auf das Wochenende, und wahrscheinlich wäre alles gutgegangen, wenn man ihm nicht den Führerschein «wegen Rauchtiftkonsums» entzogen hätte. Denn Hans war Taxifahrer für sein Leben gern, und aus Trotz, weil keine Möglichkeit zur Rache blieb, stürzte sich der stille Träumer resigniert zurück in seine künstliche Daphorie. Zwei Jahre lang schlug er sich fixierend und deszendierend durchs Leben, bis er wegen Rauchtifthandels in Untersuchungshaft kam. Die Gerichtsverhandlung hat er verschlafen, und wie sie ausgefallen ist, weiss er auch noch nicht. «Ich möchte eigentlich aufhören, aber es kommt darauf an, ob ich in die Kiste muss oder nicht. Ich brauche Zeit, um mir das alles zu überlegen, vielleicht gehe ich ins Ausland und fange ganz neu an.»

Vage Träume von einem neuen Leben

Er träumt schon wieder, und vielleicht weiss er das auch, denn er hat auf die Zeit, die er nicht hat. Er weiss, dass er bald seine tägliche Ration noch weiter steigern wird und aber wohl auch, dass sein Wunsch aufzuhören ebenso vage ist wie alle seine Träume. «Im Ernstfall habe ich immer noch meine Mutter», versucht er sich vor der Angst zu schützen, und hält sich auch daran, dass sie ihm den Auslandsaufenthalt finanzieren würde.

Aber der Ernstfall ist schon lange eingetreten, und Hans, ein Einzelgänger, der glaubt, keine Freunde zu brauchen, ist nicht der Typ, der um Hilfe bittet. Er hat sich wieder in sein Schneckenhaus zurückgezogen, hat versprochen anzurufen, wohl wissend, dass ich abste, dass er es nicht tun wird. Denn zu seiner Welt hat keiner Zugang (mehr).



Teures Rezept für gefährliche Drogenträume: Heroin, ein Löffel, eine Spritze und viel, viel Geld.

Foto: Ruedi Biggerstorfer

Jeder vierte Jugendliche in der Schweiz hat Drogenkontakt. Aber was sind denn eigentlich Drogen?

Der Geschäftsmann, der seine Entspannung vom Stress mit Beihilfungsmiteln findet und seine gute Laune mit steter Regelmässigkeit durch ein paar Gläschen Cognac heilt oder die Mutter, die ihre Kinder nur mit Hilfe von Valium erträgt, Mücken voller Unverständnis auf die Jugend von heute, die Rauechgift als Drogen verwendet. Eine Jugend, die versteht nicht mehr mitmachen will, die aussteigt, mehr oder weniger rabiat, unglücklich und absolet.

Es heisst, die Drogenabhängigen würden immer jünger und die Tendenz zu harten Drogen immer grösser. Wahrscheinlich stimmen beide Vermutungen, aber die Konsumenten harter Drogen, insbesondere die Heroinsüchtigen, haben andere Argumente auf ihrer Seite. Dass wir heute noch von einer Welt reden, die besser sei als alle Welten zuvor, ist lächerlich. Und wer glaubt, dass Jugendliche aus lauter Langeweile, aus Neugierde oder allein aus jugendlichem Leichtsinn heraus zu harten Drogen greifen und nicht mehr davon loskommen, macht es sich zu einfach.

Man könnte jetzt die Probleme der Welt in Schlagworten diskutieren: die wirtschaftliche Lage, das Krieg, die Politik und auch die Umwelt.

So weit zu gehen ist gar nicht notwendig. Bleiben wir in Zürich oder zumindest in der Schweiz, deren wirtschaftliche Lage für die Jugendlichen die Diskrepanz zwischen dem, was sie lernen wollen und dem, was sie schliesslich tun müssen, immer grösser macht. Das Wohnungsproblem, das den kritischen Sprung vom Elternhaus in die Unabhängigkeit immer schwieriger macht. Die Kontaktarmut einer Stadt, auf die wir nicht nur das Drogenproblem aufmerksam machen muss. Man kennt die Selbstmordrate der Schweiz, man kennt aber auch die statistischen Angaben über Alkoholsüchtige, die sich Haupt nicht mehr zu den Jugendlichen zählen können.

Zwischen Gasse und Gefängnis gähnt der Abgrund

Süchtige Kinder, das tut weh. Das ärgert die einen, die selbst auf eine schwere Jugend zurückblicken und versichern die anderen, die es doch besser machen wollten. Die meisten aber verschliessen ihre Augen vor der täglichen Drogenkatastrophe.

Für die - vorsichtig geschätzt - 6000 bis 8000 Heroinabhängigen in der Schweiz gibt es zur Zeit etwa 300 Therapieplätze. Wenige Therapiestationen sind im Gespräch. Kommissionen reden seit Jahren an zusätzlichen Institutionen, beispielsweise derjenigen «zugewandten Fruchthälter» (Drogenabhängiger), herum und vorbei. Alles ist im Kommen und wenig passiert. Derweil wird kräftig gestorben.

«Rien ne va plus» ist man versucht zu sagen angesichts dieses «rien perdu», als das sich der Kampf gegen die Sache entpuppt hat. Aufgrund zahlreicher Gespräche mit Ärzten, Therapeuten, Eltern und Polizisten hat man den Eindruck: Die Chancen verstreichen ungenutzt, weil man im rechten Moment nicht handeln kann oder darf. Heute muss man zusehen und warten, bis ein Fixer freiwillig eine Institution um Hilfe ersucht (wobei nicht sicher ist, dass er in nächster Frist diese Hilfe auch bekommt) oder dass er sich durch die Beschaffungskriminalität (Rauschgifthandel, Einbruch, Raub und Prostitution), welche die Heroinsucht zwangsläufig begleitet, irgendwann einmal im Netz der Justiz verfangt.

Mit «Dealern» zu Geld

Glücklich ist die Polizei über den Schwarzen Peter in ihren Händen schon lange nicht mehr. Erwa 1972 hat das Heroin den Zürcher Markt erobert. Ein Rauschgift, von dem niemand so recht glauben wollte, dass es durch seinen horrenden Preis in der Schweiz je eine dominante Rolle spielen würde.

Aber man hat sich getäuscht. Emil Back, Chef der Betäubungsmittelgruppe bei der Kriminalpolizei, ist seit 1967 dabei und hat den raketenhaften Aufstieg der Heroin-Nachfrage miterlebt. Er, der von sich sagt, dass er am Anfang den Unterschied zwischen der Wirkung von Haschisch und Heroin nicht konnte, hat dazulernen müssen:

«Es geht der Polizei schon lange nicht mehr um den kleinen Konsumenten», erklärt Emil Back, «sondern um die Händler, die man über die kleinen Fische in den Griff zu bekommen sucht. Aber zwangsläufig ist jeder Heroinabhängige auch ein Händler, denn das Dealen ist die einfachste Methode, um zum süchtigen Geld zu kommen.» Das höchste

Ziel der Polizei, Rauschgift in grossen Mengen sicherzustellen und Grosshändler zu verhaften, ist nicht selten von Erfolg gekrönt. Nur: Wie bei einer Epidemie kommen für einen aus dem Verkehr gezogenen Händler zwei neue, derweil sich der wirkliche Boss in absolut «cleanem» (suchtfreiem) Zustand irgendwo in der Südlar tummelt.

Dass die Polizei allein das Drogenproblem nicht lösen kann, weiss Emil Back. «Die meisten Drogenabhängigen», sagt er, «kommen ja erst als Dealer mit der Polizei in Berührung, und man kann einigen wirklich zuschauen, wie sie in die Drogenszene abrutschen. Dann holt man sich eine 16jährige Fixerin von der Strasse, mit der die Eltern vielleicht schon nichts mehr zu tun haben wollen und die aus der Lehre ausgestiegen ist. Man befragt sie, versucht ihr zu helfen, lässt sie wieder laufen und wartet bis zum nächstenmal. Denn es ist wirklich so, dass wir erst etwas tun können, wenn sich ein Fixer über den Drogenkonsum hinaus strafbar macht. Was sollen wir denn tun? Ich weiss, dass das Gefängnis nicht die richtige Lösung ist, aber es gibt nichts zwischen der Gasse und der Kasse.»



Erstreckend oder abschreckend? Antidrogenkampagnen der Polizei. Foto: Dumas

Lesen Sie in der nächsten Folge:
Die Geschichte der Ex-Fixerin Karin.

Zuerst der Himmel - dann die tiefste Hölle

Mehr als acht Jahre lang war die Zürcherin Karin C., Tochter angesehener Geschäftsleute, heroinsüchtig. Heute ist sie 25 Jahre alt und vom Heroin weg. Ihre Geschichte zeigt: Die Vorurteile gegen Drogensüchtige sind sinnlos. Fixer sind nicht einfach dumm, arbeitsscheu, radikal und undankbar. Manchmal sind es nicht die schlechtesten, die in der Einbahnstrasse der Sucht landen. Häufig trifft es gerade diejenigen, die viel denken, viel fragen und mit ihrem intensiven Gefühlsleben nicht fertig werden. Denn sie finden in der Droge eine trügerische Lebenskrücke. Viele sind aus der Sucht ausgestiegen und sind gescheitert; eine kleine Minderheit hat's geschafft. Aber keiner hat den Weg zurück aus eigener Kraft gehen können.



«Gedacht» wird überlebt, wenn es sein muss, auf der Strasse.

Wir Kinder vom Hirschenplatz

Drogen in Zürich –
die heimliche Katastrophe
Eine Serie
von Caroline Rätz



➤ Klassisch ist die Geschichte der Christiane F., die im Film «Wir Kinder vom Bahnhof Zoo» in aller Munde ist: Mit Heroin schrupfen fängt es an....

➤ ... mit dem Schuss, den man sich auf irgendeiner Toilette mit stiernden Händen in die Venen jagt, hört es auf: Und das tödliche Spiel beginnt von neuem.



Die in Zürich aufgewachsene Karin C. ist heute 25 Jahre alt, aufgeschlossen, lieb, extrem in ihren Gefühlen und absolut in ihrer Freundschaft, aber geduldig. Durch ihre Adern fliesst Künstlerblut, und durchs Leben megelt sie sich in wahrer Lebenskünstlermanier, obwohl sie Probleme genug hat. Sie ist der Typ, von dem man sagt: die schaffen.

Doch das war nicht immer so, und noch heute steht ihre Selbstsicherheit auf röhrenen Füßen. Denn Karin lebt erst seit dem Januar dieses Jahres selbständig. Hinter ihr liegen zwei Jahre Aufenthalt in der Therapiestation «Abraxas» bei Bern und ein paar Monate therapeutische Wohngemeinschaft zwcks Wiedereingliederung.

Vor ihr liegen: eine schwere Operation, Stellen- und Wohnungssuche sowie der Kampf mit einigen tausend Franken Schulden. Der Grund: Karin ist ehemalige Fixerin und seit fast drei Jahren «sauber». Sie glaubt, es geschafft zu haben, auch psychisch. Wenn sie eine Spritze sieht, wird ihr schlecht, und nach Zürich, das für sie der Inbegriff der Drogenzone ist, lehnt sie von ihrem jetzigen Wohnort nicht mehr zurück. Die Sucht ist vorbei, vorbei nach mehr als acht Jahren schwerster Heroinabhängigkeit.

«Beim ersten Schuss war ich knapp 14 Jahre alt», erzählt Karin. «Doch es war eigentlich blödsinnig, dass ich mir diesen Schuss gesetzt habe – nur damit ich mit den anderen mitziehen konnte und nicht dumm dastand.»

Karin sucht Bestätigung

Aber angefangen hat es schon früher, in der Freizeitanlage am Bacheggplatz, wo Karin sich einer Clique jugendlicher angeschlossen hatte. Man traf sich aus Langeweile oder mangels besserer Alternativen. Zumindest sieht es Karin heute so, die damals täglich ihren «Schuelter» im Milchkasten versorgte und nach der Schule mit den anderen loszog, weil sie es in der leeren Wohnung nicht aushielt.

Die Langeweile muss gross gewesen sein, denn bald wurden kleinere Diebstähle zur Regel. «Wir klangen alles, was nicht eint- und nagelfest war», sagt Karin, «und irgendwann brachte jemand ein Klümpchen Haschisch mit, nur so zum Probieren.» Dabei hätte es eigentlich bleiben können, wenn da nicht

noch die ältere Freundin gewesen wäre, um so vielen erfahren und mit der richtigen Nase, wo was los ist. Erste Station: Ein Lokal mit heisser Musik. Das Publikum: Fixer, Dirnen und Mädchen wie Karin, die sich in solch exotischer Atmosphäre noch verlieren können....

«Ich habe dort viele Leute kennengelernt, die viel reifer und aufregender waren als ich», erinnert sich Karin. «Ich habe sie bewundert und zu meinen Idolen gemacht. Als sie sich eines Tages einen Schuss vor meinen Augen machen, hielt ich mich noch an meinem Joint fest und lebte ab. Doch als sie mich ansahen, kam der Trotz. Ich wollte kein «Schissas» sein und machte mir den ersten Schuss selbst, denn vor Spritzen jeder Art habe ich einen Horror. Erwartet habe ich eigentlich nichts, so dass mich die innerliche Explosion fast umwarf. Ja, und dann habe ich mich halt noch mehr auf der Gasse herumgetrieben, nach der Schule und abends, immer dort, wo etwas los war.» - Und wo das Heroin war.

Eine Zeitlang bekam Karin das Heroin von einem Freund gratis. Dam er der falsche Freund war, hat Karin erst viel später gemerkt, nach vier, fünf Monaten, als sie längst süchtig war und der Freund seine Zeit gekommen sah, seine Karin endlich zur Kasse zu bitten. Karin begann Speed (Amphetamin) zu dösen und sich den Stoff auch zu spritzen, weil das Heroin teuer war.

Karin: «Während dieser Zeit haben mir viele Leute gesagt, dass ich süchtig sei, aber weil der Stoff in Hülle und Fülle vorhanden war, habe ich das nie so recht realisiert. Und ich dachte eben immer, dass ich im Ernstfall davon loskomme.» Doch die Abhängigkeit zeigte sich immer stärker, die Probleme der Finanzierung wuchsen mit dem steigenden Stoffbedarf. «Wieviel Geld ich im Monat gebraucht habe, weiss ich gar nicht mehr. Ich habe meine Schüss mit dem Suppenlöffel gemacht, d.h. ich habe mich nie auf die Mindestdosis beschränkt, weil ich aus dem vollen schöpfen konnte. Das hat halt gekostet» (und die Sucht unmerklich, aber stetig noch verstärkt). «Und da habe ich halt beim Dealen beschissen, kleinere Mengen verkauft oder den Stoff mit unschädlichen Zutaten wie Milchpulver verflügelt. Was hätte ich denn tun sollen? - Auf dem Strich wäre und bin ich nie gegangen.»

Heute ist Karin stolz, dass sie

diesen Stolz im Gegensatz zu den meisten anderen jugendlichen Fixierinnen aufbringen konnte. Wie sich aber zeigen sollte, war er bald einmal das letzte, was ihr blieb.

Nach einem Jahr intensiven Fixierens hat Karin das Heroin dann gebraucht, um normal zu sein, um in die Schule gehen, ja, um überhaupt aufstehen zu können. Die Euphorie des Anfangs, die Flucht in die Träume und die Zeit der goldenen Sonnen vor Augen war längst vorbei. Kein Heroin liess Zittern, Gliederschmerzen, Übelkeit, Schwindelgefühle und noch ganz andere Zustände: «Manchmal,» sagt Karin, «habe ich mir einfach eine Nadel in die Vene gestochen, wenn ich kein Heroin hatte. Ich musste einfach eine Nadel haben.» Sie war, wie es im Jargon der Drogenzene

... findet Verzweiflung

heisst, «schussgeil». Heroin spritzen liess für Karin, einem immer kürzeren Fleisch (Hochgefühl) und dann die grosse Gleichgültigkeit zu erleben, eine gewisse Selbstsicherheit, in der Karin nicht mehr verletzbar war. Ein hoher Preis für ein bisschen Selbstwertgefühl und etwas Serenipanzur, aber es war schon lange nicht mehr die Rede davon, ob Karin diesen Preis zahlen wollte oder nicht. Sie musste, wie sie dealen, lügen, sitzen und spritzen musste.

«So mit 18, 19 Jahren musste ich den Wecker stellen in der Nacht. Denn hat alle zwei Stunden der Wecker geläutet und ich habe mir einen Schuss gemacht. Hätte ich gewartet, bis die ersten Entzugssymptome kommen, hätte ich mich ja kaum mehr bewegen können.»

Auch dafür, dass Herr und Frau C. die Veränderung an ihrer Tochter nicht bemerkt haben oder zumindest nicht richtig eingestuft haben, hat Karin eine Erklärung: «Gemerkt haben es meine Eltern eigentlich erst ein Jahr bevor ich hops gegangen bin (verhaftet wurde), vor vier Jahren. Am Anfang war für sie alles in Butter. Ich, die vorher so dick gewesen war, nahm dreissig Kilo ab. Meine Eltern freuten sich wie Schneekönige und kauften mir neue Kleider. Ich war ja nicht so dumm, sie aufzuklären und erwickelte mit der Zeit auch einige Tricks.»

Als gut hat Karin ihr Verhältnis zu den Eltern nie bezeichnet, obwohl sie sie liebt und über eine Schuldfrage gar nicht diskutieren will. Im Gegenteil, sie sagt: «Ich gebe zu, ich bin wahrscheinlich nie aus meiner Traumphase herausgekommen. Ich bin mit einem Kindermädchen aufgewachsen und das habe ich meinen Eltern wohl nie verziehen, bis ich mich schliesslich in ein Gefühl der totalen Ablehnung hineingestürzt habe. Wenn sie mich nach der Schule fragten, ob ich Aufgaben habe und so, was eigentlich nett war, bin ich total ausgeflippt. Ich fühlte mich total kontrolliert und reagierte nach dem Motto: «Schaut ihr doch für euerer Geschäfte, ich schaue für meine Schule.»

Dabei waren Karins Eltern keine schlechten Eltern, sie vermochten nur die Zeichen nicht zu deuten und standen dem Schwall unerschwelliger Vorwürfe eines sich alleingelassen fühlenden Kindes eher hilflos gegenüber. Dabei meinten sie es gut und versuchten, die Mauern des Widerstandes zu brechen. Karin: «Als ich 16 war, habe ich meine Eltern richtig erpresst. Sie sagten mir immer wieder, ich solle doch nicht soviel fortgehen und mehr zu Hause bleiben. Da antwortete ich ihnen, dass ich ja fortmüsse, wenn ich meinen Joint rauchen wollte, weil sie es mir zu Hause nicht erlauben. Sie

Allein im letzten Kampf

Der Fall Karin C. ein Drama mit Happy-End? Mitnichten. Die Geschichte kann noch nicht zu den Akten gelegt werden. Karin ist nicht mehr heillosstüchtig, aber noch immer stüchtig. »Als Ex-Fixer«, sagt sie, »bist du auch noch nach zehn Jahren drogenfreies Leben noch stüchtig. Du hast nur gelernt, mit deiner Sucht zu leben.« Sie glaubt es geschafft zu haben und will das der Welt auch beweisen.

Doch damit hat sie Schwierigkeiten. Die Eltern quält ein - verständliches - Misstrauen, ob ihre Tochter auch wirklich über dem Berg sei. Sie trennen dem Frieden noch nicht, und das quält Karin. Aus ihrer gemühtlichen Wohnung muss sie ausziehen, denn das war von Anfang an nur eine Übergangslösung. Aber eine muss finden sich nicht so leicht, wenn man kein Geld hat. Um Geld zu haben, müsste sie arbeiten. Doch wer stellt vorbehaltlos einen Ex-Fixer ein, wenn auf dem Bau? Und wenn jemand sie einstellt, zahlt er noch gleich ihre Schulden ab? Denn Karin würde ihre Eltern nie um Geld bitten. Das käme für sie dem Eingeständnis von Unselbstständigkeit gleich, wäre gleichsam ein Beweis,

dass sie es doch nicht schafft - und Karin will es schaffen, allein.

Es gibt viele Widrigkeiten und Schwierigkeiten, mit denen Karin kämpfen muss. Denn ein Ex-Fixer kann nicht da wieder ansetzen, wo er ausgestiegen ist und er kann auch nicht einfach neu anfangen. Man erwartet zwar, dass er gelöstet und fast ein neues Leben beginnt. Aber die Schulden der Vergangenheit werden ihm immer wieder vorgerechnet. Viele Ex-Fixer geben genau an diesem Punkt auf und werden rückfällig, diesmal vielleicht für immer. D.h., sie wählen von ihrem Standpunkt aus die einzige Möglichkeit, die sie haben.

Karin hat die andere gewählt, von der sie manchmal nicht weiß, wie sie das durchhalten soll. Sie will nie mehr fixen, nie mehr stüchtig sein. Sie möchte nur leben, vielleicht ein bisschen alternantiv, ein wenig anders als die anderen aber mit ihnen. Doch wer die Vorurteile unserer Gesellschaft kennen, hat Angst um Karin. Sie hat es schaffen wollen und es auch (fast) geschafft. Sollte sie trotzdem irgendwann einmal scheitern, dann an dieser Gesellschaft - und somit an uns.

waren wie vor den Kopf geschlagen. Dabei war das ja der harmloseste Teil. Schließlich boten sie mir an, zu Hause rauchen zu dürfen, weil sie glaubten, ich komme so von der Szene weg. Sie versuchten wirklich alles, sie boten mir sogar an, mit mir zusammen selbst eine Pfeife Haschisch zu rauchen, wenn sie mir damit beweisen könnten, dass sie meine Freunde seien und ich nicht denke, dass sie mich nicht verurteilen. Das hat mich einfach umgehauen, ich habe Heulkrämpfe bekommen und bin davon gelaufen. Ich musste einfach weg, denn ich kam mir vor wie das letzte Schwein.»

Noch kein Ende abzusehen

Als die Eltern definitiv wussten, dass ihre Tochter list, haben sie ihr auf ihren Wunsch hin ein Zimmer in einer Pension bezahlt. Sie glaubten, dass Karin dort zur Ruhe kommen würde. Aber wie die letzten Male, als Karin von zu Hause weggegangen war, besserte sich ihre Sucht nicht. Es ging immer einen Schritt vorwärts und drei zurück: «In der Pension ging es zu wie in einem Nachschub.

Hier gingen denn auch die letzten Hemmungen flöten, das schlimmste Pack ging bei mir ein und aus...» Und schließlich auch die Polizei, die Karin «hochgeholt» liess. Als sie das Zimmer von Karin durchsuchten, übersahen sie eine Karpackung Valeron (Drogenersatzmittel), die sich Karin in die Hose steckte.

In der Untersuchungshaft reichete diese «Karpackung» ganze drei Tage, am vierten Tag kam Karin auf Entzug. Bei der Einvernahme brach sie zusammen. Es folgten 14 Tage «in der Spinevinde» (psychiatrische Klinik), dann wieder Untersuchungshaft und wieder eine Anstalt. «Dort bin ich an die zehn Kilometer gelaufen, um an eine Flasche Schnaps heranzukommen. Den habe ich dann mit

Valerontabletten zusammen genommen, bis ich völlig «zu» war. Aber ich wollte ja noch nicht aufhören, ich ging nur in diese Klinik, weil ich so nicht in der Kiste hocken musste.»

Als Karin die Valerontabletten auch noch mit Valium mischte, brachte man sie notfallmässig ins Spital, man pumpte ihr den Magen aus und versorgte sie – doch zur Nachbehandlung wollte man sie nicht haben. Das liess zurück in die Psychiatrische Klinik und dann per richterliche Massnahme in die Therapiestation «Abitus» bei Bern. Nach zwei Monaten lief sie davon, kam wieder zurück und wurde im Frühjahr 1979 bedingt entlassen. Doch die Freiheit, mit der Karin noch nicht umgehen konnte, bekam ihr nicht:

«Es begann eigentlich ganz harmlos mit einem Test. Ich bin nach Zürich gefahren und habe mich am Hirschenplatz installiert, um herauszufinden, wie die Atmosphäre auf mich wirkt. Ich ging ein zweites und ein drittes Mal und setzte mir – um den Test zu vervollständigen – einen Schwass. Der erste lag noch so knapp drin, dass war ich wieder voll drauf. Doch nach zweieinhalb Monaten hatte ich genug. Ich bin zum Sozialdienst der Justizdirektion gegangen und habe

die Karten auf den Tisch gelegt. Ich habe gesagt, dass ich aufhören und wieder gerne ins Abitus zurück will. Ich habe mich also freiwillig in die Massnahme zurückversetzen lassen.» Und diesmal hat es geklappt.

Lesen Sie in der
nächsten Folge:
Auch die Eltern
sind verzweifelt

Leidvolle Lektion: Liebe allein genügt nicht

Es ist ein Merkmal der Drogensucht, dass sie bei jedem, der ihr begegnet, Vorurteile weckt. Meist sind es die Eltern, die am Schluss als die Schuldigen dastehen. Stimmt es eigentlich, dass drogensüchtige Kinder vor allem aus der Unterschicht und aus schlechten Familienverhältnissen stammen? Es gibt Einzelfälle, wo man nicht umhinkommt, dem Elternhaus einen guten Teil der Verantwortung zuzuschreiben. In der Mehrheit der Fälle jedoch wissen die betroffenen Eltern gar nicht, wie sie zu ihrem Unglück gekommen sind. Im Gegenteil: Auch die besten Eltern sind in dieser Situation ebenso überfordert wie sämtliche Institutionen zugunsten der Drogensüchtigen. Sie sind vor den Kopf gestossen, hilflos und oft mit der Tatsache allein, dass ihnen die eigenen Kinder plötzlich wie Fremde und oft auch wie Feinde gegenüberstehen. Und es ist die leidvollste Lektion, die das Leben diese Eltern lehrt: dass Liebe allein nicht genügt, dass Liebe keine Garantie für wohlgeratene und glückliche Kinder ist. Der einzige und kleine Trost der ihnen bleibt: dass die Kinder der Sucht meist nicht wissen was sie tun, weil das Gift ihren Willen und zuletzt auch ihre Persönlichkeit bricht . . .

Und wer denkt an die Eltern?

Alle Eltern, die ihre Kinder lieben, wünschen sich, dass ihnen nichts geschieht; dass sie gesund bleiben, sich in schillernde Kreise gestirbt und vor allem nicht mit Drogen in Berührung kommen. Manchmal geschieht es doch. Aber es ist keine Schande, Eltern eines drogenabhängigen Kindes zu sein. Es ist nur eine furchtbare Last, welche die Elternvereinsigung drogenabhängiger Jugendlicher (DAJ) mitbringen versucht. Man könnte die DAJ als ständige Vereinigung auch eine Schicksalsgemeinschaft nennen, in die jeder Vater und jede Mutter mit einem drogenabhängigen Kind aufgenommen wird und wo sich betroffene Eltern auch gegenseitig helfen.

Das Bedürfnis nach Unterstützung, die Suche nach Trost und Rat, nach einem Gespräch, das versteht, was niemand wissen darf, ist groß und wird immer größer, auch wenn sich die Situation der betroffenen Eltern in den letzten Jahren verbessert hat. Man weiß heute, dass auch gute Eltern, die sich intensiv ihren Kindern widmen, vor einem solchen Unglück nicht gefeit sind. Und standen sie früher ganz alleine da, werden sie heute doch mehr und mehr unterstützt, auch in die Therapie und den Heilungsprozess.

«Am Anfang war es doch ein, nämlich Elisabeth Deventer, Präsidentin der DAJ. «Das die Eltern grundsätzlich so allein schuld waren. Der wirkliche Grund für das Drogenproblem ist niemand, niemand hat eine geeignete Lösung zur Hand, aber ein Sündenbock muss gefunden werden. Drogen sind wir uns! Die Eltern, die ich durch die Elternvereinsigung kenne, unterscheiden sich in nichts von den Eltern, die kein drogenabhängiges Kind haben. Nur eines muss man einschneiden: Zu uns kommen ja eigentlich nur die Eltern drogenabhängiger Kinder, die auch an die Eltern anderer in der Schule gegangen sind, die sich um ihre Kinder kümmern und sich für sie interessieren.»

Elisabeth Deventer gibt anstandslos zu, dass man am Anfang noch optimistisch war, dass man auf ein Patentrezept hoffte, das auf alle paßt. Diese Hoffnung hat man in

zwischen länger aufgegeben. Es verschieden die Komponenten sind, welche die Ursache für die Drogenabhängigkeit des einzelnen liefern, so individuell sind die Sorgen der Eltern. Elisabeth Deventer geht sogar noch weiter und glaubt, dass wir in einer Welt wie der unseren mit dem Drogenproblem leben müssen.

Gerade will sich keine allgemeine gültige Lösung abzeichnen und die



Elisabeth Deventer, Präsidentin

Suche nach dem Grund für die Eltern ein quälender Kreislauf wird, beschränkt sich die Elternvereinsigung bewusst darauf, die betroffenen Eltern durch Gruppensitzungen und Einzeltherapien aufzurichten, ihnen den Weg durch die Bitterkeit zu ebnen. Denn das Grundziel ist es, darauf zu achten, dass die übrige Familie neben dem Vater überleben kann.

«Ein wichtiger Aspekt des Problems ist - neben dem Schock und der Angst um das eigene Kind - die Tatsache, dass die Eltern plötzlich isoliert dastehen», sagt Elisabeth Deventer. «Niemand darf etwas erfahren, also kaputt man sich total ab, bis am Notstandspunkt erreicht, das eine gewaltige Nervenkraft beansprucht. Denn die Eltern, die zugehen können, dass sie ein drogenabhängiges Kind haben, sind eigentlich die glücklicheren. Aber die Umwelt stempelt diese Eltern zu schwachen Eltern.»

Was die Eltern in der Elternvereinsigung lernen müssen, ist, dass der drogenabhängige nicht mehr im Mittelpunkt ihres Denkens und Fühlens stehen darf, weil sonst alles in Schieflage geht. Der Disparität wird vernachlässigt und andere, gesunde Kinder haben gar keine Geborgenheit

nicht, ihre Ansprüche und Forderungen geltend zu machen. - Die Familie zerfällt...

Auch das drogenabhängige Kind rutscht, wenn es ständig im Zentrum der familiären Kontrolle steht, immer tiefer und verliert als nachweislich Schicksal vielleicht den letzten Hauch Elisabeth Deventer: «Wer nicht selbst vom Gift wegkommen will, dem nützt keine Therapie. Die Eltern müssen das verstehen, und sie müssen sich auch mit abnormen Verhältnissen abfinden. Dass plötzlich die Polizei in der Wohnung ein- und ausgeht, dass Hausdurchsuchungen zur Tagesordnung werden, ist noch das kleinere Übel. Sie müssen im Extremfall damit rechnen, dass ihnen das eigene Kind in ihrer Abwesenheit die Wohnung überlässt und die ganze Einrichtung verpackt, weil es Geld für Raucherhelfer braucht. Sie müssen damit umgehen können, ohne sich alles gefallen zu lassen, dass ihr Kind liegt, dass es stirbt, auf dem Streich geht und umverteilt. Sie müssen erkennen, dass all diese Auswüchse nicht gegen sie gerichtet, sondern Symptome einer tödlichen Krankheit sind.»

Und, was wohl keiner sieht: Werden wir mit dem Drogenproblem konfrontiert, sind wir verzweifelt. Aber es gibt Eltern, die sehr acht, zehn Jahren tagtäglich mit diesem Entsetzen leben, die manchmal fast die Eltern beneiden, deren Sohn oder Tochter bereits gestorben ist, weil er über ihre Kraft geht, dem langsamen Sterben ihres Kindes zuzusehen. Diesen Eltern zu helfen, hat sich Elisabeth Deventer zur Aufgabe gemacht. Weil sie selber erlebt hat, was das Leben mit einem Suchtkranken und sein Sterben bedeuten. Deshalb liest sie ihre Erfahrung und ihre Kraft anderen zugewandt.

Betroffene Eltern in Not können sich bei der Elternvereinsigung drogenabhängiger Jugendlicher unter Postfach 73, 8706 Feldheim, oder über die Telefonnummer 821 08 92 melden. Im Juni 1981 verlegt die Beratungsstelle ihre Räumlichkeiten an die Stampfenbacherstraße 115.

Wir Kinder vom Hirschenplatz



Drogen in Zürich—
die heimliche Katastrophe
Eine Serie
von Caroline Rätz

Ein «typischer Fall» ist derjenige der Familie P. in Zürich nicht. Die Familie P. ist das, was man eine «normale», «gubürgerliche» Familie nennt. Dreizimmerwohnung am Stadtrand, eigener kleiner Handwerksbetrieb, geordnete Verhältnisse. Zum Schluss ist hier alles gut geworden. Doch zehn Jahre Sorge um den heute 24-jährigen Michael, der als Drogenhändler verurteilt wurde und sich eines Tages Heroin spritzte, sind nicht spurlos an den Eltern vorbeigegangen. Mutter Gerda P. (49) hat den Preis für den guten Ausgang der Tragödie mit Tränen, einem Nervenzusammenbruch und dem Verlust von Fröhlichkeit und Spontaneität bezahlt.

«Ich habe immer geglaubt, dass so etwas bei uns nicht vorkommen kann», sagt Gerda P., «denn wir hatten es wirklich schön. Vor allem hatten wir immer Zeit für Michael und Bruno (heute 21 Jahre).» Gerda P. bezeichnet ihren Sohn Michael noch heute als aufgewecktes, originelles und sehr intelligentes Kind, das man eher zurückbinden musste. Obwohl man in Michael immer einen Mitschüler sah, gab es keine Szene und kein böses Wort, als ihn die Probezeit im Gymnasium dann doch überforderte. Als er nach einem Jahr Sekundarschule in die Handelsschule Freudenberg einzog, war für die Eltern alles im Lot. Heute



Die Wirklichkeit reduziert sich auf einen Schuss Heroin

wissen sie, dass Michael dort in «gewisse Krisen» gekommen ist.

«Wo der Ursprung lag, weiss ich nicht», sagt Gerda P. «Ich habe mir schon oft überlegt, dass er zu mir zwar eine zärtliche Beziehung hatte, bei persönlichen Fragen aber immer auswich. Wenn er Probleme hatte, ist er nie freiwillig gekommen. Wir mussten ihn immer darauf ansprechen, und mein hat er auch dann die Stacheln aufgestellt. Es hätte mich wahrscheinlich auch stutzig machen sollen, dass er keine Freunde hatte, weder Mädchen noch Jungen, mit denen er durch dick und dünn gegangen wäre. Das waren alles «Passanten» in seinem Leben.

Ich glaube heute, dass er einen gewissen Gehrungsdrang hatte, ein Minderwertigkeitsgefühl, das ihn in diese Krise trieb.»

Doch ausser merkwürdigen Freunden, die er nach Hause brachte, hat Michael seinen Eltern damals keinen Anlass zum Verdacht gegeben. Die Probleme wurden erst deutlicher, als Michael 16 oder 17 Jahre alt wurde. «Er stellte uns als blöd hin», erinnert sich die Mutter. «Er gab sich überheblich, kapselte sich noch mehr ab und war nicht ganz zefrichtig. Das haben wir schon gespürt, auch wenn wir das im Alter der Loslösung noch als relativ normal ansahen.»

Die Eltern erfuhren
es als letzte

Dass diese Entwicklung doch nicht so normal war, erfuhren die Eltern, wie so oft, als letzte. Der Schock überraschte sie in Form eines Anrufes von der Bezirksanwaltschaft, die Michael suchte und zu einer Befragung vorlud. Zur Rede gestellt, stritt Michael alles ab, doch als sich die Betriebsmittelabteilung einschaltete, geriet Michael unweigerlich in die Mühle der Justiz. Von irgendeinem Freund verpfiffen, wurde er von der Jugendanwaltschaft ein erstes Mal wegen Haschischhandels verurteilt. Und was die Eltern als heilsames Warnsignal verstanden, war erst der Anfang...

Die steten Kontrollen durch die Polizei kamen der Schulleitung ebenso zu Ohren wie die Tatsache, dass Michael ein paar Tage in Untersuchungshaft gesessen hatte, wegen eines Einbruchs übrigens, der ihm nicht nachzuweisen war. Ein halbes Jahr vor dem Diplom musste Michael die Schule verlassen. «Das gab ihm den Rest», vermutet die Mutter. «Dabei bin ich sicher, dass er damals noch nicht süchtig war. Sicher hat er gelegentlich mit Drogen gehandelt und sie auch selbst konsumiert. Aber es ging ihm wohl vor allem um die Aufbesserung seines Taschengeldes und seines Selbstwertgefühls.»

Der Schulleitung aber, die bereits mit ganz anderen Skandalen und Skandälchen zu kämpfen hatte, habe nicht mit sich reden lassen, klagt die Mutter. Michael, der in der Zeit der Revision vier Monate lang keine Stelle fand, blieb zu Hause herum. Er klautete seiner Mutter nun bereits die Medikamente, die sie zur Beruhigung ihrer Nerven verschrieben bekommen hatte. Und nun fiel auch Gerdas P., die vorher noch nie mit dem Drogenproblem konfrontiert gewesen war, der berühmte Schleier von den Augen: «Aber meinem jüngeren Sohn Bruno zuliebe habe ich mich nicht gehorlassen, denn er hat sehr unter den furchtbaren Spannungen gelitten. Natürlich spritzten wir mit dem Gedanken, Michael vor die Tür zu setzen, aber wir hatten Angst, dass wir dann das letzte

Restchen Einfluss verlieren würden.»

Als Bruno jedoch drohte, das Haus zu verlassen, wenn die Sonnen nicht aufhörten, waren Gerdas P. und ihr Mann doch froh, dass sich für Michael ein kleines Zimmer in der Nähe fand. Doch auch das war keine Lösung: und bald war er wieder zu Hause. Obwohl Michael guten Willens war, wurden die Wohnverhältnisse in der Dreizimmerwohnung prekär und die Spannung wieder spürbar. Als er ein Jahr lang als Bürohilfskraft gearbeitet und eine Einzimmerwohnung gefunden hatte, umieten die Eltern auf. Sie dachten ja noch immer, dass für Michael nicht der Drogenkonsum das eigentliche Problem sei.

Ein Schuss nach der Suppe

Aber eben in diesem Jahr wurde Michael richtig abhängig von der Spritze. Ein bisschen LSD und ein bisschen Kokain - diese Zeiten waren längst vorbei. «Er hat uns nie etwas gesagt», quälte sich Gerdas P. noch heute. «Als wir einmalis auswärts essen gingen, verschwand er kurz nach der Suppe und fragte mich, als er zurückkam: «Weisst du, was ich gemacht habe?« Ich antwortete: «Nein.» «Ich musste mir einen Schuss setzen.» Das war ein furchtbarer Schlag ins Gesicht

und ein totaler Schock, auch wenn er gleich darauf gesagt hat, dass er aufhören wolle und sich bereits für einen Eintrag im Burghölzli angemeldet habe. Zumindest haben wir in dem Moment, da er uns seine Sucht eingestanden hat, realisiert, dass er abhängig und somit krank war. Früher dachten wir immer, er sei böse und wollte uns weh tun.»

Der Kampf war aber noch lange nicht ausgestanden. Am selben Tag des Einzugs spritzte sich Michael bereits wieder Heroin. Nur sein Wille hat ihm geholfen, einen zweiten Anlauf zu nehmen. Zur Überbrückung erhielt er drei Monate lang das Suchtmittel Methadon, bis er freiwillig in die Therapieanstalt «Abibus/Maison blanche» eintrat. Nach langen Anpassungsschwierigkeiten und einem Ausbruch in die Zürcher Szene hat er vor fünf Viertel Jahren seine Therapie beendet und im Abibus gleich noch eine Lehre begonnen. Gleichzeitig ist er in den «Mitarbeiterstatus» erhoben worden.

Einfach war das alles nicht. Vier Monate wurde dem Eltern aus Therapiegründen jeglicher Kontakt mit Michael verboten, und es dauerte lange, bis sich die verschüttete Beziehung zwischen Eltern und Sohn wieder festigte.

Gerdas R.: «Ich meine, ich habe sehr an meinem Sohn gehangen, und er hat mir grauen-



Im Schatten gehandelt: Der Stoff, aus dem die Träume sind
Robert Oberholzer

haft weh getan. So weh, dass ich effektiv körperliche Schmerzen hatte. Es hat Augenblicke gegeben, da habe ich daran gezweifelt, ob ich ihn noch lieben könnte. Es war nicht eigentlich seine Aggressivität, die mir so weh tat, sondern seine Gefühlskälte und das Wissen, ihn an eine Gesellschaft verloren zu haben, die keinen guten Einfluss auf ihn hatte. Sicher ist unsere Beziehung zu Michael heute etwas «Gelücktes», aber unter Umständen hält so etwas ja besser als etwas anderes. Wir haben wohl gelernt, nichts mehr als selbstverständlich hinzunehmen, auch nicht, dass die Kinder mit viel Liebe auch gut herauskommen. Heute freuen wir uns über jeden kleinen Schritt und auch darüber, dass Michael eine Freundin gefunden hat. Auch sie war süchtig - heute geben sich die beiden gegenseitig Halt. Und diesen Halt wird er bewahren, um eine Stelle zu finden und mit den Schulden fertig zu werden.

Sorgen um Bruno

Denn Michael ist ja freiwillig in eine Therapie gegangen. Unglücklicherweise, muss man sagen, denn wenn er zu einer Therapie verurteilt worden wäre,

hätte es ihn und uns nicht soviel gekostet.»

Die Angst hält noch immer an. Jetzt um den zweiten Sohn, dem der ältere Bruder fast zu bürgerlich geworden ist und der - ohne süchtig zu sein - ebenfalls in ausgeflippten Kreisen verkehrt. «Er leht sich auf», sagt Gerda P., «weil er wahrscheinlich das Gefühl hat, zu kurz gekommen zu sein. Vielleicht ist er das auch, und manchmal habe ich schon Angst, aber damit muss ich wohl leben.»

Sie sagt das so und meint das auch so, aber verbittert ist sie nicht. Sie denkt an andere Eltern, die sie in der Vereinigung für Eltern drogenabhängiger Jugendlichen kennengelernt hat, die es noch schwerer gehabt haben oder noch haben. Diesen Eltern Mut zu geben und ihnen den Rücken zu stärken ist ihr - die das Gefühl hat, noch viel Schlimmerem entronnen zu sein - eine Verpflichtung geworden, die sie gerne erfüllt.

Die Namen der Betroffenen wurden von der Redaktion geändert.

Lesen Sie in der
nächsten Folge:
**Eine Mutter
hat verloren**

Eine Mutter hat verloren

Eltern, die ein drogensüchtiges Kind haben, sind zwischen Hoffnung und Verzweiflung hin und her gerissen. Viele zerbrechen an dem aussichtslosen Kampf gegen eine Sucht, die stärker als ihre Liebe ist, und zwingen sich dennoch immer wieder zum Optimismus, der sie hoffen lässt. Beatrice M. hat vor wenigen Monaten diesen Kampf verloren! Ihre Tochter Carla ist als eins der vielen Drogenopfer im Alter von 19 Jahren in der Wohnung eines Freundes gestorben, der sie vom Heroin wegbringen wollte. Sie starb wenige Tage, bevor sie eine vielversprechende Behandlung hätte beginnen können. Die Ungewissheit ist für Beatrice M. nun vorbei, doch die Qual dauert an. Beatrice M. weint und grübelt noch heute über den Briefen und Tagebüchern ihrer Tochter, in denen sie ein enttäuschtes und verzweifelteres Kind sieht, das lieben wollte und nicht konnte, das hassen musste, ohne zu wissen, warum, und das nicht leben wollte, weil es sich in dieser Welt als Fremde fühlte.

Wir haben alles versucht

Der Sprecher des Jugendkennzentrums der betreffenden Gemeinde, Peter H., weist dem von Beatrice M. geäußerten Vorwurf, «im Stich gelassen worden zu sein», rundweg ab. «Obwohl wir die Verzweiflung der Mutter verstehen, die ihre Hilflosigkeit noch viel stärker erlebt als wir, die wir uns von Berufes wegen mit Carla beschäftigten, möchte ich doch festhalten, dass wir das Menschenmögliche getan haben. Das Schicksal von Carla hat niemanden von uns kalt gelassen, und wir haben, gemessen am Zeiteinsatz, den wir für einen unserer vielen Fälle leisten können, sicher sehr viel mehr getan.

Wir haben mehrmals versucht, Carla Alternativangebote zu zeigen, aber sie lehnte den Aufenthalt in einer Therapiestation rundweg ab. Meiner Meinung nach wäre das ihre einzige Chance gewesen, denn die psychiatrischen Kliniken nehmen ja kaum mehr jemanden auf. Andererseits ist es auch sehr schwierig, jemandem zu helfen, der so tief drinsteckt, wie Carla das tat - das gehen wir uns umwunden an, und ihr Schicksal hat uns betroffen gemacht. Es gibt viele Gründe, warum das passieren musste. Ich persönlich glaube, das größte Problem von Carla war ihre Misstrauisigkeit.»



Wie bei dieser unbekanntem Toten endete auch Carlas Suche

Sie liebte - sie hasste

Es ist erst wenige Monate her, dem Bestirte M. am Grab ihrer Tochter gestanden hat. Fragt man sie, wie sie das alles ausgehalten hat, weist sie keine Antwort. Sie weist nur, dass sie irgendwie weiterleben muss, für ihren Sohn und ihren Mann, der noch einsamer ist als sie, weil er noch heute den Namen seiner Niefachter nicht in den Mund nehmen kann und sich aus Verzweiflung ins Schweigen flüchtet. Sie sagt, sie sei glücklich, will sie privat und beruflich nach vielen Niederlagen das aufbauen konnte, was sie sich immer wünschte. Aber bewältigt hat sie den Tod ihrer Tochter nicht und ist nicht zuletzt darum in die Elternvereinigung desgenährlicher Jugendlicher eingetreten.

«Ich kann heute nicht mehr erklären, was in uns vorgegangen ist», sagt sie. «Es ging alles so schnell - und es gibt Zeiten, da kann ich einfach nicht glauben, dass das alles wahr ist. Es war für mich eine lange Zeit, die das Schlimmste in sich trug: die ewige Ungewissheit und die Hilflosigkeit dem langsamen Sterben Carlas gegenüber, aber ich möchte die letzten Monate nicht missen, in denen ich die Beziehung zu Carla gefunden habe. Es gibt mir Kraft, dass wir uns so nahe waren und dass ich in der Zeit, die mir geblieben ist, immer für sie da war. Sicher haben wir Fehler gemacht, aber ich war trotz allem glücklich, weil Carla so voller Liebe, so voller Zärtlichkeit war. Sie konnte sich stundenlang an mich kuscheln und mich umarmen. Durch ihre Sucht wurde sie, die mit dreizehn schon selbständig sein wollte, wieder zum Kind.

Natürlich suche ich noch heute nach dem Warum, auch wenn ich weiß, dass das ein ewiger Kreislauf ist. Sicher hat Carla auch unter besseren Umständen sehr gelitten. Ihren hilflichen Vater hat sie erst spät kennengelernt, und obwohl sie wahrscheinlich an ihm hing, hat sie ihn angeschrien und ihm zugeworfen, dass er sich nie um

sie gekümmert hat. Sie hat noch immer auf Heiratsanzeigen geantwortet und wollte, dass ich sie allen möglichen Männern vorstelle. Sie suchte immer jemanden - sie muss sehr einsam gewesen sein. Wir haben auch Tagebücher von ihr gefunden, in denen sie vor ihrem ersten Zusammenbruch geschrieben hat: «Ja, es gibt solche Menschen, die mich lieben, aber ich kann ihre Liebe auch oft nicht ertragen. Das von den Menschen Liebe Genannte erscheint mir nur noch als Phänomen, heres Gefühl, das sie immer versuchen zu verschleiern, in die Wolken zu leben, obwohl es nur ein Trugschluss sein kann, eine verlorene Illusion... Und doch liebe ich die Menschen, weil ich an sie glaube, hoffe, dass sie eines Tages die Menschen sind, die wieder miteinander leben können. Doch ich hasse sie, wenn ich die Fäden spüre, die dich zur Marionette machen, deine Fäden ihren vorgeschriebenen Weg weisen... Dann wünsche ich mir manchmal, ich wäre taub, um nicht hören zu müssen, wie niemand mit mir spricht. Die Hoffnungen, die ich mir gemacht habe, sind wie die Dose einer Zigarette. Als ich mich umdrehen wollte, hätte ich nur schwarze Löcher, Vernebelung, das ich tat bis, ich wollte mir noch sprechen, doch ihr wulstet mich nicht verstehen. Ich frustrierte mich aufs Leben, doch ihr habt mich aufgeklärt.»

«Carla glaubte immer, etwas geben zu müssen, was sie nicht kann», sagt die Mutter. «Anfangs litt sie unter ihrer Aggressivität und fand keinen Ausweg - außer dem Heroin. Wenn ich sie fragte, was sie sich denn wünsche, hatte sie nie eine Antwort: Für sie war alles schwarz. Sie hatte die Kraft nicht. Genauer wie sie stundenlang neben mir sitzen und malen konnte - plötzlich hörte sie auf.

Ich grüble immer wieder, auch wenn mir das meine Tochter nicht wiederbringt. Wenn ich unter Menschen bin, geht es irgendwie, aber in den eigenen vier Wänden werde ich fast wahnsinnig. Es tröstet mich, dass Carla nun den Frieden hat, den sie auf der Welt nicht gefunden hat. Nur ich finde meinen Frieden nicht...»

Wir Kinder vom Hirschenplatz



Drogen in Zürich – die heimliche Katastrophe
Eine Serie
von Caroline Rätz.

Noch heute macht sich Beatrice M. Vorwürfe, weil sie glaubt, für ihre Tochter nicht genug Zeit gehabt zu haben und auf deren Probleme nicht genug eingegangen zu sein. Denn die Geschichte der Familie M. stand anfangs unter einem unguten Stern. Beatrice M. liess sich vor achtzehn Jahren von ihrem ersten Mann scheiden, als Carla eben einjährig war. Sechs Jahre lang dauerte es, bis Beatrice M. Carla wieder zu sich nehmen konnte. Zusammen mit ihrem jetzigen Ehemann, der, ebenfalls geschieden, einen Sohn in die Ehe brachte, baute sich Beatrice M. trotz schwierigen Voraussetzungen eine glückliche Familie auf. Aber die Probleme blieben nicht aus.

Traum einer glücklichen Familie

«Es begann eigentlich schon, als Carla sieben Jahre alt war», erinnert sich die Mutter. «Carla war sehr sensibel, hatte aber doch eine sehr starke Persönlichkeit. Obwohl sie ihren um ein Jahr älteren Stiefbruder gern hatte, war sie auf ihn eifersüchtig und schaffte es auch, ihn immer ein wenig zu unterdrücken. Alles musste nach ihrem Kopf gehen, und sie tat immer das Gegenteil von dem, was man ihr sagte. Mit zehn Jahren ist Carla dann auf ihren eigenen Wunsch in ein Institut im Weisshof gekommen. Aber wir mussten sie schon nach drei Monaten wieder holen: Der Heimleiter wollte sie nicht behalten.»

Eine Zeitlang schien sich die Beziehung zwischen Carla und den Eltern zu festigen. Carla betete ihren Stiefvater geradezu an, bis in der Pubertät die Schwierigkeiten wuchsen. Sie entwickelte sich ihm gegenüber zu einer richtigen «Schmusekatze». Als ihr Stiefvater, der nicht wusste, wie er auf ihre freudlich-kindlichen Attacken reagieren sollte, es vorzog, überhaupt nicht zu reagieren, liess ihn Carla mehr und mehr links liegen. Schon damals begann sie ausserhalb der Familie eine Art Vatersersatz zu suchen.

Sie räumte ihr Zimmer aus, zerlegte ihr Bett und schlief schliesslich auf einer Matratze am Boden. Als sie ihr Zimmer ganz in Schwarz dekorierte und stundenlang im Dunkeln lag, wuchs die Angst der Eltern, dass mit Carla etwas nicht stimmen könnte. Bevor sie jedoch einen Psychiater zu Rate ziehen konnten, marschierte Carla eines Tages aufs Jugendamt und erklärte den Beamten, dass sie nicht mehr zu Hause leben wolle. Carla war damals vierzehnjährig.

«Die Beamten vom Jugendamt kamen auch sofort», erzählt die Mutter. «Sie erklärten mir einfach, dass ich nicht fähig sei, ein Kind zu erziehen, und nahmen Carla mit Sack und Pack mit. Einen ganzen Monat lang haben wir nichts von ihr gehört, ja, wir wussten nicht einmal, wo sie war. Wir versuchten, uns irgendwie damit abzufinden, dass sie nicht mehr bei uns bleiben wollte.»

Als aber Carla in eine Pflegefamilie kommen sollte, machten die Eltern ihre Zustimmung von einem psychiatrischen Gutachten abhängig. Darin wurde Carla zwar als schwieriger Fall betrachtet – als beste Lösung aber doch eine Pflegefamilie empfohlen.

«Man wollte damals alle Probleme uns in die Schuhe schieben», beklagt sich die Mutter. «Aber wie hätten wir uns gegen diesen Vorwurf wehren können? Wir erklärten uns damit einverstanden, dass Carla in eine Pflegefamilie kommt, weil wir glaubten, dass es für sie das Beste sei.»

Damit brach der Kontakt zwischen Eltern und Tochter erst einmal ab: 500 Franken im Monat waren die einzige Verbindung zwischen der Familie M. und der Pflegefamilie im Zürcher Oberland, wo Carla ihre dritte Realschulklasse beendete. Man sah sich erst wieder bei der Konfirmation, wo die Eltern ihrer Tochter zweihundert Franken in die Hand drücken konnten, ehe sie wieder aus ihrem Leben verschwand.

«Dann hat mich Carla eines Tages plötzlich wieder angefaßt», erzählt Beatrice M. «Sie hat mich gefragt, ob sie nicht wieder einmal bei uns vorbeikommen dürfe. Wir haben sie mit offenen Armen empfangen und kamen uns wieder näher, obwohl Carla Probleme hatte. Das Praktikum, das sie in einem Heim für schwerbehinderte Kinder angefangen hatte, brach sie ab, und auch in der Pflegefamilie lief manches schief. Ich habe nicht viel dazu gesagt, denn sie wohnte ja nicht mehr bei uns.»

Mit 17 wollte sich Carla eine eigene Wohnung nehmen, weil es mit der Pflegefamilie nicht mehr klappte. Ein knappes Jahr ging alles gut...

«Dann rief mich Carla wieder an», sagt die Mutter. «Sie erzählte mir weinend, dass der Freund, mit dem sie zusammenlebe, süchtig sei und auch drole. Sie sagte, sie wolle ihn vom Heroin wegbringen, und als sie ihn mit nach Hause brachte, schien er uns auch sehr nett zu sein. Ja, wir haben beide auch bei uns wohnen lassen, als sie den Mietzins für ihre Wohnung nicht mehr bezahlen konnte.»

Dass Carla suchtpfährdet oder, wahrscheinlicher noch, bereits süchtig war, weiss Beatrice M. erst heute. «Ich glaube, dass sie schon Heroin genommen haben muss, als sie von den Pflegeeltern fortging. Denn wenn sie nach Hause kam, ist sie mir um den Hals gefallen, sie war abhängig und lieb, und ich konnte mit ihr ganz normal und verwöhnt reden.

Früher war sie immer so aggressiv. Ich konnte sagen, was ich wollte, sie wurde immer böse. Damals sah ich diese Zusammenhänge natürlich nicht. Ich freute mich einfach schrecklich, dass es wieder eine Beziehung zwischen uns gab und sogar Zärtlichkeit.



▲ Carla, wie sie die Mönchen sah: schön und melancholisch

Lange hielt die Freude nicht an, denn eines Tages platzte Carla mit der Bemerkung heraus: «Mutter, was würdest du sagen, wenn ich fixen würde?» Erschrocken und heillos geworden, klapperte Beatrice M. eine Buchhandlung nach der anderen ab, bis sie in der einschlägigen Lektüre auf Details der Fixierung sties, die auf ihre Tochter passten. Aber immer noch liess sich die Mutter von Carla beruhigen.

Hilferuf aus dem Schweigen

Die Situation entspannte sich wieder, als Carla eine gute Stelle als Babysitterin annahm, sichtlich aufblühte, lieb, zärtlich und verständig war und die Mutter täglich, hübsch zurechtgemacht, in deren kleinem Laden besuchte. Doch eines Tages nahm sie das Telefon nicht ab, weil sie nicht stehen, geschweige denn gehen konnte. - Entzugserscheinungen.

«Ich habe meinen Laden sofort zugemacht», sagte die Mutter, «und bin zu ihr gefahren. Da lag sie zusammengekrümmt auf ihrer Matratze und weinte

vor Schmerzen. Ich glaube, da realisierte ich zum erstenmal das Ausmaß ihrer Sucht. Ich rief sofort Carlos Jugendfürsorge an und sagte ihr, dass ich darauf bestünde, dass sie sich das Mädchen einmal anschaut. Sie kam sofort, aber sie verschwand gleich wieder zu einem anderen Termin mit der Begründung, dass Carla nicht ansprechbar sei.»

So blieb die verzweifelte Mutter mit Carla allein, die sich am Boden krümmte und immer wieder versuchte, eine Treppe hinaufzukriechen. Erst am Abend kehrte die Fürsorgerin zurück und half der verdorrten Mutter, Carla ins Drop-in zu fahren.

Die ihr dort verabreichten Medikamente halfen Carla

nicht lange, das Sochtersatzmittel »Methadon« wurde ihr verweigert und bald zog Carla wieder mit ihrer Matratze unter dem Arm hierhin und dorthin. Sie kam nach Hause und verschwand, sobald sie auf den Beinen stehen konnte.

Auch die Mutter verlor immer mehr an Energie, denn wohin sie sich auch wandte, sie fand keine Hilfe. Auch mit meinem Mann konnte ich nicht sprechen, weil er sich bis am Schluss weigerte, an die Sucht Carlas zu glauben. Als Carla wieder einmal auf Entzug war, habe ich ihn dann einfach mal mitgenommen. Als er Carla so daliegen sah, ist ihm schlecht geworden, er ist fast zusammengebrochen und ich musste ihn nach Hause fahren. Die verschiedenen Ärzte, bei denen Carla in Behandlung war, hatten sie schon aufgegeben. Und der letzte sagte mir sogar, dass ich immer damit rechnen müsse, dass es irgendwann zu Ende geht. Aber ich konnte sie doch nicht einfach liegen lassen. Ich fühlte mich im Stich gelassen.»

Mehr als ein halbes Jahr dauerte der verzweifelte Kampf von Beatrice M. um ihre Toch-

ter, die sich weigerte, in eine Therapiestation zu gehen. »Es war einfach furchtbar«, erzählt die Mutter: »Sie war ja noch minderjährig. Wir mussten für alle Kosten aufkommen und ich habe ihr am Anfang in meiner Hilflosigkeit einige tausend Franken zugesteckt. Auch die Pflegerinnen, die sie doch gern hatte, haben sich nie mehr um sie gekümmert, und als ihr Freund noch ins Gefängnis kam, stand sie ganz alleine da. Ich hatte einen Hass auf alle Anner und Ärzte und eine sinnlose Wut.«

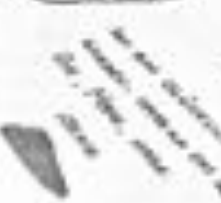
Dann verschwand Carla noch einmal für zwei Wochen und kehrte triumphierend mit einem homosexuellen Freund zurück, der sie ehrlich gern hatte und extra aus dem Weisland gekommen war, um Carla vom Heroin wegzubringen. »Ich wusste, dass sie vom Heroin wegwollte«, erzählt die Mutter. »Sie ist ja am Schluss sogar auf den Strich gegangen, um sich das Geld für das Rauschgift zu beschaffen, und das hielt sie einfach nicht mehr aus. Aber ich glaube einfach nicht mehr daran, dass sie es schaffen würde.«

Als die beiden gemeinsam in eine Wohnung zogen, steuerten die Eltern trotzdem etwas Geld und noch einmal ihre ganze Hoffnung bei: Carla hörte nicht auf. Wenn ihr Freund zur Schicht ging, schlief sie noch,

während er arbeitete, war sie auf der Gasse, und kam er zurück, ging es ihr mit viel Heroin im Blut bereits wieder bestens. Sie hatte noch einmal schwere Entzugserscheinungen - Eltern und Freund verzweifelte fast, der Arzt riß zu viel Fruchtsaft.

Noch einmal besuchte die Mutter ihre Carla, die sie freudenstrahlend empfing - zwei Tage später war Carla tot. Ihr Freund fand sie bei seiner Rückkehr an einem Mittag in der Wohnung, in der sie nur zwei Wochen gelebt hatten. Das Gerichtsmedizinische Institut benachrichtigte die Mutter, derweil ein halbes Dutzend Beamte die Wohnung der toten Carla auf den Kopf stellten - Carla war verpfiffen worden. Der Freund aus dem Weisland wurde gebrochen wie er war, festgenommen und wenig später freigelassen...

Lesen Sie in der nächsten Folge:
Helfer sind überfordert



Es muss Heroin
geben, was die
Tiere kassieren
Wesal's Kohlen und
auf uns schwärzen,
sonst wagt uns die
ganze Welt
überlassen.

Beiz vor seinem Tod zeigt ein verzweifelter Kind noch Liebe

Wenige tun alles, die meisten gar nichts

«Willen» ist das Schlüsselwort. Braucht es wirklich nur den Willen, um vom Heroin wegzukommen, wie viele Nicht-Süchtige glauben? Willen braucht der Fixer auf jeden Fall, um ein Ex-Fixer zu werden. Aber mit dem Willen allein kommt er nicht weit. Schon für den ersten körperlichen Entzug wird ein Heroinabhängiger häufig von Spital zu Spital weitergereicht, von Medizinern, die wissen, dass die Sucht eine Krankheit ist, sich aber weigern, sie zu behandeln. Und selbst wenn sich ein Heroinsüchtiger zu einer Behandlung in einer Therapiestation entscheidet, muss er lernen, dass es nicht leicht ist, ein neues Leben zu beginnen. Mit den Fixern (ver)zweifeln auch die Beratungsstellen an der mangelnden Kooperation derer, die wirklich etwas tun könnten.



Manchen Fixern reicht die Zeit nicht, um zu warten. Bis die Hilfe kommt – sind sie tot

Wir Kinder vom Hirschenplatz



Drogen in Zürich – die heimliche Katastrophe
Eine Serie
von Caroline Rätz

Es sind zwei grundsätzliche Wege, die man heute in der Therapie von Heroinsüchtigen beschreitet: die aktive Hilfe zum Abklingen, also drogenfreies Leben und die Behandlung mit Substitutionsmitteln. Strafrechtliche Massnahmen hingegen führen, ebenso wie der Zwangsaufenthalt in einer psychiatrischen Klinik, selten zum Erfolg.

Die Misere, dass für geschätzte 8000 Heroinsüchtiger in der Schweiz nur etwa 230 freie Plätze zur Verfügung stehen, kennt Prof. Ambros Uchtenhagen, Leiter des Sozialpsychiatrischen Dienstes an der Psychiatrischen Universitätsklinik Burghölzli, zur Genüge. Doch trotz enormen Anstrengungen zur Verbesserung der Lage scheitern Experten, Therapeuten und Ärzte an mangelnder Kooperation und oft auch an mangelndem Interesse.

«Wenn heute ein Fixer zu der Überzeugung kommt, dass er gerne einen Antrag machen würde», meint Prof. Ambros Uchtenhagen, «ist es in verschiedenen Fällen eine Glücksache, wenn man sofort handeln kann. Therapiestationen wie die Klinik Sonnenbühl, die Rehabilitationszentren Aebihaus und Ulmerhof oder therapeutische Gemeinschaften wie die Arche in Bülach führen den körperlichen Entzug nicht selbst durch, verlangen ihn aber als Voraussetzung für die eher langfristige Nachbehandlung.»

Obwohl der körperliche Entzug in jedem Spital, durchgeführt werden kann und nur zwei, drei Wochen, mindestens aber eine Woche dauert, bestä-

Traurig!

Es sieht nicht gut aus für die Fixer, und eine Stadt wie die unsere, die als internationaler Drogenumschlagplatz traurige Bekanntheit hat, macht keine gute Figur bei dem Vorwurf, dass zu wenig für die Süchtigen getan wird. Man ist sich völlig im klaren darüber, wo die wunden Punkte liegen. Benötigt werden: mehr Therapiestationen, mehr ambulante Drogenberatungsstellen und vor allem mehr Interesse und Mithilfe von aussen. Dass sich Spitäler, die sich in den Dienst der Kranken gestellt haben, kranken Menschen – und krank sind die Süchtigen – die Türe weisen, ist ein Skandal. Wir schimpfen uns fortschrittlich und loben unsere Sozialleistungen, führen uns dabei aber oft auf wie im Mittelalter und waschen unsere Hände in Unschuld.

Doch die Zeiten, da man die Augen vor dem Drogenproblem verschliessen konnte, sind endgültig vorbei. Daran, dass dieses Problem allgegenwärtig ist, mahnt uns nicht nur das I.D. Drogenpflaster, das dieser Tage aufgefunden worden ist. Noch immer werden Süchtige zusätzlich vor strafrechtlichen Massnahmen belegt und aus Schule oder Lehre hinausgeworfen, was sie erst recht aus der Bahn wirft. Mit jugendlichen Fixern im Alter von 14, 15 Jahren weiss man erst recht nicht, was anzufangen. Im Gefängnis, in ein Kinderheim oder in das Übergangsheim für suchtgefährdete Kinder, das voraussichtlich Ende dieses Jahres auf uns zukommt? Und bis dann? Was unsere Gesellschaft nicht das Mut hat, den Süchtigen mit allen Möglichkeiten zu helfen, wie sollen sie erst den Mut haben, in diese Gesellschaft zurückzukehren? Zürich, deine Kinder...

tigt Prof. Ambros Uchtenhagen grosse Schwierigkeiten auf der Suche nach einem freien Bett. Viele Spitäler nehmen gar keine Fixer auf, wenn sie nicht gerade mit einer Überdosis eingeliefert werden. Andere Spitäler nehmen nur einen Fixer aufs Mal, oder nur weibliche oder nur männliche, oder nur dann, wenn das therapeutische Anschlussprogramm bereits gesichert ist. Nach Alternativangeboten in Nichtspitälern wird gesucht, doch das Gebot der Stunde heisst doch immer: sich auf das Entgegenkommen einzelner zu verlassen.

Ähnlich schliessen sieht es auch bei der Sucht nach einem Platz für die Anschlusstherapie aus. Hat der Süchtige keine speziellen Vorlieben oder Abneigungen für oder gegen eine bestimmte Einrichtung, kann er vielleicht von heute auf morgen untergebracht werden - oder aber er wartet Wochen, manchmal Monate. Ambros Uchtenhagen: «Gerade weil wir diese Situation kennen, haben wir den Süchtigen generell schon vor zwei Jahren angeboten, dass sie während der Wartezeit nicht auf der Gasse herumhängen müssen, sondern das Suchterstattmittel Methadon als Überbrückung erhalten.»

Leben mit der Sucht

«Es ist klar: Die regelmässige Einnahme von Methadon ergibt die genau gleich starke Abhängigkeit wie der Heroinkonsum selbst. Darin ist das Ziel der Methadonbehandlung auch nicht primär die Heilung der Sucht, sondern ihre Sozialisierung. Das heisst, der Süchtige ist genauso süchtig wie zuvor, nur dass er nebst seiner Sucht mehr oder weniger normal leben kann. Die Hoffnung besteht darin, dass der Süchtige in einem zweiten Schritt auch von dieser Sucht geheilt werden kann.»

Die Hoffnungen aber, die Experten in die Behandlung mit Methadon setzen, werden in der Öffentlichkeit nicht immer geteilt. Speziell der Langzeitbehandlung mit dem begabten Suchterstattmittel ist in den letzten Jahren eine recht grosse Opposition erwachsen. Viele Laien aber überschauen die Vorteile dieser Therapie, beispielsweise für einen Jugendlichen, der seine Lehre oder Schulausbildung beenden sollte, und glauben, dass das Methadon von Therapeuten wie Fixern als Allheilmittel gegen die Heroinsucht benutzt wird.



Prof. Ambros Uchtenhagen

Obwohl mit Methadon bereits gute Erfolge erzielt worden sind, gehe man mit dem Suchterstattmittel vorsichtig um, bestätigt Prof. Ambros Uchtenhagen. «Natürlich gibt es immer Leute, die mit dem Methadon den Weg des geringsten Widerstandes gehen wollen, weil es billiger ist und sie hier nur das Minimum einer möglichen Anstrengung auf sich sehen müssen.»

Weil harte Kriterien aufgrund ausgewerteter Erfahrungen fehlen und die Methadonabgabe kein willkürlicher Entscheid sein soll, hat man sie an eher formale Bedingungen geknüpft: Der Fixer muss wirklich süchtig sein, im Minimum seit zwei bis drei Jahren. - Das auf 23 Jahre angesetzte Mindestalter wird nur in Ausnahmefällen unterschritten, und der Süchtige muss mindestens eine qualifizierte Abstinenzbehandlung hinter sich haben. Auch die Methadonabgabe ist geregelt: Der Patient muss seine Ration täglich unter Kontrolle einnehmen, damit das Methadon nicht auf dem schwarzen Markt landet, und jeder Methadonbesitzer wird in einem kantonalen Register beim Kantonsarzt aufgeführt.

Helfen, nicht zwingen

Prof. Ambros Uchtenhagen: «Die Heroinfixer sind nicht alle die gleichen Typen, obwohl Jugendliche mit einem sehr angeschlagenen Selbstbewusstsein, die auch rascher resignieren, suchtfähiger sind als andere. Es gibt neben den voll in die Drogenszene integrierten Samenfixern auch die bürgerlichen Fixer, die mit der eigentlichen Drogenszene nichts zu tun haben wollen. Schon von dort her sind die Bedürfnisse sehr verschieden.»

Wie wenig hängigen strafrechtliche Massnahmen helfen, hat sich erwiesen. Trotzdem entscheiden sich lange nicht alle, vor die Wahl Gefängnis oder Therapie gestellt, für die Therapie, aus Unkenntnis oder Angst vor dem Scheitern. Die Zustimmung aber servieren Untersuchungen, die klar ergeben haben, dass die Rückfallquote bei «zwangsweise stationär behandelten Fixern» bei nahezu hundert Prozent liegt. Erfolgt hingegen die Therapie auf eigenen Wunsch, ist die Rückfallquote auch längerfristig um vieles kleiner.

Helfer kämpfen um Unterstützung

Auf Freiwilligkeit baut auch die Psychiatrische Beratungsstelle für Jugend- und Drogenprobleme, Drop-In, die dem Sozialpsychiatrischen Dienst unterstellt ist. Die seit elf Jahren bestehende Beratungsstelle pflegt einen engen Kontakt mit der Auffangstation Tiefenbrunn sowie zur Elternvereinigung drogenabhängiger Jugendlichen und ähnlichen Institutionen, doch die Drogenabhängigen müssen selbst das Drop-In aufsuchen. Streetwork, «Gassenarbeit», im eigentlichen Sinne existiert ebenso wenig wie das Übel, dass Drogenpatienten zu einer Behandlung gezwungen werden.

Das Drop-In kennt jedoch nicht nur die Beratung drogenabhängiger Jugendlicher, sondern teilt sein Zielpublikum in drei Gruppen ein: Jugendliche mit irgendwelchen Problemen, die keine Drogen nehmen; Jugendliche, die illegale Drogen konsumieren oder legale Drogen wie Alkohol und Medikamente missbrauchen, deren zentrales Problem aber nicht der Drogenkonsum ist; wirklich schwer Drogenabhängige, bei denen die Droge Leben und Sterben bestimmt.

Man weiss nicht, wer sie sind

«Während die erste Gruppe oft noch in einem Arbeitsprozess integriert ist», erläutert Thomas Kurz, klinischer Psychologe im Drop-In und einer von 21 ausgebildeten Mitarbeitern, «läuft die letzte Gruppe oft Gefahr, ganz ausgedockt zu werden. Obwohl viele Fixer ihren Drogenkonsum nicht mehr im Griff haben, geben viele von ihnen ihren Beruf nicht zuletzt wegen dem Missverhältnis auf zwischen dem, was sie verdienen, und dem, was sie verdienen müssten, um ihren Drogenkonsum zu finanzieren.

Wir selbst glauben sogar, dass die Zahl der sozial (noch) integrierten Fixer im Zunehmen begriffen ist. Ein Zeichen dafür ist das Phänomen, dass die Drogenkosten der letzten Monate der Polizei wie auch uns nur in den seltensten Fällen bekannt sind.»

Auch wenn das Angebot im Drop-In reichhaltig ist, hat die Hilfeleistung dieser Stellen ihre Grenzen. «Jeder Patient, der auf Entzug ins Drop-In kommt oder einen Entzug machen will, kann ohne nähere Prüfung seiner Situation mit einem Standardangebot rechnen. Oft sieht das so aus, dass wir für den ambulanten Entzug Medikamente abgeben müssen, weil der Fixer noch nicht für einen überwachten Entzug motiviert ist. Die Fixer sind oft mit diesen Medikamenten nicht zufrieden, aber stärkere Medikamente dürfen wir in diesem Rahmen gar nicht abgeben. Da bleibt nur der Entzug in einem Spital – und da sitzen wir denn auch schon in der Klemme: Im Moment können wir nur noch – und auch da wird es je länger, je schwieriger, – in der Psychiatrie kurzfristig Plätze finden. Es ist ein Skandal, dass sich die Stadtspitäler um eine Mitarbeiter einfach drücken. Neben dem Universitäts- und dem Waid- und dem Triemli-Spital Fixer für einen Entzug auf. Natürlich hat jeder, der sich vor der Mitarbeit zur Lösung des Drogenproblems drückt, seine Argumente. Andererseits gehört es meiner Meinung nach zu den Menschenrechten, dass ein Jugendlicher seinen Entzug jederzeit in einem geschützten Rahmen machen darf. Vielleicht wäre das der Moment, um eine Entzugsstation zu konzipieren, welche die Schwellen nicht so hoch ansetzt und jedem Entzugswilligen eine seriöse Behandlung offeriert.»

Vieles liegt im argen

Nur: Das Drop-In allein kann gegen die unbefriedigende Entzugssituation genauso wenig etwas unternehmen wie gegen die Misere der Therapiestationen. Denn auch die Beratung einer solchen Langzeittherapie liegt ja im argen. Freiwillige Therapien kosten viel Geld und tragen dem Fixer und seinen Angehörigen oft einen Schuldenberg ein, der in die hunderttausend Franken gehen kann. Gratis wird nur geheilt, wer von einem feinfühlernden Gericht zu einer Therapiemaßnahme verdonnert wird.

Auch das Methadon kostet: Beim Privatarzt 4 Franken pro Tag für die einmalige Abgabe. Zusammen mit der wöchentlichen Konsultation ergibt das 484 Franken im Monat. Doch die Krankenkassen übernehmen die Kosten für Methadon nur im Sinne einer freiwilligen Leistung, was heissen will, meist nicht. Selbst die Konsultation beim Arzt geht zulasten des Patienten, wenn er einen Drogenverbehalt hat. Die Klausel «Grobes Selbstver-

schulden» ist hier (falls) leicht anwendbar.

Über diese Haltung der Krankenkassen gerät Thomas Kurz in Raminich: «Ich finde das ein sehr faules Argument. Es hat immer einen Grund, wenn jemand süchtig wird. Auch die so oft beschworene und so selten zutreffende Neugierde hat ihr Motiv. Die Sucht ist immer eine Flucht - vor einer schlechten Situation, auf der Suche nach einer besseren. Und die Erfahrung hat auch gezeigt, dass es nicht ausreicht, einem Fixer zu sagen, dass Fixen der falsche Weg sei. Helfen kann man ihm nur, wenn man Alternativen hat und sie ihm aufzeigen kann.

Auch Fixer haben Vorurteile, und mindestens eines davon ist völlig falsch. Das Drop-In arbeitet nicht mit der Polizei zusammen! Als ärztlich geleitete Institution würde das Drop-In neben dem Berufsgheimnis auch die ärztliche Schweigepflicht verletzen, wenn es irgendwelche Informationen an die Polizei oder bei Minderjährigen an die Eltern weitergeben würde. Selbst wenn die Polizei einen Fixer vorbeibringt, bewachen wir ihn nicht. Wenn er mit uns reden will, versuchen wir ihm zu helfen, aber wir zwingen ihn nicht. Zwang ist sicher auch der falsche Weg.»



Thomas Kurz, Drop-In

Lesen Sie in der
nächsten Folge:
**Sieg oder
Niederlage?**

Nur wer gegen den Strom schwimmt, gewinnt

Immer wenn vom Suchtersatzmittel Methadon die Rede ist, schlägt die Diskussion hohe Wellen. Von den einen verteufelt, von den anderen in den Himmel gehoben, kommt dem Suchtersatzmittel in der Geschichte der Behandlung der Heroinsucht ungeahnte Bedeutung zu. Doch hinter dem Für und Wider steckt mehr als die Möglichkeit für Erfolg oder Misserfolg. Immer deutlicher wird die Machtlosigkeit im Kampf gegen die Sucht. Denn oft setzt er so spät ein, dass viele Süchtige bereits zu den kaputten Existenzen zählen, die sich auch in einem drogenfreien Leben nicht mehr zurechtfinden können. Maja wie Michèle, die hier zu Worte kommen, hätten im rechten Moment einen Menschen gebraucht, einen, der vielleicht auch den Mut zu ein wenig unbürokratischer Hilfe und genug Liebe für zwei hat.

Die Geschichte von Maja ist nicht klassisch, auch nicht alltäglich. Aber sie erschreckt den, der sich mit der Drogen Szene beschäftigt hat, bald nicht mehr. Man stutzt wohl dem gegenüber ab, was man unter «schon mal irgendwo gehört-einreiben kann Maja (27), fröhlich und seit zweieinhalb Jahren auf Methadon, arbeitet seit einigen Monaten, hat eine eigene Wohnung und Freunde, die nichts mit der Szene zu tun haben. Sie ist selbständig, auch wenn sie einen intensiven Kontakt zu ihren seit zwanzig Jahren geschiedenen Eltern und ihren vier Brüdern hat. Nichts erinnert mehr daran, dass Maja einmal Fixerin war, ausser einer auf vier Jahre bedingten Strafe, 9000 Franken Gerichtsschulden und der Tatsache, dass sie nicht in die Ferien fahren kann, weil sie ihre Methadon-Ration täglich abholen muss.

Nach der Scheidung ihrer Eltern wuchs Maja an sechs verschiedenen Orten auf und hatte kaum Kontakt mit zu Hause und den Geschwistern. Auch als sie mit 12 Jahren zu ihrer Mutter nach Zürich kam, fand Maja ihr Gleichgewicht nicht. Sie war oft allein und kompensierte die Einsamkeit in Jugendzentren, wo auch Haschisch herbeigeholt wurde. Sie hing hier und dort herum - mit 13 auch nachts, wenn die Mutter arbeitete.

Von netten Burschen angefixt

Das Niederdorf mit dem ehemaligen Rauschgiftmekka Restaurant «Turm» übte seine gewohnte Anziehungskraft aus und war auch Ansatzpunkt für eine Freundschaft Majas mit einem älteren Mädchen. Das Ganze eskalierte darin, dass sich die beiden von zwei «netten Burschen» anfixen liessen. Beim ersten Schuss Heroin, den sich Maja von ihren neuen Freunden setzen liess, wurde die Euphorie noch von Nebenwirkungen wie Übelkeit, Angst und Durst überboten. Doch ein Wendepunkt war es nicht - nur ein Anfang.

«Wenn ich kein Heroin hatte, war mir übel, ich hatte Gliederschmerzen und war furchtbar müde», erzählt Maja. «Das es von Heroin kam, merkte ich erst, als ich meine Freundin widersah, die auch gerade die gleichen «Entzugserscheinungen» durchmachte. Auf was wir uns da eingelassen hatten, war uns damals noch immer nicht klar. Für uns war es damals ein Glück, dass wir Leute fanden, die uns Stoff gaben, damit wir ihn weiterverkauften. So hatten wir immer unsere Ration.»

Ein Jahr später ist Maja dann zum ersten Mal während einer Rausch erwacht worden. Stoff

hatte sie keinen bei sich, doch ihre erstochene Arme waren tief genug. Die Polizisten, die sie ins Gebot nahmen, beschnitten schließlich Majas Vater. Dieser holte seine Tochter ab, schluckte aber das ihm aufgetischte Märchen trüder nur zu bereitwillig.

Maja fiste, destillierte und ging mit 16 Jahren für ein Jahr nach Holland. Zurück in der Schweiz und die Taschen voller Heroin, wurde sie verpöffelt und nach drei Monaten Unterstellungshaft in Zürich in die Psychiatrische Klinik Hirschen gebracht. «Zweieinhalb Monate war ich in der Wachstation mit 20 Betten, wo nur die schlimmsten Fälle lagen. Ich war die einzige Süchtige und hatte schreckliche Angst vor den anderen Patienten, die einen regelrecht anfielen.»

Wir Kinder vom Hirschenplatz



Drogen in Zürich -
die heimliche Katastrophe
Eine Serie
von Caroline Ratz

Leben zwischen Angst und Droge

«Ich bekam keine Medikamente und traute mich nie, einzuschlafen, nachdem mich eine verrückte Frau, die immer die Wände mit ihrem Kot beschmierete, einmal fast erstickt hatte. Als ich dann in die offene Station kam, ging es etwas besser, doch ich hatte immer nur einen Gedanken: «Raus hier!»

Nach drei Monaten ist Maja während eines Spaziergangs abgehauen und gleich nach Zürich «auf die Gasse» zurückgekehrt. Einige Male versuchte sie den Entzug allein und scheiterte. Wieder einmal auf Entzug, lies sie sich von ihrem Vater ins Drop-In begleiten und kroch, nachdem sie keine Soforthilfe erhalten hatte, buchstäblich auf allen vierten und am ganzen Leib zitternd ins «Dorf», wo ihr ein Mitleidiger den ersuchten Schuss setzte.

Das alte Spiel begann von neuem, bis Maja 1978 wieder verhaftet und aufgrund ihres schlechten Gesundheitszustandes noch während der Untersuchungshaft in die Psychiatrische Klinik Burghölzli eingeliefert wurde. Ein Arzt gewann Majas Vertrauen und setzte sich denn auch mit dem Leiter des Sozialpsychiatrischen Dienstes, Prof. Ambros Uchtenhagen, in Verbindung, der seine Zustimmung für eine Methadon-Langzeittherapie erteilte.

Zwei Wochen vor Weihnachten wurde Maja entlassen und folgte ihrem Vater, der eine Stelle ausserhalb von Zürich angenommen hatte. Denn dass sich Maja nicht mehr in Zürich aufhalte, war eine Voraussetzung der Methadon-Therapie gewesen. Während zweier Monate lief alles ziemlich gut, bis der Vater seine Stelle aufgeben und nach Zürich zurückkehren musste. Es fand sich ein Arzt, der die Methadon-Therapie mit Maja fortzusetzen gewillt war. Doch in Zürich angekommen, wurde Maja das Methadon plötzlich verweigert.

«Da stand ich nun», sagt Maja, «und kam am nächsten Tag auf Entzug, der bei Methadon sehr schlimm ist. Da ging ich halt wieder auf die Gasse, weil mir die Decke zu Hause auf den Kopf fiel. Ich bin schon jeden Tag nach Hause gegangen und habe mir meinen Eltern besprochen, was man tun könnte – doch nichts klappte. Der Arzt, bei dem ich einen Termin erhielt und der auch die Kompetenz hatte, mir das Methadon

wieder zu bewilligen, erklärte mir karzerhand, dass ich das Methadon gar nicht brauchen würde.»

Doch auch der Vater, der erst Risiken vorgeschlagen hatte, sah nun ein, dass Maja den Ausstieg aus der Heroinsucht so nicht schaffen würde. Er setzte alle Hebel in Bewegung, um eine Katastrophe für die verzweifelte Tochter abzuwenden. Eineinhalb Wochen wartete Maja auf das zweite Okay von Prof. Ambros Uchtenhagen und hielt sich in dieser Zeit mit so wenig Heroin wie möglich über Wasser.

Die Methadon-Therapie jedoch hielt, was sich Maja von ihr versprochen hatte. Sie fing langsam an zu arbeiten, zuerst stundenweise, dann halbtags – nicht leicht für ein Mädchen, das noch nie in seinem Leben gearbeitet und nur knapp sieben Jahre Schulbildung hinter sich hat. Aber sie schaffte es und reduzierte ihren Methadon-Konsum von täglich 18 Tabletten freiwillig auf deren drei. In ein paar Monaten wird sie auch diese drei Tabletten nicht mehr brauchen, glaubt sie.



Wenn sie spritzen, erwarten sie nichts außer dem Flash und dem Ende der Schmerzen...

Erst heute fängt das Leben an

«Heute weiß ich, dass die Jahre mit dem Heroin verlorenen Jahre waren», sagt sie. «Aber es ist passiert, was soll ich machen? Sicher wäre mir wohler, wenn ich nie mit dem Zeug angefangen hätte. Denn Positives hat diese Zeit nichts an sich gehabt, außer dass ich jetzt weiß, wie es ist. Ich meine, viele meiner Kollegen sind am Rauschgift gestorben, an einem Herzkollaps oder weil sie sich aufge-

hängt haben. Natürlich tut das weh, aber es hielt dich nicht zurück. Du hast das Wasser für die Spritze wenn nötig auch aus dem WC aufgezogen, und du hast Spritzen benutzt, die voller Dreck waren.

Natürlich hat es Momente gegeben, wo man mir hätte helfen können, aber ich wollte mir auch nicht helfen lassen. Ich lebte damals nicht - heute fange ich an zu leben. Ich kann heute auch mit meinen Eltern ganz anders reden und weiß, dass sie heute vielleicht auch ganz anders reagieren würden. Vielleicht wäre vieles anders geworden, wenn ich eine richtige Familie gehabt hätte. Aber jetzt habe ich sie ja, und ich kenne auch Fixer, die trotz gutem Elternhaus reingetratscht sind.

Ich glaube, ich schaffe es, auch wenn ich nichts Ungeschehen machen kann. Man muss sich einfach machen eine neue Welt aufbauen, darf sich nicht isolieren und muss unter die Leute gehen. Nicht mehr unter die Fixer, sondern unter die richtigen Leute. Es geht, wenn man nur will!»

... doch die Schmerzen beginnen erst richtig, wenn sie wieder warten, auf das Methadon und auf Hilfe...



Hinter der Härte steckt das Elend

Vor einer Tasse Tee sitzt sie mir in einem Altstadtcafé gegenüber, misstrauisch und immer mit einem Blick zur Tür. Michèle dürfte nicht viel älter sein als ich, scheint klein und zierlich und wäre wahrscheinlich sogar hübsch, wenn ihr Gesicht nicht so verlebt, ihr Blick nicht so leer und ihre Stimme nicht so schrill-beiser und damit schmerzhaft wäre.

Von der Szene ist Michèle sofort bereit zu sprechen, da kennt sie sich aus - von sich selbst aber erzählt sie nur zögernd und auch nur, nachdem sie erfahren hat, was sie dafür bekommt. Um zu erkennen, dass ihre Kältschnauzigkeit, die Verzweiflung und ihr betont legeres Benehmen Unsicherheit verbergen, muss man kein Psychologe sein. Doch bis zu dem Mädchen Michèle hinter der Fassade einer harten, erfahrenen Frau dringt man nicht durch.

«Ich habe eine Coiffurlehre gemacht und dazwischen einen Typ kennengelernt», erzählt sie, «der angefangen hat zu fliehen. Als wir etwa ein Jahr zusammen waren, habe ich von ihm ein Kind bekommen. Ich habe schaurig an ihm gehängt und wollte ihn am Anfang auch von der Spritze wehbringen. Als das nicht geklappt hat, habe ich selber angefangen zu spritzen: zuerst Morphin, dann Heroin. Denn ich wollte ja mit ihm zusammenbleiben, und ohne das Heroin hätte ich es bei ihm wohl nicht ausgehalten. Das Gift verändert einen Menschen, macht ihn oft böse und aggressiv. Daneben konnte ich einfach nicht mit ansehen, wie er kaputtgeht.»

Der letzte Ausweg: Methadon

Fünf Jahre lang hat Michèle mit ihrem Freund zusammengelebt, und vier Jahre lang hatte sie auch ihr Kind bei sich. Heute sitzt der Freund unter anderem wegen Heroinhandels im Gefängnis, das Kind hat man Michèle weggenommen und zu Pflegeeltern gegeben. Doch Michèle will ihr Kind nicht nur am Wochenende sehen, will es wieder bei sich haben und dafür wieder arbeiten, wieder anders leben. Der einzige Schlüssel zu dieser neuen Welt heisst für sie Methadon.

«Ich hoffe, dass ich mit dem Methadon mein Kind wieder bei mir haben kann, denn dann arbeite ich ja auch. Natürlich hat das Leben bei uns auf das Kind einen schlechten Einfluss gehabt. Es hat mitansicheln müssen, wie wir uns kaputt machen, und hat, obwohl es noch so klein war, viel miterlebt. Jetzt hat es sicher ein besseres Leben als damals mit uns - aber jetzt will ich es wieder bei mir, und zwar für mich allein.»

Mit ihrem Freund, der zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt wurde, will Michèle nichts mehr zu tun haben. Nur hin und wieder hört sie von einem Freund, wie es ihm geht. Auf den eigenen Beinen, auf die man sie gezwungen hat, will sie stehen bleiben. Den Kampf, der für sie nicht verheissungsvoll aussieht, kämpft sie mit dem Mut der Verzweifelten.

Die Möglichkeit einer Therapie schlägt Michèle nicht zuletzt darum nach zwei missglückten Entzugsversuchen aus, weil sie nicht ein Jahr oder länger von Zürich weg will. Als Kind, das

man einst den herumirrenden Eltern weggensetzen und in ein Heim gesteckt hat, lebt sie mit der Angst, man ihr eigenes Kind zu verlieren.

Verzweifelter Kampf um das Kind

Ob Michèle es schaffen wird, ist trotz allem fraglich. Doch wer sie kennt und ihr alt-junges Gesicht gesehen hat, die unruhigen Hände, die sich irgendwo festhalten müssen, und ihrem stillosen Gang, der sie immer nur im Kreise herumführt, hofft für sie; der hat mit ihr gelitten, als sie wochenlang auf einem Termin bei einem Arzt wartete, der ihr das Methadon hätte bewilligen können. Und der hat um sie geübert, als sie hoffnungsvoll und ohne einen Tropfen Heroin in ihren Adern auf sein Büro marschierte, um von einer Sekretärin wieder um ein paar Wochen verdrängt zu werden.

Verzweifelt riefen mich Freunde von ihr an, weil sie zusammengebrochen war, weil sie nicht mehr in ihr neues Zuhause zurückkam und aufgeben wollte. Ihr zu helfen, haben viele versucht. Doch es gibt nicht nur eine Michèle in dieser Stadt, und viele der zuständigen Ärzte haben es sich längst angewöhnt, persönliche Gefühle für ihre Patienten zu hegen.

Dass sie auf den Strich geht, um sich das Geld für den nächsten Schuss und ihre Zukunft zu verdienen, und es noch immer tut, obwohl sie ein paarmal er-

wischt worden ist und beim nächstenmal offiziell als »Hure« registriert wird, hat sie mir erst nach ihrem letzten Zusammenbruch erzählt. »Wenn sie mich registrieren«, weinte sie, »ist alles vorbei. Dann verliere ich mein Kind endgültig. Ich habe das nicht mehr an. Wieso hilft mir denn keiner?«

Dann verschwand sie und war, als ich sie noch einmal telefonisch erreichte, nicht mehr die Michèle, die ich kennengelernt hatte. Mitleidloser Stimme beantwortete sie Fragen oder auch nicht und wusste auch nichts auf die Tatsache zu sagen, dass sie die Bewilligung für das Methadon noch immer nicht erhalten hat. Sie hat um nichts mehr, fragt nichts mehr. Vorbei ihr Trost, vorbei die Kraft und die Courage, sich zu wehren. Seither habe ich nichts mehr von Michèle gehört und fürchte mich davor, sie irgendwo mal an einer Straßenecke warten zu sehen – wie jemand, der nichts mehr erwartet.

Die Namen der Betroffenen wurden von der Redaktion geändert

Lesen Sie in der nächsten Folge:

Szenen-
bilder

En passant . . .



Aus der Suche nach etwas Boden wird oft ein Sturz ins Bodenlos, der nicht aufzuhalten ist

Wie Kinder vom Hirschenplatz



Drugs in Zürich – die heimliche Katastrophe
Eine Serie von Caroline Rätz

Geschehen an einem Tag im April, abends gegen 21 Uhr in der Bellevue-Apotheke. Neben mir steht ein junger Typ, etwa 18, 19 Jahre alt, mit grauem Gesicht, im Jeansanzug und Schlafstiefeln.

Aus den Augenwinkeln bekomme ich mit, dass er ein Rezept über den Ladentisch schiebt. «Aber Sie können dieses Medikament gar nicht beziehen. Das Rezept gilt nur für die einmalige Abgabe», meint die Apothekerin in freundlichem Ton.

«Aber ich habe es (das starke Schmerzmittel Fortalidon) doch schon dreimal bezogen.»

«Das ist schon möglich, aber ich kann Ihnen dieses Medikament wirklich nicht geben. Ich gebe Ihnen das da.»

Liebe Leser, Bestellerautorin, hat in ihrem Buch «Den Wolf unarmen» geschrieben: «Wenn damals einer gekommen wäre und hätte mir Rauschgift angeboten, ich hätte danach gegriffen, falls ich die bewusstseinsprägende Wirkung gekannt hätte. Aber wir hatten damals die falschen Tröstungen nicht, und auch nicht den Psychotherapeuten. Wir mussten einfach durch. Oder uns umbringen. Das taten denn auch viele.»

«Nein, das will ich nicht, verdammst noch mal.»

«Wieso werden Sie denn jetzt so böse? Wieso wollen Sie denn das hier nicht nehmen?»

«Weil... weil ich das andere schon kenne und nicht weiss, ob das da gut ist.»

«Es ist sicher gut und wird Ihnen auch helfen.»

«Es ist ja möglich, aber...»

«Schauen Sie», berührt sich die Apothekerin sichtlich am Geduld. «Das Medikament, das Sie wollen, ist viel zu gefährlich. Denn man wird davon sehr schnell süchtig.»

«Ich bin nicht süchtig, ich brauche es für meinen Fuss», wehrt sich der Junge mit seltsamer Stimme. Er bückt sich, zieht Schuhe und Strümpfe aus und zeigt der Apothekerin seinen in unförmige Verbände gezwungenen Fuss.

«Aber, wenn es so schlimm ist, dann gehen Sie doch zum Arzt.»

Der Junge steigt nicht auf dieses Argument ein, starrt unerschütterlich auf den Verkaufstisch und reagiert auch nicht, als sich eine ältere Kundin einmischt. Der Junge zieht nur den Schuh über seinen verbundenen Fuss und platzt plötzlich heraus: «Ja, ja, ich bin süchtig. Ich versuche mit Fortalidon den Entzug zu machen.»

«Also doch», bemerkt die Apothekerin heilsichtig.

«Ja, natürlich – Sie haben es gewusst. Aber was soll ich denn tun?»

«Wenn Ihnen der Arzt ein neues Rezept verschreibt, geben wir Ihnen das Medikament.»

«Das tut er nicht, der hat halt auch einen Defekt.»

«Aber dann können Sie doch nicht alles auf die Apotheke abschieben. Wir haben auch unsere Bestimmungen. Zudem kennen wir Sie nicht einmal.»

«Wenn ich den Entzug nicht schaffe, nehme ich halt wieder Heroin oder etwas anderes. Ich weiss schon, wo ich was bekomme.»

«Dann holen Sie sich das Zeug doch dort», gibt die Apothekerin entrüstet zurück.

«Sie freuen sich wohl noch, dass ich wieder Heroin nehmen muss.»

«Nein, ich wäre froh, wenn Sie gesund wären und gar nichts nehmen müssten.»

Der Junge lacht bitter auf, packt ein, was er bekommt und wirft trotzig sein Kleingeld hin. Sekunden später macht er sich mit einem Plastiksack in der Hand auf seinen schrägen Absätzen, die schon lange keinen Schuhmacher mehr gruchen haben. Richtung Niederdorf davon. Der Impuls, ihm nachzugehen, unterliegt den vielen «Aber», die man in solchen Situationen hat und meinen eigenen Bauchschmerzen. Im übrigen, was hätte ich ihm sagen, was ihm anbieten wollen: «50 Franken für einen Viertel Schuss vielleicht?» Doch der Zynismus bleibt auf der Strecke, wenn eben ein Mensch seine Würde verloren hat, gebettelt hat – verlosch auf den Knien – und uns dabei unsere eigene Unfähigkeit vor Augen geführt hat. Der tugendliche Zweifel, die Abnung, irgendwo versagt zu haben, nicht besser als die Gleichgültigen zu sein, weicht nicht angesichts der rhetorischen Frage: «Was soll ein einzelner schon tun?». Bemerkte hat den Vorfall in der Apotheke fast jeder. Nicht alle haben verstanden, worum es ging. Manche haben hingehört, andere haben sich abgewandt – nachgesehen haben sie dem Jungen alle ...

Spiel mit festen Regeln

Wer mir früher erzählt hätte, dass im Niederdorf rund um den Hirschenplatz Fixer und Polizisten in einem recht freundlichen, wenn nicht gar freundschaftlichen Umgangston verkehren, den hätte ich ausgelacht. Aber: Es ist so! Da sie nebeneinander existieren müssen, hat sich nach dem Motto «Eine Hand wäscht die andere» eine Art Zweckgemeinschaft gebildet.

Natürlich lösen sich kleinere Grüppchen auf, bricht hier und da ein Gespräch ab und verschwindet eine Hand in der Tasche, wenn die Polizisten - für die Fixer auch in Zivil von weitem erkennbar, als wären sie in Uniform - auf dem Platz erscheinen. Doch das gilt auch umgekehrt: Die meisten Fixer, die hier verkehren, sind der Polizei bekannt. Und wer neu erscheint, der wird beobachtet, denn früher oder später gehört er zu den «Kunden».

Zu zweit stehen sie vor dem Brunnen, und es dauert nicht lang, bis sich ein Mädchen aus dem Schatten der nächsten Hauswand löst, sich mit «Hallo» und «Wie geht's?» eine Zigarette anbieten lässt und mit den Polizisten drauflosplaudert: Dass sie in einer Bar gearbeitet und eben einen Selbstmordversuch knapp überlebt hat, an die Fasnacht gehen will, eine Stelle sucht und nicht findet, ansonsten aber ganz zufrieden ist. «Eine Fixerin, die behauptet, nun sauber zu sein - an sich ein liebes Mädchen», erklären die Beamten, nachdem sich das Mädchen wieder zu

«anderen Freunden» geeifelt hat. Vor den Bänken beim Crêpe-Stand spielt ein Hund, an den sich eine ganze Gruppe von Zuschauern geschart hat. Man lacht mit, unterhält sich über den Hund und mögliche Nachkommen, derweil man ein Papierrückchen fixiert, das offen kursiert und nun in der Hand eines Burschen liegt. «Nichts zu machen», feixt dieser, «nur Zitronensäure.» - Man prüft kurz, gibt es zurück und geht ein paar Schritte weiter: Es war wirklich nur Zitronensäure. Natürlich folgen auch misstrauische Blicke dem Gespann, das im Moment allein durch seine Anwesenheit präventiv wirkt.

Zwei dubiose Gestalten stehen in einem Hausflur. Man erkennt das Fräulein, jung und hübsch und sich für «Stoff» verkaufend. Eine kurze Durchsichtung der Handtasche bringt nichts, die ist sauber. Doch das Mädchen, deuzum Begleiter still und leise das Weite sucht, hat Probleme. Hat Angst vor irgendwelchen Dealern, die es mal wegen schlechter Ware verpfänden hat und die es jetzt bedrohen. Noch einmal verspricht es, bei der Polizei vorbeizukommen, damit ihm geholfen werden kann. Dann verschwindet das Mädchen auf der Suche nach Begleiter und Hund, der später gefunden und von den Beamten in Richtung Frauenhaus geschickt wird.

Idylle? Harmloses Geplänkel? Mühsichten. Aber die Polizei weiss längst, wo sie ihre Leute findet. Leute, von denen sie

die Hälfte jeden Tag einmal verhaften könnte. Sie tut es nicht, weil das Verhaften und gleich wieder Laufengelassen nichts bringt. Nur wer Stoff auf sich hat, wird so oder so mitgenommen.

Ein Spiel mit festen Regeln also, die beide Seiten kennen. Denn über diese «kleinen Fische», die meist harmlos für die anderen und nur brutal gegen sich selbst sind, an die grossen Dealer heranzukommen, ist die einzige Möglichkeit. Die neuen Gesichter, die in dieser Szene auftauchen, sind kaum von ihrem Weg in die Sackgasse abzuhalten. Sie werden zwar beobachtet und vielleicht häufiger kontrolliert - aber das Gesetz lässt keine Handhabe, solch gefährdete Jugendliche präventiv aus dem Verkehr zu ziehen.

Gefragt, was er tun würde, wenn sein eigenes Kind in der Drogenzone wäre, antwortete einer der Beamten: «Ich weiss es ehrlich nicht, und ich wäre wohl nicht der erste Polizist, der bei der Einvernahme der eigenen Tochter oder dem eigenen Sohn begegnet. Wenn ich meine Kinder über das schwierige Alter hinausgebracht habe, habe ich auch eine gehörige Portion Glück gehabt. Denn gefreit ist dagegen niemand.»

Polizei: Helfer, Feind und Prügelknabe

Immer wieder werden von Seiten der Fixer veranzelt Verwürfe gegen die Polizei laut: Sie würden von der Polizei herabgelagt, beschimpft, seelisch maltreatiert und sogar geschlagen. Andere Fixer schwächen ab, fühlen sich, obwohl schon ein paarmal verhaftet, korrekt behandelt, manchen wurde sogar geholfen. Die Anschuldigungen auf ihren Wahrheitsgehalt zu prüfen ist extrem schwierig, auch wenn man einräumen muss, dass einige un-schöne Dinge passiert sind und auch noch passieren. Das Bild des aggressiven, böswärtigen und menschenfeindlichen Polizisten jedoch, der eine Art Kopfjagd gegen die Fixer unternimmt, trifft fast nie zu. Auch die Polizei hat längst erkannt, dass die Fixer - ausgenommen die grösseren und grossen Dealer, die mit dem Dreck anderer das grosse Geschäft machen - krank und keine eigentlichen Verbrecher sind.

«Natürlich sehen wir das ein», meint Emil Bock, Chef der Betäubungsmittelgruppe. «Wir wissen schon, dass diese Menschen nicht gleich zu behandeln sind wie Einbrecher. Oft muss man sich aufgrund des Lebenslaufes dieser Leute auch wirklich nicht fragen, wieso sie so weit gekommen sind. Daran sind sicher nicht die Jungen alleine schuld.» Wie sich das Drogenproblem stoppen lässt,

weiss auch die Polizei nicht. Der Stoff ist da, genauso wie die Händler, die ihn bringen. Die jüngste Rauschgiftmüchtige, die vor dem Schreibtisch eines Polizeibeamten landete, war ein 14-jähriges Mädchen, das schon gefixt hat. Doch das will noch nichts heissen. Die noch Jüngeren kommen einfach noch nicht mit der Polizei in Berührung.

«Wir sind auch gar nicht erpicht darauf, vom kleineren Drogenkaufsum von Schülern zu erfahren», präzisiert Emil Bock. «Solange keine Station, kein eigentliches Heim für diese Kinder besteht, wissen wir auch nicht, was wir mit ihnen machen sollen. Man kann doch einen 14-jährigen nicht ins Gefängnis stecken. Ich finde, das sollten die Eltern und Lehrer allenfalls mit dem Schulamt unter sich ausmachen. Nur wenn wir eine Anzeige erhalten, müssen wir natürlich etwas unternehmen.»

Dass die Polizei in ihrer Funktion oft verkauft, unterschätzt, häufiger aber noch in ihren Möglichkeiten überschätzt wird, zeigt sich immer deutlicher. Durch Gesetze, über deren Gültigkeit in der heutigen Zeit sich in vielen Fällen streiten lassen, wird die Polizei behindert oder in ein gewisses Vorgehen hineingezwungen. Von wessen mit Misstrauen bedacht und von den «Kunden» oft ebenso gehasst wie gefürchtet, wird die Polizei zu einem Prügelknaben

in einer Art Schattenboxen. Denn oft bleibt die Polizei auf ihren Fixern sitzen, wenn sie einmal mehr als «Beratungsstelle» fungiert. Wird ein junger Fixer gefasst und verurteilt, versucht die Polizei oft mit Lehrmeistern oder Schulleitung zu verhandeln. Drogenberatungsstellen und Elternvereinigungen werden eingeschaltet, Lehrstellen gesucht und Eltern beruhigt. Doch Straftaten sind Straftaten, und auch gute Polizisten - Polizistinnen.

«Ich meine, die Diskrepanz zwischen dem Menschlichen und dem, was ich aus Berufsgründen tun muss, ist da», stellt Emil Bock klar. «In all den Jahren, die ich bei der Betäubungsmittelabteilung arbeite, gab es da so manche Mutter, die sich bei mir einen Ratschlag geholt oder einen Klumpen Henschisch mitgebracht hat, den sie bei den Sachen von Sohn oder Tochter fand. Kraft meines Amtes müsste ich jetzt diesen Sohn holen, aber ich kann das Vertrauen dieser Mutter doch nicht missbrauchen. Ein Jodel macht auch noch keinen Fixer, und wird er doch einer, fällt er uns früher oder später in die Hände. Es ist traurig, aber es ist so. Ich denke doch, dass noch viel geredet und zu wenig gehandelt wird, und zwar in bezug auf die Fixer, deren kriminelle Entwicklung eigentlich absehbar ist. Bei wirklichen Dealern müssen wir härter vorgehen, und das tun wir auch.»

Suche nach Boden

Die in dieser Serie zu Papier gebrachten Geschichten gleichen sich wahrscheinlich für die meisten Leser in der Substanz. Aber viele werden sich noch immer fragen, warum denn die einzelnen Fixer süchtig geworden sind. Seltsamerweise sind die Fixer selbst sparsam mit Vorwürfen nach aussen, wenn sie ihren Einstieg zu erklären suchen. Sie wollen sich auch nicht entschuldigen.

Willi, heute 28 Jahre alt, hat mit Drogen im Alter von 12 Jahren angefangen, als er nach Amsterdam ausreis. In eine Grossfamilie aufgenommen, kam er sich mit einem Joint in der Schraube wichtig vor. Als ihn die Polizei wieder nach Hause verfrachtete, war das Kind schon kein Kind mehr. Willi wusste, wo es lang geht und wo es überhaupt nicht mehr ging. Bei den Pflegeeltern nämlich, die ihn nach sieben Jahren Kinderheim zu sich holten. «Zwischen uns war immer eine Trennwand», sagt Willi, «sie hatten schon drei erwachsene Kinder und gaben mir nie das Gefühl, dass sie mich gern hätten. Ich habe zumal gehört, dass ich nicht dazugehöre.»

Doch für seine Entwicklung machte Willi die Pflegeeltern nicht verantwortlich. «Ich habe etwas gesucht in der Szene», sagt er, «aber ich weiss nicht, was. Ich habe schnell gemerkt, wie leicht sich mit dem Gift alles bewältigen lässt. Ich hatte auch keinen Boden, auf dem ich wieder hätte Fuss fassen können. Einmal in der Szene, immer in der Szene ...»

Doch Willi hat auch Liebe gesucht und sie gefunden in einer Frau, die er auch geheiratet hat. Früher als sie zu Drogen gekommen, stieg Willi durch seine Frau erst so richtig in die harte Sucht ein. «Sie aber stieg schneller wieder aus. Während der zwei Jahre, die sie gleichzeitig, aber getrennt in einer Therapiestation verbrachten, liess sie sich von ihm scheiden.

Obwohl Willi seine Therapie beendet hat, würde niemand für ihn die Hand ins Feuer legen. Er arbeitet aus hin und wieder, hängt wieder mit alten Bekann-

ten herum, enttäuscht die wenigen Freunde, die er hat, und wird von denen, die er für Freunde hält, enttäuscht. Er gleitet bei seiner Grenzwanderung, die er nicht einmal als solche erkennt, wahrscheinlich bald einmal aus. Er wäre verärrt, würde ihm das bewusst. Doch fragte man ihn, wieso er dabei ist, wieder einzusteigen, würde er wahrscheinlich gegenfragen: «Wieso überhaupt aufsteigen?»

Vielleicht fragen die Fixer auch anders als wir. Statt zu fragen, was ihnen das Gift bringt, fragen sie, was es ihnen bringt, wenn sie es nicht nehmen. Für wen denn? Wofür denn? Willi hat damals gesagt, er habe keinen Boden gehabt, um zurückzukehren. Diesen Boden sucht er noch heute ...

Danke!

Mein Dank geht an dieser Stelle an alle, die es mir ermöglicht haben, die Serie «Wir Kinder vom Hirschenplatz» zu schreiben. Ich danke den Fixern, Eltern, der Polizei, den Ärzten, Therapeuten und Experten für ihr Engagement, ihre Offenheit, ihr Vertrauen und ihre Geduld. Und ich danke all jenen, die mir geholfen haben, wenn mich der Mut verliess. Etwas Grundlegendes zu ändern, liegt nicht in meiner Macht, aber wenn ich nur einen Einzigen betroffen gemacht, ihn zum Nachdenken gezwungen habe, hat sich meine Arbeit gelohnt.

Caroline Ratz

Das grosse Geschäft mit den kleinen Fischen

Im vergangenen Jahr gelang es der Stadt- und Kantonspolizei Zürich, 6148 Gramm Heroin zu beschlagnahmen. Diese Menge reicht nicht einmal aus, alle Fixer in Zürich für einen Monat mit Stoff zu versorgen. Im Klartext: Die beschlagnahmte Menge an Heroin entspricht nur einem Bruchteil dessen, was während 12 Monaten an Stoff in die Limmatstadt eingeführt wird.

Wohl gelang es dank einer verstärkten Zusammenarbeit von Zoll und Polizei am Flughafen Kloten, grössere Mengen an Drogen sicherzustellen als auch schon. (Der grösste Heroin-Fang glückte 1975, als 18 Kilo beschlagnahmt werden konnten.) Aber die Drogenfahnder der Polizei sind sich im klaren darüber, dass die Umengung des Stoffes immer mehr oder weniger dem Zufall überlassen ist. Kommt dazu, dass die Einfuhr- und Schmuggelmethode immer raffinierter werden und gerade Heroin deshalb leicht geschmuggelt werden kann, weil es selbst in den kleinsten versteckten Platz findet.

Fixer sind ihre eigenen Dealer

Die Annahme, dass der Heroinschmuggel in die Limmatstadt ausschliesslich von durchorganisierten Banden, deren federführende Köpfe wie im Krimi unerkannt im Hintergrund operieren, getätigt würde, ist falsch. In der Regel sind es die Süchtigen selbst, die Heroin in die Schweiz schmuggeln, sei es für den Eigenbedarf, sei es für den Wiederverkauf. Die Grenzen sind hier deshalb fließend, weil praktisch jeder Heroin-Abhängige gleichzeitig auch als Dealer (Verkäufer) arbeitet. Denn nur auf diesem Wege ist es den Abhängigen erst möglich, sich die grossen Geldmengen zu beschaffen, die für den täglichen Gebrauch an Heroin notwendig sind. So sind tägliche Ausgaben für den Heroinkauf von bis zu Fr. 800.- keine Seltenheit.

Doch wie kommen die Fixer von Zürich an ihren Stoff, und aus welchen Quellen erfahren sie, in welchen Mengen er wo und wie zu holen ist?

Im «harten Kreis» der Zürcher Fixer werden diese Informationen herumgeboten und gehandelt wie Rohstoff-Informationen und Börsentips an der Bahnhofstrasse. Gelangen grössere Mengen an Heroin nach Zürich, spricht sich das innere Tagesfrat unter den Abhängigen herum, oder, wie es der seit vier Jahren dem Heroin verfallene Fixer Charles Z. (24) ausdrückt: «Das «Buschtelefon» in Sachen Heroin funktioniert in Zürichs Fixermilieu so ausgezeichnet, dass sogar Süchtige aus der Bundesrepublik und Österreich augenblicklich nach Zürich eilen, um sich hier mit Stoff einzudecken.»

Telefone laufen heiss

Der grösste Teil des in Zürich gehandelten Heroins stammt aus Hollands Metropole Amsterdam sowie aus Mailand, Rom oder Genes. Fixerin Hedwig G. (25) erklärte dem «Zürcher», wie man in diesen Städten an die Dealer herankommt:

«In Fixer- und Dealerkreisen, die ja meist identisch sind, werden laufend «heisse» Telefonnummern angeboten. Es handelt sich hierbei um Anschlüsse von öffentlichen Telefonzellen, die zu bestimmten Tages- oder Nachtzeiten angerufen werden können. Von den Auskunftspersonen am Ende der Leitung erfährt man dann weitere Telefonnummern, meist solche in Mailand oder Rom.



Wir Kinder vom Hirschenplatz
Drogen in Zürich — die heimliche Katastrophe



Für Insider noch immer eine sichere Adresse: Amsterdam

Doch bevor man diese Nummer erhält, muss man die Typen schon davon überzeugen können, dass keine schiefe Tour läuft; es sind diesbezüglich jede Menge Sicherheitsmassnahmen eingebaut. Vor allem muss der Nachweis erbracht werden, dass der Interessent genügend Bargeld besitzt, um den Stoff kaufen zu können. Ohne Kohlen läuft in diesem Geschäft überhaupt nichts. Hat man dann erst einmal eine Nummer in Italien, wird auch dieser Anschluss zu einer festgelegten Zeit angetragen. Meist klappt dies alles ohne Schwierigkeiten. Man macht dann mit den Typen im Ausland einen Treffpunkt ab, meist an den Bahnhöfen von Mailand oder Genua. Als Erkennungsmerkmal dient in der Regel ein Auto, das an einer bestimmten Stelle bei den jeweiligen Bahnhöfen parkiert ist.»

Ein Deal braucht keine Worte

«Gesprochen wird beim Deal praktisch nichts. Man steigt in den Wagen ein, und die Typen kreisen ein paarmal um das Bahnhofareal. Bevor man etwas vom Stoff sieht, müssen erst mal die Kohlen gezeigt werden.

Oftmals bleibt nicht einmal Zeit dazu, den angebotenen Stoff auf seine Reinheit zu prüfen. Aber in der Regel wird man diesbezüglich nicht betrogen. Gerade in Italien ist derzeit Heroin in hoher Reinheitsqualität erhältlich.

Schamlose Tricks

Natürlich werden in der Regel nur kleine Mengen in die Schweiz eingeschmuggelt; ein halbes Kilo ist dabei schon ein ganz oberhuter Lauf, und nur wenige Zürcher Fixer wagen es, solch grosse Mengen einzuführen. Ganz abgesehen davon, dass es dafür fast sovjet Gold braucht wie für ein Einfamilienhaus. Für die Einfuhr-Trips werden vielfach abhängig Fixerinnen eingesetzt, denn Mädchen haben in Sachen Schmuggel die viel besseren Möglichkeiten, den Stoff gefahrlos über die Grenze zu bringen. Zu den beliebtesten Schmuggeltricks gehört das Verstecken des Heroin in Monatsbinden. Diese werden fein säuberlich geöffnet und mit Heroin gefüllt. Danach werden sie mit Ketchup eingefärbt und in den Slip gesteckt. Ich selbst bin schon mal in eine Leibrevision am italienischen Zoll gekommen. Doch als die unter-



Eine Kubastresse mit einer Banknote von einem Spiegel aufgeschmuggt: da lohnt sich jeder Preis

suchende Beamtin meine offensichtliche Periode sah, liess sie sofort von mir ab. Heroin wird aber auch in Tampons geschmuggelt, die man offen in der Handtasche mit sich führt. Beim Heroinschmuggel kommt es stark darauf an, dass alles so natürlich und selbstverständlich wie möglich passiert; jede Auffälligkeit kann einem den Kopf kosten.»

Nur nicht auffallen!

«Bei Passkontrollen habe ich schon öfter bewusst die heroingefüllten Tampons aus der Handtasche fallen lassen. Da kommt es doch keinem Zöllner in den Sinn, in diesen intimen Röllchen, die so offen daliegen, etwas zu vermuten. Abgesehen von diesen Schmuggelmethoden ist der Transport des Stoffes in Scheide und After nach wie vor gang und gäbe. Dabei werden kleine Mengen in dreifach übereinandergestülpte Präservative versteckt und die in die entsprechenden Körperöffnungen eingeführt. Das Schlucken von heroingefüllten Präservativen war eine Zeitlang gross in Mode, aber die Gefahr, dass die Plastikdinger von den Magensäften durchlöcher werden, ist einfach zu gross. Abgesehen davon ist das Wiederherbringen mit Abführmitteln eine ziemlich schmerzvolle Angelegenheit.»

Nebst dem Schmuggel für den Eigenbedarf und dem Weiterverkauf im «kleinen Stil» liegt es auf der Hand, dass mehr oder weniger regelmässig auch grössere Heroin-Transporte in die Limmatstadt gelangen. Vor dem Verkauf wird das Heroin nicht selten gestreckt, d.h. mit opisch heroinähnlichen Stoffen vermischt (z.B. mit Strychnin oder Zucker). Die in Zürich angebotenen «Gassgramme» sind in der Regel gestreckt. Wer nun aber für die Einfuhr grösserer Mengen an Heroin verantwortlich zeichnet,

weiss man nicht einmal in Züricher Fixerkreisen - oder man will es zumindest nicht genau wissen.

Vertrauensgeschäft - doch die Fixer verlieren immer

Robert D. (23), seit vier Jahren heroinsüchtig, sagte zum «Züri Luz»: «Es ist in Fixerkreisen ein offenes Geheimnis, dass grössere Heroinmengen mehr oder weniger regelmässig aus Italien oder Holland nach Zürich gelangen. Eine Zeitlang war auch Frankfurt gross im Geschäft. Aus eigener Erfahrung weiss ich, wie einfach es beispielsweise in Amsterdam ist, an die Adresse eines «Chinaman» zu kommen; fast jeder Fixer an den bekannten Plätzen in Amsterdam weiss irgendeine heisse Nummer. Bei den Chinesen handelt es sich meistens um unscheinbare Geschäftsleute, die selbst alles andere als heroinsüchtig sind. Ihnen geht es nur ums Geschäft; ich glaube, die betreiben den internationalen Schmuggel echt professionell. Doch man erhält den Stoff nie von den Chinesen selbst. Die nehmen einem nur die Kohlen ab und übergeben allenfalls eine kleine Probe, anhand deren man die Reinheit des Stoffes überprüfen kann. Danach steigt man in einem kleinen Hotel ab, wo man dann anonym angerufen und darüber informiert wird, wo die Übergabe stattfindet. Im Prinzip ist der Einkauf von Heroin ein Geschäft, das mehr oder weniger auf gegenseitigem Vertrauen basiert. Aber man ist den grossen Dealern natürlich als Süchtiger auch hoffnungslos ausgeliefert.»

Den Schmuggel leicht gemacht

Nach übereinstimmenden Aussagen von Fixern in Zürich, die schon selbst Heroin aus Italien oder Amsterdam eingeführt haben, gelangt der Stoff praktisch nie auf direktem Weg nach Zürich. Die Fixer scheuen keinen Aufwand, sichere Uerwege zu begeben. Diese führen meist mit der Eisenbahn über Luxemburg, Belgien und Frankreich. Die Zollstellen in der BRD, vor allem an der Grenze zu Holland, sind bezüglich Drogenschmuggel sehr scharf, und kaum ein Fixer wagt es, sich dort unzeitig in Gefahr zu begeben. Beim Transport mit der Eisenbahn wird der Stoff übrigens nur selten in jenem Zugabteil aufbewahrt, in dem man sitzt. Vorzugsweise wird der Stoff in anderen Waggonsabteilen - meist in den Toiletten - versteckt. Der Herointransport mit dem Auto ist in den letzten zwei Jahren ziemlich aus der Mode gekommen, nicht zuletzt deshalb, weil die einschlägigen Verstecke den Zöllnern inzwischen gut bekannt sind.

Die Einfuhr von Heroin in die Schweiz ist vor allem aus Italien mehr oder weniger gefahrlos, weil es im Tessin nach wie vor viele «grüne» Übergänge gibt. Schmuggelpfade, die einst von professionellen Kaffee- und Zigarettenhändlern benutzt worden sind. Kommt dazu, dass entlang der tessinisch-italienischen Grenze nur sporadisch Kontrollen entlang dem Stacheldrahtzaun stattfinden. Und die bekannten Zaunlöcher aus vergammeltem Kaffeeschmuggelzeiten existieren grösstenteils noch heute, so bei Fornasette, Monteggio und Laino. Und in Astano gibt es noch immer einen unbewachten Zollübergang, der sogar mit dem Auto befahren werden kann.

Im Zusammenhang mit dem Drogenschmuggel stimmt es auch nachdenklich, dass die beiden Privatflughäuser in Magadino und Agno vom Zoll nur ungenügend überwacht werden.

Die Machtlosigkeit erstaunt

Denn in Anbetracht der riesigen finanziellen Umsätze, die mit Heroin erzielt werden, dürfte man davon ausgehen, dass professionelle Grossschmuggler auch zu professionellen modernen Methoden - etwa dem Transport mit dem Flugzeug - greifen. In Magadino wie in Agno ist es noch immer möglich, ohne Zollformalitäten aus dem Ausland einzufliegen, denn die Zollstellen sind (in Agno) nur sporadisch besetzt, in Magadino gibt es überhaupt keine. Um Drogen an Mittelland in der Schweiz zu übergeben, müssten die fliegenden Schmuggler nicht einmal das Flughafengelände verlassen; denn sowohl in Agno wie Magadino kann man mit dem Auto praktisch bis an die Start- und Landebahn fahren, und an beiden Privatflugplätzen gibt es ein Bezeichen, das meist mit

Touristen überfüllt ist und eine Übergabe von Drogen problemlos erscheinen lässt.

Dafür, dass in der Limmatstadt der Stoff nicht ausgeht, sind die Fixer selbst besorgt. Kaum einer ist zu finden, der nicht offen zugibt, schon einmal persönlich Stoff eingeführt zu haben. Die Schmuggeltricks und -methoden sind im Fixermilieu offene Geheimnisse und werden gegenseitig hinsichtlich Raffinesse immer mehr verfeinert. In Anbetracht dieser Umstände erstaunt es eigentlich, dass die Polizei nicht zielgerichteter nachhaken kann, und es scheint, in Anbetracht der in Zürich vorhandenen grossen Mengen an Heroin, dass die polizeiliche Zusammenarbeit mit den Grenzkantonen nicht so optimal verläuft und koordiniert ist, wie sie sein müsste.

Peter Hofmann

- ENDE -



Die Fixer wissen bald, wo's langgeht, und handeln selbst

Auf dem Sternenberg ist ein altes Heimhandwerk am Verschwinden

Früher krätzelte sogar der Pfarrer

In der November-Nummer 1980 hat David Meili die Armut beschrieben, die den Sternenbergern Grund zum Klagen gab. Mit Heimarbeit konnten sich Hunderte von Bewohnern der armen Gemeinde nur notdürftig durchschlagen. Eine solche Heimarbeit war auch das «Chrättele». Das ist seit weit über hundert Jahren eine Sternberger Spezialität. Aus groben Haselruten werden dabei feingliedrige Beerenkratten hergestellt. Wie das gemacht wird, wieviel dahintersteckt, das ist hier noch festgehalten, bevor das Wissen darüber verlorengeht.

Heini Wagner im Tiroisstal steht nun im 86. Lebensjahr. Noch in diesem Winter hat er Kratten hergestellt. Doch nun hat er genug. Die Schienen und Spindel, die er noch vorbereitet hatte (wir kommen bald darauf zurück) hat er dem Rebmann Fritz bringen lassen. Der ist nun der letzte, der im Sternenberg noch Beerenkratten aus Haselruten fertigt.

Das war früher ganz anders. Heini Wagner erinnert sich, dass früher fast in jedem Haus auf dem Sternenberg gekrätzelt wurde. Selbst der Pfarrer machte da keine Ausnahme, wie eine überlieferte Geschichte zeigt (vgl. Kästen). Wann genau im Sternenberg das Krattenmacher-Handwerk Fuss fasste, das lässt sich nicht mehr genau ermitteln. Fest

steht, dass das «Chrättele» eine weit über hundertjährige Tradition hat. Aus einem Geschäftsbuch der Korbwarenfabrik Gubler in Wila (gegründet 1868) geht hervor, dass 1875 schon etlichen Familien von und um den Sternenberg Beerenkratten abgekauft wurden. Auch die Erinnerung vieler alter Sternberger lässt darauf schließen, dass die Krattenproduktion



Früher zogen einige Krattenmacher im Sommer jeweils ins Unterland, um die im Winter gefertigten Kratten selber zu verkaufen. Dieses Bild zeigt Hans-Ewald Schwanenberger von der Koblweis. Er zog über 40 Jahre lang und über sein achtzigstes Abgabehinns mit seinem Zwerndkarron zum Krattenverkauf über Land (Foto von etwa 1920).

1975		Januar - 2./Januar - 26./Januar 1975	
1. Jan	57 25	2. Jan	22 50
2. Jan	20	3. Jan	6 25
3. Jan	13 25	4. Jan	7 50
4. Jan	14	5. Jan	1
5. Jan	15	6. Jan	14
6. Jan	16	7. Jan	15
7. Jan	17	8. Jan	16
8. Jan	18	9. Jan	17
9. Jan	19	10. Jan	18
10. Jan	20	11. Jan	19
11. Jan	21	12. Jan	20
12. Jan	22	13. Jan	21
13. Jan	23	14. Jan	22
14. Jan	24	15. Jan	23
15. Jan	25	16. Jan	24
16. Jan	26	17. Jan	25
17. Jan	27	18. Jan	26
18. Jan	28	19. Jan	27
19. Jan	29	20. Jan	28
20. Jan	30	21. Jan	29
21. Jan	31	22. Jan	30
22. Jan	32	23. Jan	31
23. Jan	33	24. Jan	32
24. Jan	34	25. Jan	33
25. Jan	35	26. Jan	34
26. Jan	36	27. Jan	35
27. Jan	37	28. Jan	36
28. Jan	38	29. Jan	37
29. Jan	39	30. Jan	38
30. Jan	40	31. Jan	39
31. Jan	41		

schon früh im letzten Jahrhundert aufgenommen wurde.

Der sechsjährige Fritz Rebsamen im Hölzlack, der nun als letzter das alte Handwerk noch betreibt, sagt es einfach so: «Ich habe das 'Chürle' meines Vater abgepickt. Und der kam es auch von seinem Vater gelernt.»

Er erinnert sich auch, dass in den zwanziger und dreissiger Jahren jeden Winter auf dem Sternenberg 10 000 bis 12 000 Kratten gemacht wurden. Über zwanzig Familien waren an dieser Produktion beteiligt. Viel Geld liess sich mit dem Krattenn zwar nie verdienen. Fritz Rebsamen erinnert sich, dass in den Krisenjahren für das kleinste Krätzchen 75 Rappen und für den Chosenskratten Fr. 1.28 bezahlt wurden. Eine Familie, in der alle beim Krattenn mithalfen, konnte im Winter etwa 500 Franken verdienen. Das war auch damals kein Haufen Geld. Doch half es manchem Sternberger Haushalt, den Zins zusammenzubringen.

Sorgfältige Materialauswahl

Im Gegensatz zu den meisten Flechtwerken, für die Weiden verwendet werden, sind die Sternberger Bienenkratten aus Jahrlingen von Haselstaude geflechtigt. Zwar wurde in diesem Jahrhundert auch auf dem Sternenberg viel mit Weiden gearbeitet. Diese mussten aber importiert werden. Das Material für das ältere Flechtwerk, die Haselstaude, dagegen wuchs im Sternenberg selbst. Allerdings wurde es in der Blütezeit der Krattennherstellung sogar dort knapp. Damals schwärmten die Chürler über die Gemeindegrenzen bis zur Strohlegg und bis ins Thurgauische hinaus aus, um gute Haselruten zu finden.

Bei der sorgfältigen Materialauswahl nämlich beginnt die ganze Kunst des Krattennmachens. Nicht jeder Haselstrauch ist für die Verarbeitung geeignet.

Einmal gibt es Rot- und Weisshasel. Der rote Haselstrauch macht dickere Jahrlinge als der weisse. Und diese Jahrlinge spielen beim ganzen Handwerk die entscheidende Rolle.

Von Bedeutung ist aber auch, wo ein Haselstock wächst. Steht er an einem sonnigen Ort, dann ist er für den Krattennmacher nicht geeignet, weil er zu dünne Jahrlinge macht. Auch Haselruten auf saurem Untergrund taugen kaum für die Verarbeitung. Sie sind zu aufgedunsen, ihre Jahrlinge sind zu dick. Ein schattiger, trockener Standort lässt die für den Krattennmacher besten Haselruten wachsen. Doch auch dort muss er noch auswählen. Am geeignetsten sind fünf- bis achtjährige Ruten, möglichst von geradem Wuchs und ohne Äste. Solche Stecken findet der Krattennmacher meistens in der Mitte eines Haselstrauches. Hat er an einem Strauch die geeigneten Ruten abgeschritten, so muss er drei bis vier Jahre warten, bis er dort wieder «Material» holen kann.

Wichtig ist auch, dass der Schnitt zur richtigen Zeit erfolgt. Zwar wird mit dem grünen, also nicht ausgetrockneten Holz, gearbeitet. Dennoch muss mit dem Schnitt der Stauden zugewartet werden, bis der Saft daraus geschwunden ist. Das Material, das er im Winter verarbeiten will.

Links: Das «Chürle» hat im Sternenberg eine lange Tradition. Der Bezug aus einem Geschäftsbuch der Firma Gubler in Wilen zeigt, dass schon 1877 Kratten aus der Heimgewandlung angefertigt wurden. Für Johann Borschard, Bernegg, wurden damals bezogen:

Juli 27.	75 Kratten (grosse Krattensorten)	
	4 80 R.	22.80
	27 halbe a 25	6.75

Maer 18.	24 grosse a 80	7.20
	24 halbe a 25	6.-

Man sagte, um Kratten ist «kühlig» (gepflegt). Das war der grosse Kratten. Der «halbe», der war halbkühlig.

schneidet Fritz Rebsamen Ende Oktober/anfängs November. Dann muss er die Ruten aber doch noch etwa einen Monat ruhen lassen, ehe sie sich zur Verarbeitung eignen.

Wirkliches Hand-Werk

Die Kranzenherstellung ist im wahren Sinne des Wortes ein Hand-Werk. Maschinen gelangen nicht zum Einsatz, lediglich einige Werkzeuge.

Die Arbeit am 1½ bis 2 Meter langen Haselstrecken beginnt mit dem Entrinden. Sorgfältig legt der Kranzenmacher mit dem Sackmesser den äussersten Jahrling der Rute frei. Danach schneidet er diesen Jahrling am einen Ende der Rute ein. Er tut dies mit viel Fingerspitzengefühl, um ja nicht zu tief, also bereits in den zweiten Jahrling hinein zu schneiden. Von der Schnittkante aus löst er sodann ein mehrere Millimeter breites Bändchen der Länge des Steckens nach los. Er «zieht ein Bändchen ab», sagt er. Das sieht ganz einfach aus, braucht jedoch Übung.

Das Lösen des Jahrlingstreifens erfolgt nicht etwa mit Hilfe eines Instruments, sondern allein durch die Bewegung des Materials. Die Haselrute wird um das Knie gebogen. Dabei löst sich das Jahrlingbändchen wieder ein Stück weit, und der Handwerker kann es mit den Fingern der rechten Hand anheben. Bis ein Bändchen von etwa 2 Metern Länge abgezogen ist, muss der Stecken sicher zehn oder fünfzehn Mal um Knie zurückgebogen werden. Für ein ungeübtes Knie ist das eine echte Strapaze. Fritzens Knie, das den Druck des harten Steckens tausende Male aushalten musste, merkt das nicht mehr. Doch bei ganz dicken Ruten ist selbst das abgehärtete Knie des Kranzenmachers zu schwach. Solche Strecken führt er in das Loch eines massiven Blockes ein und bringt die nötige Biegung dadurch zustande, dass er mit seinem Körpergewicht die Rute nach unten drückt, bis das Bändchen losspringt.

Für ein einseitiges Krätzli sind viele solcher Bändchen nötig. Das deutet den Arbeitsaufwand an, der hinter dem ganzen «Chrätzli» steht. Das vom Stecken abgezogene Band ist jedoch noch nicht trennungsfähig. Noch ist es zu dick und zu breit. Der Kranzenmacher entscheidet nun blitzschnell, wie viele «Schiemen» er aus dem fünf bis neun Millimeter breiten Band machen kann. Schiemen nennt er die Jahrlingstreifen, die er schliesslich zum Flechten verwendet. Das abgetrennte Band ergibt nun beispielsweise eine schmale und eine breite Schieme oder zwei breite oder drei schmale. Mit dem Messer wird das Band zu diesen Schiemen auseinandergetrennt. Das Messer wird dabei nicht zum Schneiden verwendet. Das Auseinanderrennen wird durch rasches Abdrücken der Klinge bewerkstelligt.

Präzisionsarbeit

Für die Bearbeitung der Schiemen setzt der Kranzenmacher zwei Werkzeuge ein. Zunächst gilt es, der Schieme die richtige und eine regelmässige Dicke zu geben. Dazu verwendet Fritz Rebsamen einen Spezialhöbel mit einem Handgriff und einer Öffnung. Durch diese Öffnung wird die Schieme über ein Hobelmesser gezogen, einmal, zweimal, bis die Schieme dünn genug ist. Wenn es soweit ist, das haben die Fingerspitzen genau im Gefühl.

Nun soll auch die Schiemenbreite noch schön regelmässig werden. Zwar hat der Kranzenmacher schon beim Abtrennen vom Bändchen darauf geachtet, dass die Schieme etwa gleichmässig breit wird. Doch soll sie ganz genau stimmen und nirgends frassen. Das erreicht Fritz, indem er die Schieme schnell durch einen Breitenhöbel zieht, ein zierliches Gerät mit zwei senkrecht stehenden Messerchen. Das künftige Flechtbändchen erhält so eine regelmässige Breite von etwa 4 Millimetern.

Selbst das Mark wird verwendet

Jahring um Jahring zieht der Krattenschneider von seiner Haselrute ab. Neben den Flechtstreifen bereitet er daraus auch die sogenannten »Aufsteller« oder Spettel. Das sind etwas dickere und breitere Jahringabschnitte, die als Gerüst des Krattens verwendet werden.

Ein Haselruten-Stücken von zwei bis drei Metern Länge erzieht das Material für drei, fünf oder zehn Kratten. Aussetzwahlische Ruten erbringen sogar genug Flechtmaterial für 20 Krattchen.

Sind an einer Rute alle Jahringe abgeplust, dann bleibt noch das Mark übrig. Es ist nicht etwa unnütz. Vielmehr erfüllt es bei der Krattenproduktion eine wichtige Funktion. Das raude Mark wird in der Mitte durchtrennt. Die zwei so entstehenden halbunden Bänder dienen später als Verstärkung des Krattensandes.

Das Zurichten des Materials, das ist beim Krattenschneider die Hauptarbeit. Zwar bleibt auch danach noch viel zu tun. Aber



Das abgezogene Jahringbündchen ist in der Regel zum Verflechten zu dick. Es wird deshalb durch einen Spezialisabel gezogen. Bis es für die Verarbeitung genau dünn ist.

das Locklösen der Jahringe und ihre Verarbeitung zu Schienen und Spetteln, das nimmt doch am meisten Zeit in Anspruch.

«Das Bödeli ist Hevenkunst»

Die eigentliche Arbeit am Kratten beginnt mit der Herstellung des Bodens. Und just diese Arbeit gilt als die schwierigste im ganzen Herstellungsprozess. Frau Rebsamen sagt das so: »S Bödeli, das ich vom Chantir J. Hitzkauwiler!« Tatsächlich ist es so, dass, wenn der Boden nicht gelingt, der ganze Kratten nicht gelingen kann. In vielen Familien wurde die Bödeli-Herstellung einem spezialisierten Mitglied überlassen, während andere Familienmitglieder lieber das Zurichten oder Flechten besorgten.

Für Fritz Rebsamen ist das Bödeli kein Problem. Er lacht verschmitzt, wenn er es vorführt. Zunächst schichtet er die Gerüstspettel in der richtigen Reihenfolge zerförmig aufeinander. Sechs Spettel, teils kürzere, teils längere, braucht er für die kleinsten, zehn für die grössten Kratten. Ein Spettel ist jeweils bis zur Mitte gespalten, so dass eine ungerade Anzahl Aufsteller entsteht. Das ist wichtig für den Wechsel der Flechttauren, die abwechselnd vor und hinter den Spetteln durchgezogen werden.

Mit dem Flechten wird in der Mitte des so entstandenen Stacks begonnen. Dabei ist das Geschick beider Hände erforderlich. Die eine Hand hält das Line, regelmäßig übereinander geschichtete Gerüst zusammen, die andere flicht mindestens drei Kratttauren um den Mittelpunkt herum. Dass diese Flechttauren schön rund werden und die Aufsteller gleichmässig verteilt bleiben, davon hängt es ab, ob der Kratten schliesslich wirklich rund wird und gut steht.

Diese ersten Umflechtungen halten das Krattengerüst zusammen. Nun kann es auf ein Modell aufgestellt werden. Fritz Rebsamen hat für jede Krattengrösse ein solches Holzmodell mit der Form des künftigen Krattens. Ist das Gerüst mit einem Nagel auf dem Modell festgemacht, dann wird zunächst der Bodenrand geprügelt. Mit drei Schienen flacht der Kratt-



Die Arbeit am Kratten beginnt. Zuerst werden die »Aufstellers- oder -Sperreln«, die das Krattengerüst bilden, in der richtigen Reihenfolge zusammengeführt übereinandergelagert. Ein Spaltmesser (er sagt hier aus dem Bild heraus) sorgt dafür, dass die Flechtbäume geschweift werden können. Jeweils einmal vor und einmal hinter jedem Sperrel durch.

tenmacher um das Bödeli einen richtigen Zopf. Danach beginnt das eigentliche Flechten des Krattens, das Hochziehen. Schiene um Schiene wird nun im Kreislaufen um die Aufsteller gezogen, wobei jeweils das Ende einer Schiene und der Anfang der nächsten kurz übereinandergelagert werden, und zwar so, dass weder Ende noch Anfang vorstehen können. Nach etwa zehn Umdrehungen flücht Fritz Rebsamen als Zierde ein farbiges Kränzlein ein. Es besteht aus einer grünen, einer roten und nochmals einer grünen Schiene, die er in einer Holzbeize selbst eingefärbt hat. Nach diesem Zierband kommt dann Frau Rebsamen zum Zuge. Ihr hat zwar der grüne Star praktisch das ganze Selbvermögen geraubt. Dennoch kann sie nun den Kratten bis zu seinem Abschluss mit den hellen, naturfarbenen Haseljähringbändchen weiterflechten.

Geduldsarbeit fürs Eschenband

Jeder Krattenrand wird durch ein Eschenband umfasst und gestärkt. Die Herstellung dieser Eschenbänder, das ist eine Arbeit für sich. Der Krattmacher muss dafür rund eine Woche Arbeit einsetzen.

Die Bänder für den Winter macht er im Herbst, weil er auch hier mit dem frischen Holz arbeitet. Im Wald sucht er sich eine dicke, möglichst feinstjährige Esche aus. Nicht jeder geschlagene Baum eignet sich dann auch wirklich für seine Zwecke. Und verwenden kann er in jedem Fall nur den untersten, zähesten Teil des Stammes. Aus diesem Stamm werden Klötze herausgeföhrt. Dann beginnt die Geduldsarbeit. Auf dem Scheitstock klopft der Krattmacher diese Eschenklötze vom einen Ende zum andern, immer wieder. Er klopft so lange, bis sich die einzelnen Jahrringe voneinander lösen, etwa 20 pro Klotz.

Die Jahrringe sind aber nur Verwendung als Krattenabschlussband auf jeden Fall zu dick. Sie müssen zerteilt werden. Hat der Krattmacher Glück, so muss er einen Jahrring nur halbieren. Doch oftmals muss er ihn dritteln oder vierteln. Das sorgfältige Auseinanderspülen der Eschenjähringe ist eine nervenaufreibende Angelegenheit. Auszählen, im weitesten Sinn des Wortes, tut sie nicht erst viel später.

Ob dem «Chrüttele» den Gottesdienst vergessen ...

Wie populär das Krattenmachen auf dem Sternenberg war, dokumentiert eine Geschichte, die uns das Ehepaar Gubler-Bühler in Wila überliefert hat. Danach läuteten an einem Sonntag im Sternenberg die Kirchenglocken den Gottesdienst ein. Sie läuteten und läuteten, aber der Pfarrer erschien nicht auf der Kanzel. Der Siegrist wurde allmählich unruhig, und schließlich ging er im Pfarrhause nachschauen. Dort traf er tatsächlich den Pfarrer an. Der war fröhlich am – Krattenmachen. Der Siegrist verstand die Welt und den Himmel nicht mehr. «Aber die Gemeinde wohnt doch!» rief er dem Pfarrer zu. «Was denn», sagte dazu der Pfarrer, «es ist doch nicht Sonntag heute, das kann nicht sein. Es stehen ja erst fünf Kratten auf dem Ofen!» Tatsächlich fertigte der Sternberger Pfarrersmann täglich einen Kratten an. Und wenn sechs davon auf dem Kachelofen standen, dann wusste er, dass Sonntag sei. Aber nun waren es doch wirklich nur fünf! Beim genauen Nachschauen erwies sich dann, dass einer hinter den Ofen gepurzelt war. Ja, verflucht, dann war es aber höchste Zeit! Die Predigt, die verspätet, musste dann der gute Krattenmacher-Seelsorger wohl oder übel aus dem Ärmel schmeicheln. Ihr Inhalt ist leider nicht mehr überliefert.



Auch Hans-Ewald Sölln, Meier Schwarzenberger, setzte die Verkaufsfahrten seines Fasses jahrelang fort. Dieses Bild zeigt ihn 1954 vor der Korbtabak Wila, wo er sein Kratten-Sortiment mit weiteren Hochwaren ergänzt hat.



Früher wurden auf dem Steinberg in vielen Stühlen Kratzen hergestellt. Jetzt ist Fritz Rehsman der Letzte, der das alte Handwerk noch betreibt. Seine Frau, obwohl fast blind, unterstützt ihn dabei nach Kräften. Rehsmans stellen vier verschiedene Kratzen her. Drei davon sind immer dem Mann an der Hand zu sehen. Die vierte Kratzenform, der Christbaum, ist neben Frau Rehsman auf dem Tisch zu erkennen.



Nach dem Einsetzen der Haselrinne wird ein Jahresgehäuschen nach dem anderen abgezogen. Das Loslösen erfolgt, indem die Rute um eine Kante zurückgezogen wird.



Nach jeder Bewegung um Kreis kann die rechte Hand das obere Bündel wieder um 10 bis 20 Zentimeter anheben.



Ein zirkularer Hebel mit zwei zueinandergerichtetem, senkrechte stehenden Messern gibt der längsten Hebelstange der regelmäßige Kreis.

Krattenabschluss erst später

Ist ein Kratten bis oben fertig geflochten, dann fehlen ihm noch der haltgebende *Abchlussrand* und die *Heskel*. Diese Arbeit übernimmt Krattensmacher Fritz wieder selbst. Doch muss er damit einige Tage warten. Das deshalb, weil das Geflecht mit grünem Material gefertigt wurde, das beim Trocknen eingellt. Würde er den Krattenabschluss sofort machen, würde das Geflecht nach dem Austrocknen lockern. Deshalb lässt er nun das Holz zunächst trocknen, indem er es auf die Ofenbank stellt.

Die aus dem Geflecht herausragenden Sperrleer muss er dann allerdings vor dem Verstärken und Umbiegen nochmals kurz ins Wasser tauchen, damit sie wieder biegsam werden. Die Sperrleer werden dann zugespitzt, um die oberste Geflechschicht gebogen und ins Geflecht verstärkt.

Die *Heskel* formt der Krattensmacher aus den vier langen Sperrleenden. Je die zwei näheren Sperrleer werden zueinandergebogen und entlang des anderen Sperrleer tief ins Geflecht eingeführt. Ein Herausziehen ist danach unmöglich. Um diese beiden zu einem Halbbrand gebogenen Aufsteller wird sodann ein Naturrohband oder eine Haselschlinge gewickelt.

Den richtigen Halt bekommt der Kratten aber erst durch das Halbieren, am Knir gerundete *Merk* des Haselrücken. Dieses wird am Krattenrand auf kunstvolle Art mit einem Eschenband befestigt. Die Herstellung dieses Eschenbandes, das ist wieder eine Kunst für sich (siehe Kästchen).

Und der Lohn?

Frägt man Fritz Rebsamen nach dem Lohn, der beim Chrätle etwa herauskommt, sagt er, ja, das wisse er nicht so genau. Es könnten etwa vier Franken sein auf die Stunde.

Tatsächlich kann er an einem Tag etwa zehn der kleinsten oder vier der größten Kratten herstellen. Dafür löst er im Direktverkauf knapp 30 Franken. Für eine solche Tagesproduktion muss er allerdings 12 Stunden arbeiten. So betrachtet, ergibt sich wirklich ein Stundenlohn von rund vier Franken. Doch sind bei dieser Rechnung viele Arbeiten nicht berücksichtigt. Da ist weder die Zeit für die Beschaffung der Haselruten eingeschlossen noch die für das *Färben der Ziehblätter*. Und vor allem ist das Herstellen der Eschenblätter nicht berücksichtigt, das im Herbst allein eine gute Woche Arbeit erfordert.

Fritz spricht über den Lohn denn auch eher anders: «Wenn ich mit dem Chrätle 25 Franken am Tag verdienen kann, bin ich zufrieden. Wir haben ja beide die AHV, und der Zins ist nicht mehr gross. Mit 25 Franken Zusatzverdienst am Tag können wir durchkommen. Allerdings wäre es unmöglich, mit dem Chrätle eine Familie durchzubringen.»

Sich zu bescheiden und nach der Decke zu strecken, das haben wohl alle Krattensmacher auf dem Sarnenberg lernen müssen. Das trifft auf Fritz Rebsamen als letzten noch tätigen Vertreter dieses Handwerks auch zu. Schon als Bub half er zu Hause beim Chrätle. Vor der Schule erntete er Ruten, und über Mittag hobelte er die vom Vater abgezogenen Schienen. Später übernahm er den Hof seines Vaters. Das Bewirtschaften von $8\frac{1}{2}$ Hektar Wiedland in Harglage und von drei Hektar Wald war eine mühsame Arbeit. Dennoch blieb das Einkommen gering. Die Familie mit fünf Kindern musste gut einteilen. Das Krattensmachen, an dem sich im Winter alle beteiligten, war mehr als ein Hobby. Es half, das schmale Budget etwas aufzubessern.



Das Bildli zu flechten, das gilt als *später de renaissance*, als schwierigste Arbeit beim Krattensmachen. Tatsächlich ist das Geschick beider Hände einanderlich, um einmala das Gerüst in regelmäßigen Abständen zusammenzufügen und um das Zentrum andersherz wirklich runde Flechtwaren anzubringen.



Der Krattensmacher hat gut lachen: das Bildli ist gelungen. Für Foto-Krattens ist das kein Problem. In mancher Familie aber beherrscht nur ein oder zwei Mitglieder die Kunst: den Kratten richtig zu begeben.



Das Bildli wird mit einem Nagel auf einem Holzmodell fixiert, das die Form des künftigen Krattens aufweist. Als Bodenrand, auf dem der Kratten schließlich steht, wird nur drei Schichten ein richtiger Zettel geflochten.



Danach wird der Kratten richtig dem Modell nach hochgezogen. Schiene um Schiene werden eingeflochten.

Fritz Rebsamen gab das Christle auch nicht auf, als er, 37-jährig, den Hof verpachten und eine Arbeit in einer Fabrik annehmen musste. Keines der Kinder hätte den Hof übernehmen wollen, und als die Frau ihr Augenlicht verlor, entschloss sich der Höttsöck-Bauer schweren Herzens zu diesem Schritt. Abends, wenn er von der Fabrik, in der er sich eingeprengt fühlte, heimkam, setzte er sich noch zwei, drei Stunden zum Krattensmachen hin.

Die Fabrikzeit liegt nun schon fast ein Jahr hinter ihm. Jetzt hat Fritz wieder den ganzen Tag Zeit für die Arbeit, die er gern hat. Frau Rebsamen hilft nach Kräften mit. Auch sie ist froh, dass der Mann nicht mehr zur Fabrik muss. Die Tage seiner Abwesenheit waren ihr, die sich we-

gen ihrer Augenkrankheit nicht mehr weit fort bewegen kann, oft lang geworden. Jetzt kann sie wieder die ganze Woche über mit dem Mann in der Stubbe kratteln. Rebsamens haben häufig Schulkindern zu Besuch, die sich noch über das aussterbende Handwerk informieren wollen. Bereitwillig geben die beiden Auskunft und freuen sich, wenn sie als Dank ein schönes Lied zu hören bekommen.

Fritz Rebsamen ist auch sonst ein fröhlicher, geselliger Mensch. Über 40 Jahre lang hat er Theater gespielt mit dem Männerchor, und bei den Schützen ist er nun schon 50 Jahre dabei. Er erholt sich auch gern bei einem gemütlichen Jass in der Dorfheide von seiner Arbeit mit den Kratten, im Garten oder im Holz.

Was ihn trauert, ist, dass das Christle nun aussieht. Für ihn gehört das Krattensmachen einfach zum Sternenberg. Es hat dem Dorf in Notzeiten geholfen, und er hat die Tätigkeit auch sonst lieb bekommen. So hofft er, dass ihm wenigstens noch einige Zeit Kraft und Gesundheit bleiben, um die Tradition fortzusetzen und grobe Handstraten zu feinen Kratten zu verarbeiten.

Der Verkauf der Kratten

Zwei Korbwarenhandlanger waren es vor allem, die den Sternbergern ihre Krattensproduktion abkauften: die Firma Gabler in Wila und die Firma Müller in Stern. Später gehörte auch noch eine Firma aus dem bernischen Kirchberg zu den Abnehmern.

Herrn Gabler, der bis vor kurzem die Korbfabrik Wila leitete, erinnert sich noch gut, wie er als Knabe mit dem Vater zum Sternenberg hinauffuhr, um dort Kratten zusammenzukaufen. Auch der Grossvater hatte das bereits getan.

Der Sternenberg-Gang dauerte jeweils einen ganzen Tag. Die Gebötte legten weit auseinander, und es war nicht einfach, die Leute zum Verkauf zu bewegen. Denn unter den Ankäufern bestand Konkurrenz. Nach dem angebotenen Preis und gestützt auf andere Überlegungen, wählten sich die Sternberger ihren Käufer aus. Verträge gab es nicht. Abschungen wurden mit Handschlag bekräftigt.

Viele Krattensmacher kamen jeweils auch mit einem riesigen Krattenberg auf dem

Der Perfektionist

Fritz Rebsamen sagt: «Ich wollte immer saubere, schöne Ware machen. Der Händler im nahen Wila jedenfalls nahm mir meine Kratten immer gern ab.» Das ist doppelt glaubhaft. Einmal wenn man Fritzens Kratten sieht. Dann aber auch, wenn er einige seiner Prinzipien preisgibt:

«Ich reize die Schienen nicht gern. Denn dadurch werden sie etwas bräunlich. Ich sehe sie lieber ganz weiss. Darum schaue ich immer, dass ich die fertigen Schienen verarbeiten kann, solange sie noch natürlich feucht sind.»

«Beim Abrichten der Stocken lege ich das erste Jahr (den äussersten Jahrring) immer separat und verarbeite diese gemeinsam. Dann sie sind halber, und ich möchte den Kratten gleichförmig. Zwar sieht nicht jeder, wenn die Jahrringe gemischt sind. Ich sehe es halt, und weil es mich stört, lasse ich es bleiben.»

«Früher habe ich die Schienen beidseitig gehobelt. Doch dünkt es mich schöner, wenn die Schiene nach aussen noch etwas ründlich ist (von der Rundung des Stockens). Darum hobele ich die Schiene nun auf die gewünschte Dicke nur noch innenartig ab.»



Der Krannwand hat Fritz Rebsamen erst verdrückt, nachdem das Holz auf dem Ofen ausgetrocknet ist. Dies, damit das Geflecht später nicht abknickt. Als Mantel hat er je zwei lange Spittel zueinander gebogen und entlang des anderen im Geflecht verstrickt. Jetzt umwickelt er den Mantel mit einer Nansenohrseilene.



Zur Festigung des Krannwandes wird kunstvoll ein Eschenband eingewirgt. Durch die Schlaufen wird dann die Hälfte des Rosenmarks eingeleigt und mit dem Eschenband fixiert. Das gibt dem Krann einen festen Halt.

Rücken nach Wila Häuser, um ihre Winterproduktion selbst im Geschäft abzuliefern. Neben der Barauszahlung erwarten sie dann noch etwas anderes. «Ohne einen Schnaps darfte man sie nicht gehen lassen», erinnert sich Frau Gabler, «sonst hätten sie das nächstemal womöglich der Konkurrenz verkauft.»

Aus den Inventarbüchern der Firma Gabler geht hervor, dass jeweils 10-000 und mehr Kratzen vom Sternenberg an Lager waren. Die Firma Müller aus Seon kaufte in Sternenberg nicht nur die traditionellen Kratzen aus Haselruten. In den Krisenjahren brachte sie auch anderes Flechtmaterial, vor allem Weiden, ins Dorf und liess in Hausarbeit Körbe, Truhen und anderes mehr herstellen. Rund 50 Familien kamen so zu einem dringend benötigten Zusatzverdienst.

Einige Kratzenmacher gingen jeweils im Sommer auch selbst mit ihrer Winterproduktion auf Reisen. Heinrich Schnurrenberger, in der Kohlweide zu Seonenhach, erinnert sich noch gut, wie sein Grossvater, Hans-Rudolf Schnurrenberger, im Sommer jeweils mit seinem Zwerzackkarren aufbrach, um zum Verkauf «ins Land hinunter» zu ziehen. Sein Weg beim Hausierens führte ihn jeweils bis ins Limmattal, ins Weinland, ja sogar ins Schaffhausische hinaus. Über 40 Jahre betrieb er diesen Handel, den auch der Vater noch lange fortsetzte. Die beiden Fotos, die uns Heinrich Schnurrenberger überlassen hat, zeugen noch von dieser Absatzart der Sternberger Kratzen.

Heute gibt es sie nicht mehr, die Korbwarenhausierer vom Sternenberg. Wie die Kellen- und Klöppliherstellung, wie die Handweberei und später das Handstickerei, sind sie ausgestorben. Das gleiche Schicksal steht man auch dem Christlebesse, wenn Fritz Rehsamen einmal seine Arbeit mit den Haselruten aufgibt.

H. Anton Häberli



Ein Kichen-Jahwing, der für das Abklosterband zu dick ist, wird von Hand auseinandergezogen. Manchmal muss ein Jahwing in drei, vier Bündeln zerlegt werden = eine echte Geduldprobe!

Am Samstagmorg legt der letzte Kratzenmacher vom Sternenberg seine Arbeit von Seon und macht sich auf den Weg ins Dorf. Dort hat er verschiedene Besorgungen zu machen. Ja, und dann hofft er, dass er im Gasthaus einen gemächlichen Ass gibt.



Gesehen und gehört

«Den Demontage-Equipen in der SP entgegenzutreten»

Die Turbulenzen in und um die Sozialdemokratische Partei bewegen seit Monaten die Gemüter ausserhalb und ausserhalb auch innerhalb der an Wählern bislang stärksten politischen Kraft in Stadt und Kanton Zürich. Der «blasse» Zürcher Sommer, der sich bis tief in den Winter hineingezogen hat, und die Art und Weise, in welcher die städtische SP-Spitze dabei agierte, haben die Wogen so hoch gehen lassen, dass man schon fast von einer Sturmflut reden kann. Jedenfalls ist der eine oder andere Mann bereits über Bord gegangen. Ist der Schiffbruch unabweislich? Ein Teil der SP-Besetzung rüft sich auf, man streift vorzugehen gegen Kapitän und Steuerleute. Gelingt es der «Mannschaft», das Boot durch eine Kursänderung wieder in ruhigeres Gewässer zu lenken?



Der frühere SP-Kantonsrat Jack Meyer amtiert als *Spiritus rector* und Präsident der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft Zürich, welche gegen die «Demontage der Arbeiterbewegung» kämpfen will. (Archibild)

Von der Allegorie zu den Facts. Wie im Rathausloyer zu hören war, gehört Peter Strasser, SP-Kantonsrat von 1975 bis März 1980, zu jenen Sozialdemokraten, die über Bord gegangen sind: er ist aus der Partei ausgestiegen. Auf telefonische Rückfrage bin bestrebt, der 49jährige Zürcher Berufsschullehrer diesen Tatbestand, den er als eine persönliche «Art der Verweigerung» verstanden wissen will. Strasser, seit 1965 SP-Mitglied, zieht auf diese Weise die Konsequenz aus dem seiner Ansicht nach zurecht verurteilten Engagement der Zürcher SP in der Angelegenheit Jugendkrawalle und dem Umstand, dass durch die Dominanz der Intellektuellen die Zürcher SP ihrer angestammten Rolle als politischer Arm der einfachen Arbeiter weitgehend untreu geworden sei. Diese Politik könne und wolle er mit seinem Parteibeitrag und seiner Parteivoxer nicht mehr linienförmig unterstützen, sagt Strasser.

«Volksrecht» schon auf, aber nicht in Bezug auf die Konsequenzen, die daraus gezogen hant», schreie Meyer am Schluss seines offenen «Briefes an einen alten Genossen». Für Meyer und die meisten seiner Mitstreiter gegen den heutigen SP-Kurs ist eben Kampf und nicht Resignation die Devise.

Peter Strasser ist indessen nicht der einzige prominente Sozialdemokrat, der den heutigen Kurs der (stadtzürcher) SP mit dem Ausritt quittiert hat. Einem offenen Brief von Alt-Kantonsrat Jack Meyer an «Volksrecht» konnte man kürzlich entnehmen, dass auch ein «Mann, der während Jahrzehnten an vorderer Front für eine demokratisch-sozialistische Überzeugung gekämpft, gestritten und geübt hat», aus der Partei ausgestiegen ist: Professor Dr. Emil James Waller, während 27 Jahren Mitglied des Zürcher Gemeinderats. «Da ich keinen Standpunkt zu kennen glaube, bringe ich einigtes Verständnis für Deine Kritik gegenüber der zürcherischen Partei und dem

Jack Meyer ist Entzürcherlicher einer von 22 prominenten Sozialdemokraten unterschriebenen «Aufruf an die Parteimitglieder» vom September 1980, in welchem zur Sammlung aller parteiinterner Opponenten aufgerufen worden war. In diesem Aufruf war den «zuletzt in der Stadtpartei führenden Genossen» ihre Genesung vorgeworfen worden, die sich unter anderem manifestiere in der doktrin-sektaristischen Konfrontationsucht im Bereich der Konsumpolitik, in der Intoleranz gegenüber Andersdenkenden, in der verwerflichen Kritik an den Gewerkschaften sowie in der untrübsamen und irrealen Diskussion um die sogenannte Regierungsbeteiligung». Aus der einige Wochen andauernden

Funkstelle um diesen Aufruf zog man da und dort bereits den Schluss, die Sache sei wohl im Sand verlaufen. Dem ist aber nicht so. Der Aufruf wurde bis Ende 1960 von 45k Sozialdemokraten und Sozialdemokraten aus der Stadt Zürich und von 45 Genossen aus der Agglomeration mitunterschrieben. Dies geht aus einem Brief oder schon fast einem Mitteilungsblatt hervor, das Jack Meyer dieser Tage an alle «Gewinnungsfreunde» herausgegeben hat und das den Briefkopf «Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft Zürich» trägt.

Damit hat sich die SP-interne Opposition eindeutig formiert, und es umfließt wohl keinem Zweifel mehr, dass der Hosenknopf erst eigentlich beginnt. Er wird sich zudem nicht auf die Stadt Zürich beziehungsweise die Stadtpartei beschränken. Zwar aus dem Meyerschen Handschreiben: «Im Zusammenhang mit unserer Autnaktivität haben wir über 100 Zuschriften erhalten, in denen der politische Kurs und Stil nicht nur der städtischen, sondern auch der kantonalen Parteiführung und ganz besonders auch des «Volksrecht» samt und sonders in aller Schärfe verurteilt wurden. In den Briefen von Parteimitgliedern vor allem aus etlichen Landgemeinden und aus Winterthur wurde bitter Klage geführt über die negativen Auswirkungen dieser verfehlten Politik. Als schlimm wird die Haltung der kantonalen Parteiführung dargestellt, die insbesondere die Katastrophenpolitik der Stadtpartei nicht nur absichert, sondern sogar noch fördert. Der gute Ruf unserer Partei bei den Arbeitnehmern werde in unbegreiflicher Weise vernachlässigt, und die Folge davon sei, dass die SP immer mehr in die Isolierung gedrängt werde. Von einem Ort wird berichtet, dass mehr als die Hälfte der Mitglieder den Parteiaustritt erklärt habe und dass die Sekretäre kaum mehr besuchen könnte.» Jack Meyer erklärt demnach, einem vielfach geäußerten Wunsch und Verlangen wurde entsprochen, «indem die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft ihre Aktivitäten auf den ganzen Kanton ausstreckt wird».

Nach Schluß der Diskussion und Umfang der Diskussion zu schließen geht es der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft heute in erster Linie darum, die «sozialistische Zusammenarbeit zwischen den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeitnehmerschaft»

aufrechtzuerhalten - zu verhindern also, dass es zum eigentlichen Bruch zwischen der SP und den Gewerkschaften kommt. Die in einigen Zürcher Stadtsektionen lancierte Idee, bei den nächsten Wahlen getrennte Partei- und Gewerkschaftskandidaten aufzustellen, bezeichnet Meyer als «heavenly Streich der Sekretäre, die in einzelnen Sektionen der SP der Stadt Zürich das Wort führen». Sollten diese «mit sich abensieuerlichen Unternehmungen erfolgreich sein, würden sie die Sozialdemokratie zur Seite degradieren, die über Fragen wie Regierungsbeteiligung und Disziplin sozialdemokratischer Behörde-mitglieder nicht mehr zu diskutieren brauchte, weil keine Gefahr mehr bestünde, dass die Stimmbürger sie an der Regierung beteiligen würden». An die Mitglieder der SP, welchen das Schicksal der Arbeiterbewegung nicht gleichgültig sei, richtet Jack Meyer den Appell, «den Demontage-Equipen in der Partei entgegenzutreten».

Die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft ist kein Verein und besitzt mithin weder Statuten noch Mitgliederbeiträge. Sie ist deshalb, wie Meyer schreibt, auf «freiwillige Zuwendungen» angewiesen. Dem vorseitigen Brief ist denn auch ein Einzahlungsschein beigelegt worden, und im Briefkopf des Schreibens wird darauf hingewiesen, dass eine Bankverbindungsmit der Genossenschaftlichen Zentralbank, Zürich, besteht. Soll damit etwa den Sympathisanten der Arbeitsgemeinschaft gleichsam stilförmig nahegelegt werden, Parteimitter und Parteiangleichberechtigte auf dieses Konto einzuzahlen? Konstantin Alfred Bartholet (Zürich), ein enger Mitarbeiter Meyers, wies diese Vermutung am Montag ganz energisch zurück. Bei den Spenden für die Arbeitsgemeinschaft handele es sich um ein zusätzliches finanzielles Engagement der angesprochenen Parteimitglieder. Allenfalls bestreite Bartholet nicht, dass sich heute viele seiner Genossenschaftsfreunde mit der Alimentierung der Funktionäre schwer tun und erwägen, ihr Betreffendes anderweitig zu deponieren. Dafür bitte sich aber nicht nur das Kern der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft an. Denn es sei notwendig, dass bereits heute zahlreiche Zürcher Sozialdemokraten ihre Beiträge auf das gleiche Sperrkonto einzahlen, wie die vier Zürcher SP-Stadträte, die sich bekanntlich seit einiger Zeit schon weigern, unter den herrschenden Umständen ihre eigene Partei mitzufinanzieren.

Edmund Ziegler

Gesehen und gehört

Gerbers Immunität aufheben?

Eine heikle Angelegenheit kommt auf den Kontonrat zu. Im Februar wird er sich mit der Frage zu befassen haben, ob die Immunität von SVP-Kantonrat Max Gerber aufgehoben werden sollte. Das Ratsbüro werde dem Parlament bevorzugen, das nicht zu tun, war gestern Montag vom Kantonsratspräsident Ernst Spillmann zu erfahren.

Wemum geht es? Verlangt worden ist das Verfahren von Marlies Nij, Vizepräsidentin am Bezirksgericht Zürich. Gerber hatte am 2. November 1980, als der Kantonsrat den Richterschaftsbericht 1979 des Obergerichts und des Kantonsgerichtes behandelte, unter anderem erklärt, eine Zürcher Bezirksrichterin habe beim Obergericht um einen Urlaub nachgesucht, diesen aber nicht erhalten. Nachher sei es ihr mit einem Arztbesuch gelungen, zweimal – während insgesamt rund dreier Wochen – Urlaub zu bekommen. Gerber wies in der Ratsdebatte die Frage auf, ob diese Urteile ausgewiesen seien, und äusserte dann die Vermutung, dass die Urteile mit einer wissenschaftlichen Arbeit der Richterin (=Leitfaden über Partnerschaft als Leitbild der Ehe) in Zusammenhang gestanden hätten. Sodann liess der SVP-Kantonrat hören, ohne jedoch einen Namen zu nennen, «dass die betreffende Einzelrichterin von einem grossen Teil ihrer Kollegen eine sehr fragwürdige Qualifikation erhält». «Die Sache schlies mir vor allem deshalb an, weil im einen Fall der Urlaub erst 48 Tage nach Ausstellung des ärztlichen Zeugnisses angetreten worden ist», sagte Gerber am Montag gegenüber dem FA.

«Die Ausführungen von Max Gerber am 2. November 1980 über meinen Krankheitsurlaub sind in jeder Hinsicht erfolgt – das ist der Standpunkt von Marlies Nij, wie er am Samstag in einem an alle 140 Kantonsräte gerichteten Schreiben zum Ausdruck kommt. Sie habe allen Verständnis dafür, dass ein Kantonrat ungehindert von allfälligen Ehrenerwähnungen seine Voten abgeben dürfe. «Wenn über das Recht der Immunität derzeit missbraucht wird, dass das Votum wieder lesbares Wissen erfolgt und als Fortsetzung eines jahrelangen Kesseltreibens

übergeben wird, so verstehe ich das nicht mehr», schrieb Frau Nij dem Parlamentarium.

«Jahrelanges Kesseltreiben» – damit ist gesagt, was man am Montag auch im Foyer des Rathauses hat hören können: Die Sache mit dem Urlaubsersuchen ist nur die Spitze eines Eisbergs. Denn zwischen dem Ehepaar Heinz und Marlies Nij-Hofmann und Max Gerber, Geschäftsleiter des Hauseigentümer-Verbandes Zürich, wird seit längerer Zeit hart gestritten. Es soll «gelogen und »mit Urkunden unwarhene Inhalte »speziert» worden sein, und da ist auch von «Bestechung» in Zusammenhang mit der Einzonung eines Grundstücks in Allmend die Rede.

Zu all den Vorwürfen wollte Max Gerber am Montag nicht Stellung nehmen. «Ich möchte warten, bis der Prozess, den ich wegen Äusserungen von Heinz Nij angestrengt habe, entschieden ist», sagte er. Einen Zusammenhang zwischen seinem Votum vom 2. November 1980 und den andern Auseinandersetzungen mit dem Ehepaar Nij sieht er allerdings nicht: «Ich habe die Fragen im Interesse der Öffentlichkeit gestellt», meinte Gerber, der bereits früher – als Präsident der Justizverwaltungscommission – Unzulänglichkeiten an Gerichten und Notariaten kritisiert hatte.

Im Zürcher Kontonrat hat die Immunität eines Ratsmitglieds seit Jahren nicht mehr zur Debatte gestanden. Nach den heutigen gesetzlichen Bestimmungen darf ein Mitglied wegen einer Äusserung in den Verhandlungen nur dann strafrechtlich verfolgt oder zivilrechtlich belangt werden, «wenn der Kantonrat die Ermächtigung erteilt». Wie wird nun das Parlament entscheiden? Einen ersten Hinweis gab am Montag Kantonsratspräsident Spillmann, als er die Pressevertreter über die bevorstehende Debatte informierte: «Ein solcher Schritt darf nur im äussersten Notfall getan werden.» Und dieser ist nach Auffassung des Ratsbüros in der Angelegenheit Nij-Gerber nicht gegeben. Wipfried Mauer

Gesehen und gehört

Wie der Alterspräsident des Jahres 1979 auch die Legislaturperiode 1983 bis 1987 des Kantonsparlaments eröffnen? Karl Gagerl, mit 71 Jahren ältestes Mitglied des Kantonsrats, machte am Montag die Diskussion über die Lehrlingswerkstätten, um wieder einmal eine Lanze für die körperliche Erhaltung der Stille zu brechen. Seiner Forderung nach tatkräftiger Unterstützung des Lehrlingsturnens durch den Kanton verlied der streitbare LDJ-Vertreter aus Bülach Nachdruck mit der Dringung, er werde sich bei den nächsten Wahlen noch einmal aufstellen lassen, «am Dem, Herr Regierungsrat Künzi, tagtäglich in den Ohren zu lägen mit dem Lehrlingsturnen». Wenn der Wunsch des ehemaligen Sekundarlehrers nur nicht festes Fesseln geht? Ganz auszuschliessen ist es ja nicht, dass die Regierung gerne auf das Lehrlingsturnen pfeift, falls sie dafür Gagerl für eine weitere Amtsperiode erhalten bleibt. Originale haben im Kantonsrat nämlich Seltenheitswert, weshalb Originale, die auch im hohen Alter noch soviel Vitalität versprühen und sich mit so viel Schwingung auf dem politischen Parkett bewegen, wie Gagerl - und das dazu noch, ohne jemals auch nur eine Stunde Lehrlingsturnen gehalten zu haben.

Ein bisschen geturnt hat an diesem Montag auch der erste Vizepräsident des Kantonsrats, Erich Riesenauer. Da sich Kantonspräsident Ernst Spillmann diese Woche in den Skiferien von den Strapazen eines mit ebensoviel Härde wie Würde verbundenen Amtes erholt, übertrug sich erstmals der «Ersatzmann» auf dem Bock (so die gängige despektierende Bezeichnung für den Präsidentensessler) schwin-

gen und als höchster Zürcher auf interin warten. Doch nicht genug damit, dem Gemeinderatschreiber aus dem Säulamt war bei der Premiere auch gleich ein Höhepunkt im Leben eines Parlamentsvorsitzenden beschieden. Er durfte (musste) in der Abstimmung über das Postulat Ledergerber zur Abwasserentwicklung im Milchbuckel des Stabsratschlehd (Jüli). Zum Bedauern oder gar Missfallen der Befürworter des Vorlasses schlug er sich auf die Seite der Gegner. Die Sozialdemokraten dürften sich allerdings mehr noch als über den vorübergehenden Vize zum Präsidenten aufgeweckten SVP-Kantonsrat über einige Gemassen grögert haben. Hätten diese nicht absichtlich, aus Nachlässigkeit oder wegen dringender anderer Verpflichtungen die Abstimmung verpasst, müsste Riesenauer wohl noch einige Zeit auf seinem ersten Stabsratschlehd warten.

Nicht auf gehäuschte Reaktionen warten muss dagegen das Büro, nachdem es dem Versöhnung nach beschlossen hat, die Akten zum «Fall Gerber» - es geht um die Aufhebung der parlamentarischen Immunität für den SVP-Kantonsrat - zwar zur Einsicht aufzuliegen, sie aber nicht jedem Parlamentarier zuzustellen. «Einen solchen Entscheid können wir auf keinen Fall akzeptieren», verteidigte der Stadtzürcher SP-Vertreter Rolf Krümen. «Falls der Kantonsrat mit einer solchen Regelung einverstanden ist, muss er sich nicht wundern, wenn er als Kindergarten apostrophiert wird. Die Hüftschüler dürfen die Bülcherbücher auch nur im Kindergarten anschauen und sie nicht nach Hause nehmen.»

Hans Moser

Gesehen und gehört

Dem politischen Taktiker gibt Regierungsrat Alfred Gilgen immer wieder Rätsel auf. Er musste doch wissen, dass sein Widerstand gegen die parteipolitisch breit abgestützte Motion Grises zum Scheitern verurteilt war. Warum nur stand er (fast) allein wie ein Fels in der Brandung, weshalb liess er die Sache nicht einfach laufen nach dem Motto «Nützt's mir, so schadt's mir», wo er sich von dem verlangten Bericht zur Jugendpolitik absolut nichts versprach? Diese Fragen klangen an in einem Vortrag von FDP-Kantonsrat Walter Diggelmann, in dem dieser sein Unverständnis für das schnelle Nein des Erziehungsdirektors in der gegebenen Situation artikuliert. Gilgen stellte sich diesen Fragen, indem er kurz und bündig zurückfragte: «Wollt ihr einen Reganungsrat, der hier frei seine Meinung sagt, oder wollt ihr, dass ich stets erst den Finger in die Luft halte, um zu spüren, wohin der Wind weht?»

Dass Gilgen nicht nur zu apodiktischer Kürze, sondern auch zu schwindender Schärfe in Aussage und Diktion neigt, ist bekannt und hat ihm den Ruf eingetragen, ein Zyniker zu sein. Ob dem wirklich so ist, bliebe hier getrost dahingestellt. Mit Bezug auf die Debatte vom gestrigen Montag darf man aber feststellen, dass er von seinen Gegnern auch nicht mit Sont-hundschädeln angefasst worden ist. Kantonsratspräsident Ernst Spillmann indesfalls zitiert nach dem geradezu eruptiven Vortrag seines SP-Fraktionskollegen Armin Frei aus Klönen zur Feststellung verneint, auch unter dem Schutz der parlamentarischen Immunität gelte es, «den Anstand zu wahren». Was Frei immer noch Gilgen im Visier, zum Zwischenschritt veranlasste: «Auch das Parlament hat Anspruch auf Anstand.»

Im Rathaus dürfen Regierungs- und Kantonsräte gelegentlich auch Fraktionieren - zur Rechenschaft gezogen werden können sie dank der parlamentarischen Immunität eben nicht oder nur dann, wenn das Parlament selbst diese Immunität aufhebt. Wenn aber ein Regierungsrat per Telefon Anzeigen gegen die «kriminelle Vergangenheit» einer Privatperson macht, kann das schon Folgen haben. Und zwar auch für den Kantonsrat, weil dieser in einem solchen Fall nämlich gegebenenfalls als Staatsgerichtshof zu amtiert hat. Wie am Montag im Rathaus zu hören war, muss sich gerade jetzt das Büro des Parlaments wieder einmal mit einem solchen Fall herumschlagen. Wegen einer Äusserung, die Justizdirektor Arthur Buchmann in einem Telefongespräch mit Hans Gmür über den Schriftsteller Alexander Ziegler gemacht haben soll, hat ihn dieser nämlich jetzt wegen Ehrverletzung eingeklagt - beim Bezirksgericht Winterthur und vorsorglicherweise eben auch beim Kantonsrat. Und dem Büro fällt nun fürs erste die dornige Aufgabe zu, abzuklären, ob das Parlament für die Behandlung der Klage tatsächlich zuständig ist oder nicht. Es gibt Leute, die aus Illnesser Neugier einen positiven Entscheid erhoffen - nur um einmal zu erleben, wie sich die 180 Volkserwählten als Richter über einen Regierungsrat zu stellen.

Edmond Ziegler

Gesehen und gehört

Das Büro des Kantonsparlamentes, so war am Montag im Foyer des Rathauses zu hören, trägt sich mit dem Gedanken, eine Tischdebatte über das Wirken der gesetzgebenden Behörde im Gross Zürich produzieren zu lassen. Warum nicht? Die Schulklassen, die jeweils im Rahmen ihrer ausserbürgerlichen Bildung mit mehr oder weniger Interesse und in der Regel mit mässiger Begeisterung die Verhandlungen von der Tribüne aus verfolgen, können sich auf diese Weise im Voraus auf die Darbietungen im Ratssaal einstellen und sich über die nicht immer durchsichtige Arbeit der Vollvertreter ins Bild setzen. Bei den Kantonsräten und Kantonsräten scheint die Dis-Schau durchaus Anklang zu finden. Die SP-Vertreterin Barbara Haering aus Affoltern fand zum Beispiel eine umfassende und wachsende Information über die Pflichten und Möglichkeiten des Parlamentes «schade sicher nicht». «Ein Besuch auf der Tribüne bringt den Schülern meist nicht sehr viel», meinte sie. «Sie sehen nämlich nur, dass wir Zeitung lesen.»

Nur die Zaungäste, die am Montag der Morgenzeitung betrauteten, können bezweigen, dass das Parlament auch ausserhalb der Tribüne gute Arbeit zu leisten. Gleich zwei Gesetze erledigten die Ratsmitglieder so schnell und zügellos, dass man fast nicht mehr kann, ihnen ein Kränzli zu wischen – allerdings nur eines aus Dattel oder anderem Lorbeer-Ersatz. Das Hauptverdienst an der aussergewöhnlichen Leistung fällt nämlich der Vorbereitungskommission zu, die sich auch in unstillen Parteien zusammengesetzt und eine Lösung auf dem Tisch des Hauses gelegt hat, die von überlichen Fraktionen akzeptiert werden konnte. In der Nachmittagsitzung zeigte es sich zudem, dass es zu grosser Optimismus in bezug auf die Disziplin und das effiziente Schaffen der Kantonsräte zumindest verfrüht war. In mehreren Voten war von der am Vortag so überzeugend durchgezogenen Beschränkung auf das Wesentliche nicht mehr viel zu hören, und je länger die Nachmittagssitzung dauerte, desto mehr lichteten sich die Reihen im Ratssaal. Als Ratspräsident Ernst Spillmann kurz vor 17

Uhr die Sitzung schloss, war noch knapp die Hälfte der Ratsmitglieder anwesend. Mühselig Disziplin? Vielleicht. Vielleicht aber auch so etwas wie Selbstbelehrung. Schliesslich lachte die Sonne an diesem Nachmittag allzu freundlich, und mit ihrem stillen Einsatz in den Morgenstunden hatten sich die Hobby-Politiker einige wärmende Strahlen auf der zerfurchten Denkhaut eigentlich recht verdient.

Ob verdient oder nicht, die parlamentarische Immunität für den Stadtpräsidenten SVP-Vertreter Max Gerber, der in einer Debatte eine Richterin persönlich angegriffen hatte, wird mit grosser Wahrscheinlichkeit nicht aufgehoben. Das Büro beauftragt dem Kantonsrat, dem Begehren, Gerber den Schutz der Immunität zu entziehen, nicht zu entsprechen, und es dreht alles darauf hin, dass sich die Kantonsräte am nächsten Montag in diesem Sinn entscheiden werden. «Auch wenn in diesem Fall die Aufhebung möglicherweise gerechtfertigt wäre, so hört man allenthalben, «verlieren wir aus grundsätzlichen Erwägungen dagegen können.» Andernfalls bestünde die Gefahr, dass Parlamentarier aus Angst vor Prozessen auch dann ein offenes Wort scheuen, wenn dies im Interesse der Sache durchaus am Platz wäre.

Wo indessen das «Interesse der Sache» anliegt und der Persönlichkeitschutz des Angegriffenen aufhört, das lässt sich in diesem wie in anderen Fällen nur schwer beurteilen. Zuweilen können offenbar sogar massive Beschimpfungen in einem höheren öffentlichen Interesse sein. Nur so lässt sich erklären, dass der Kantonsrat am 8. September 1947 nicht gewillt war, seinem Ratsherrn namens Rudolf Schmid die parlamentarische Immunität wegzunehmen, obwohl dieser laut Kantonsratsprotokoll einem Kollegen vor versammeltem Publikum als «Lumpenhand» bezeichnet hatte. Hans Moser

Gesehen und gehört

Gestern Montag um 9:20 Uhr verliess der Stadtzürcher SVP-Kantonrat Max Gerber den Ratssaal an der Lämli. Er trat in den Assistenten, weil das Parlament über die Aufhebung seiner Immunität zu beraten hatte (Bericht auf dieser Seite). In der dreiviertelstündigen Debatte war dann zu hören, dass sich Max Gerber an der Ratssitzung vom 1. November 1980 gegenüber Martin Nij (Holzmann, Vizepräsident des Bezirksgerichts Zürich, «senior») verhalten habe und dass er selber die Aufhebung seiner parlamentarischen Immunität hätte verlangen sollen. Das Vorwurf, er sei «senior» gewesen, wies Gerber zurück: «Ich habe aufgrund von Informationen aus Gerichtsakten Fragen gestellt, für die ich genügend Anhaltspunkte hatte», rechtfertigte sich der SVP-Parlamentarier im Rathaus-Foyer. Die Aufhebung der Immunität bezeichnete Gerber so dann als «Grundtatfrage»: «Hätte ich selber auf diesen Schutz verzichtet, wäre damit für andere Parlamentarier ein Präzedenz geschaffen worden.»

Es ging an diesem Montagmorgen aber nur um die Spitze eines Eisbergs. Das war den Parlamentariern wohl bekannt, denn ihnen hatten die Briefträger in den vergangenen Wochen alles andere als gute Post gebracht. Rechtsanwälte, ein Notar und natürlich die Zürichbeteiligten schrieben sich die Finger wund, und mit all den emotionsgeladenen Papieren wurden die Kantonsrätinnen und Kantonsräte regelrecht bombardiert. «Das habe ich noch nie erlebt», meinte ein Parlamentarier gestern Montag.

Die Worte sind in den Schriftstücken enthalten. Zum Beispiel:

- Rufmord,
- Raserei,
- Bestechung eines Regierungsrats,
- als Zeuge einer erfolgten Geschichte vorgetragen,
- Verwendung inhaltlich falscher Urkunden,
- Druck geübt,
- heftige Diffamierungen,
- Zornausbrüche,
- zahlreiches Kassettenfrieren,
- Präliminarien für ein politisches Exekutivgericht,
- verachtete Anreizung zur Verletzung des Amtsgeheimnisses etc.

Die Vizepräsidenten des Zürcher Bezirksgerichts hat ihr Ziel zwar nicht erreicht: die parlamentarische Immunität Gerkers ist nicht aufgehoben worden. In die Sache mit ihren Krankheitsurlauben hat aber LDU-Fraktionschef Robert Hux am Montag so viel Klarheit gebracht, dass Martin Nij jetzt gleichsam rehabilitiert ist. Vor den Gerichten wird die Fehde zwischen Max Gerber und dem Ehepaar Nij allerdings weitergehen (Max Gerber processiert gegen Heinz Nij). «Es ist den Beteiligten zu wünschen, dass sie genügend Kraft aufbringen, um diese widerliche Angelegenheit aus dem Felde zu räumen», sagte SP-Kantonrat Eugen Spühler gestern in der Debatte. Gaf gemeint war dieser Wunsch. Im Moment drückt über nichts darauf hin, dass der Aktzeberg im Fall Gerber-Nij bald abgetragen sein könnte. Im Gegenteil: Er dürfte weiter wachsen. Wilfried Maurer

Gesehen und gehört

Grosse Ereignisse werfen ihre Schatten voraus. Immer wieder hört man während der monatlichen Kantonsratsitzungen im Foyer des Rathauses von der 550-Milionen-Vorlage zur Einführung eines Schnellbahnsystems im Kanton Zürich für Stimmberechtigten werden über den Bahnhof Museumstrasse und die Zürichberglinie voraussichtlich noch dieses Jahr entscheiden. Das Geschäft wird zurzeit in einer Kantonsratskommission unter dem Präsidium von Kurt Müller (öfp., Meilen) verhandelt. Wie man nun gestern Montag hören konnte, sind die 13 Kommissionenmitglieder samt Regierungsrat Hans Künzi, Sekretär Walter Damer, SBB-Kreisdirektor Hans Rudolf Wächter und SBB-Oberingenieur Max Glättli vergangene Woche dorthin geehrt, wo der öffentliche Verkehr in den letzten Jahren - im Unterschied zum Kanton Zürich - nicht nur mit den Lippen und mit Paragraphen, sondern mit Taten gefördert worden ist. In München und Amsterdam wurden von Donnerstag bis Samstag Referate angehört, Fragen gestellt und Denkschriften durchgeführt. Mit wertvollen Informationen sei die Kommission am Samstagabend nach Zürich zurückgekehrt, war von Kurt Müller zu erfahren. Ein Detail: Sowohl in München als auch in Amsterdam könne heute eine Trendumkehr festgestellt werden, denn durch die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs seien ausfahrende Pendler auf die Bahnen umgestiegen.

Von der in Zürcher Ländern schon so viel diskutierten Mehrwertabschöpfung sei in München und Amsterdam ebenfalls die Rede gewesen, war am Montag weiter zu erfahren. Aber nur die Zürcher hätten davon gesprochen, denn nämlich, wenn sie im Zusammenhang mit der Siedlungspolitik entsprechende Fragen stellten. In beiden Städten habe man die siedlungspolitischen Probleme mit andern Massnahmen als mit der Mehrwertabschöpfung angegangen.

Wichtige Besichtigungen der S-Bahn-Kommission finden übermorgen Donnerstag statt, und zwar in Bern, wo die Zür-

cher Parlamentarier auch mit Exekutivvertretern von Stadt und Kanton Bern sowie mit Fachleuten von Verkehrsunternehmungen zusammenkommen werden. Nach den bisherigen vier Sitzungen werde die Vorbereitende Kommission - so Präsident Müller - «zeitweise wieder jede Woche einmal tagen; der Informationsphase soll nun bald die Entscheidungsphase folgen». Dabei werde dem Vertrag über die Mitwirkungsrechte des Kantons bei der Bauausführung und beim Betrieb des S-Bahn-Systems besonderes Gewicht zukommen, sagte Müller. «Die Kommission hat gegenüber der Regierung, die für den Vertrag zuständig ist, klar zum Ausdruck gebracht, dass sie bereits den Vertragsentwurf sehen will.»

Die Vertragsverhandlungen zwischen Bundesbahnen und Regierungsrat, über auch die Beratung der Vorlage in den Kantonsratsfraktionen führen unter Umständen dazu, dass das Zürcher Volk nicht bereits am 27. September, sondern erst am 29. November über den Staatsbeitrag von 553 Millionen Franken an die SBB abstimmen kann. Diese (sehr wahrscheinliche) Verzögerung habe - so war von EVP-Kantonsrat und Gemeinderatspräsident Fritz Jauch (Dübendorf) zu erfahren - bereits den Stadtrat seiner Wohngemeinde bewegen, dem Präsidenten der Vorbereitenden Kantonsratskommission einen Brief zu schreiben und ihn zu bitten, alles daranzusetzen, dass das Abstimmungsdatum vom 27. September eingehalten werden kann. Kurt Müller ist zwar durchaus für eine weiterhin spezifische Behandlung der Vorlage; nach dem Nein zu U- und S-Bahn am 20. Mai 1973 findet er aber: «Es muss diesmal alles gehen werden, um mit einer besten Information und mit optimalen politischen Voraussetzungen die Volksabstimmung durchführen zu können; es sollen nicht erst in der Abstimmungskampagne gewichtige Informationslücken oder Vorbehalte und Kritiken zum Vorschein kommen, mit denen sich Regierungs- und Kantonsrat nicht auseinandersetzen müssen.» Und das braucht beim grössten Kredit in der Geschichte des Zürcher Kantonsrats zweifellos seine Zeit. Wlfrid Maurer



Die jüngsten Schreinerereien am Portal des Zürcher Rathauses lieferten am Montag im Kantonsrat viel Gesprächsstoff. (Bild: Andreas Zurbuchen)

Gesehen und gehört

Zah wie Handschuhleder gibt sich wieder einmal Erziehungsdirektor Alfred Gilgen. Er will nämlich trotz der (recht unglücklich zustande gekommenen) Ablehnung der Universitätsvorlage im Parlament (FA vom 3. März) «nicht aufgeben» (Originalität vom Montag) und sucht nun zweiseitig nach einer Möglichkeit, die Sache nochmals vor dem Kantonsrat zu motivieren. Wie er es bewerkstelligen will, ist vorderhand noch sein Geheimnis. Auf dem gleichsam unendlichen Weg ist dies noch einer Schlussabstimmung im Parlament nicht mehr möglich. Not macht aber betrüblich erfindlich, und vor Regierungsrat Gilgen kennt, der weiss auch, dass das Organisationsgesetz des Kantonsrats und die kantonale Initiativrecht nur allmählich und systematisch nach Gehirngängen abgeklüfft werden, die in den Plenumsaal des Rathauses münden könnten. Eine Möglichkeit soll sich der Erziehungsdirektor dem Versprechen nach allerdings bereits aus dem Kopf geschlagen haben: Er will offenbar darauf verzichten, als gewöhnlicher Stimmbürger Gilgen dem Rat eine Einzelinitiative mit dem vor Wochenfrist abgelehnten Begleiten auf den Tisch zu stellen. Weil er nämlich (zu Recht?) befürchtet, das notwendige Quorum von 60 Stimmen für die vorläufige Unterstützung doch nicht zusammenzubringen.

Gespannt blicken die Spitzer der Zürcher Politzeme mit dem einen Auge auf den Kalender und mit dem anderen auf die SP. Wird diese mit ihrer kantonalen Steuerinitiative dem Zürcher noch vor Kontrollabschluss passieren oder auf der Strecke bleiben? Denn noch ist die am 12. September letzten Jahres gestartete Initiative bei der Staatskanzlei nicht eingereicht, obwohl die sechsmonatige Frist für die Summung der nötigen 10 000 Unterschriften morgen Mittwoch abläuft. Dass sich die Sozialdemokraten mit dem Unterschriftensammeln recht schwer hatten, war bekannt - im «Volksrecht» stiess man in den letzten Tagen schliesslich laufend auf Hürden mit dem Titel «Unterschriftenbogen subito zurück». Deshalb gestern Morning Frage an Martin Lanzinger, den Steuerspezialisten der SP-Kantonsratsfraktion: Sind die 10 000 Unterschriften nun beisammen? Antwort: Ja. Wann wird eingereicht? Lanzinger: am Mittwoch. Kommt die Initiative also zustande? Lanzinger: hoffentlich. Eine Viertelstunde später Lanzinger freudestrahlend: Jetzt wick't's. Grund der Zuversicht: Nach telefonisch eingeholter Auskunft des Statistischen Amtes sind bei Volksinitiativen erfahrungsgemäss 400 bis 500 Unterschriften ungenügend; wenn sich die Nietenquote in dieser Größenordnung bewegt, steht das SP-Volksbe-

getrennt, das die mit dem Rücken zur Wand kämpfende Partei in der kommenden Auseinandersetzung um die Revision des Strafrechtsgesetzes als strategische Lenkwaffe dringend braucht, Klarheit indessem wird erst herrschen, wenn die Unterschritten nicht nur eingereicht, sondern auch beglaubigt sind.



Wie immer am Montag das Rathaus am Löwenstgässli betret, tut dies kaum kommentarlos. Die ganze, vor wenigen Jahren erst fackkündig restaurierte Portulpartie ist nämlich am Wochenende mit Farbbrühen bespritzt, verschmiert und verätzt worden. Ihrer Empörung offiziell Luft gemacht haben mit einer Fraktionserklärung im Parlament die FDP-Kantonsräte (siehe Kästchen auf dieser Seite). Unmal aber nicht nur bei den Volksvertretern, sondern auch bei Hans Rudolf Gfeller, dem Hausmeister des Rathauses, der in der Samstagnacht selber Augenzeuge der Schmieraktion durch verurteilte Gestalten war. Er hat seiner Verärgerung aber nicht nur verbal Ausdruck verliehen, sondern auch durch eine quasi symbolische Geste. Im Estrich des Rathauses hatte Gfeller am Montag nämlich ungehofft einen Eimer mit Putzklappen und Bürsten aufgestellt und auf die Frage, was es damit für eine Bewandnis habe, freimütig erklärt, der sei für Kantonsrat Leonhard Fünfchilling, den Präsidenten der SP-Stadtpartei, bestimmt. Vielleicht gelänge es ihm, Leute zu finden, welche bereit seien, die Fassade zu putzen. Fünfchilling indessen war am Montag nicht im Kantonsrat. Edmund Ziegler

Gesehen und gehört

Uni-Paragrafen, freier Samstag und Chilbi

Die am 2. März vom Kantonsrat knapp abgelehnte Gesetzesvorlage mit neuen Paragraphen für die Universität soll noch nicht ad acta gelegt werden. Der Erziehungsrat hat beim Parlament eine Behördeninitiative eingereicht, damit das Geschäft wieder ausgeklammert wird (TA vom letzten Samstag). Was sagten nun am Montag die Fraktionschefs zu diesem Vorgehen? «Wir stehen geschlossen dahinter», erklärte Robert Hux (SdL). «In der Entwerferdebatte hat man ja so oft Fraktionen nur Positives darüber gehört, dass in der Uni-Gesetzgebung endlich wenigstens ein kleiner Schritt getan werden könnte. Und diesen soll man nun auch tatsächlich unternehmen und nicht an dem Zufallsentscheid hängen bleiben.» Nach Max Dänki wird auch die EVP mitmachen. Der Fraktionspräsident könnte allerdings ein: «Eine neue Vorlage des Regierungsrats wäre einleuchtender, denn im Grunde genommen kommt auch die Behördeninitiative aus der Regierungsbüchse: Erziehungsdirektor Gilgen ist schliesslich der Präsident des Erziehungsrats.» Die SVP-Fraktion will ebenfalls auf die Initiative eintreten, weil sie der Meinung ist – so Max Kunt –, «dass sich das Parlament nochmals mit der Uni-Vorlage befassen soll».

Anders sieht es am Montag bei der FDP. So sagte Fraktionschef Bruno Schürch: «Jetzt soll zuerst die Volksabstimmung über die CVP-Initiative stattfinden, und erst nachher ist dann das unstrittene Geschäft wieder in den Kantonsrat zu bringen.» Persönlich meinte Bruno Schürch zur Behördeninitiative: «Dieses Vorgehen widerspricht meinem Demokratieverständnis, und zwar deshalb, weil die Initiative auch dann dem Volk unterbreitet werden muss, wenn sie der Kantonsrat zwar abgelehnt hat, aber mindestens 40 Stimmen für sie abgegeben worden sind.» Auf gar kein Verständnis wird der Erziehungsrat in der SP-Fraktion stossen. Die Initiative werde als Zwängerei empfunden,

den, wie von Werner Brossard zu erfahren. Eine Denkhypothese in der Uni-Gesetzgebung wäre sinnvoller. Von Zwängerei sprach auch CVP-Fraktionschef Hans Eberle: «Die Ablehnung der Vorlage ist am 2. März demokratisch zustande gekommen, und jetzt haben wir Anspruch darauf, dass unsere Volksinitiative so schnell wie möglich den Stimmberechtigten vorgelegt wird.»

Erziehungsdirektor Alfred Gilgen zeigte sich am Montag gelassen. Er seien ja schliesslich die Parlamentarier selber gewesen, die ungenau erklärt hätten, die Vorlage der Regierung bringe zu wenig. «Sie wurde deshalb aufgestockt, und über die eigene Aufstockung stolperte dann der Kantonsrat.» Zur Behördeninitiative, die nun offensichtlich nicht allenorts gehört wird, meint Gilgen: «Man darf doch auch einmal etwas Ungewohntes machen.» – Zum Glück gibt es noch Ungewohntes in dem von Ritualen geprägten Parlamentsbetrieb, möchte man dazu sagen. Aber wenn das Ungewohnte bis zum Schluss – bis zur Volksabstimmung – ungewohnt und unstritten bleibt, und hierfür gibt es schon heute klare Anzeichen, stehen die Chancen für die Behördeninitiative des Erziehungsrats wohl eher schlecht.

Nun aber von der ersten Politik, die gestern Montag viel zu reden gegeben hat, zu etwas Leichterer Kost: «An den Schulen des Kantons Zürich ist der 2. Mai 1981, ein Samstag, schulfrei. Ich frage den Regierungsrat an, wie er diesen schulfreien Tag begründet.» So lautet eine Kleine Anfrage, die der Städtzürcher SP-Kantonsrat Rolf Krämer am Montag bei der Regierung deponiert hat. Die Antwort sei einfach, war im Rathausfoyer von Erziehungsdirektor Gilgen zu erfahren: Das Schulamt der Stadt Zürich machte im September letzten Jahres die Anregung,

den Samstag, 2. Mai, schulfrei zu erklären, weil die Schulstunden an diesem Morgen zwischen einem kantonalen Feiertag (1. Mai) und einem Sonntag gleichsam eingeklemmt würden. Im Oktober entschied der Erziehungsrat, dass der Samstagmorgen an den Kantonschulen frei sei und dass den Gemeinden das Recht zustehe, den 2. Mai ebenfalls schulfrei zu erklären, ohne dass die ausfallenden Stunden vor- oder nachgeholt werden müssten. Von Rolf Krämer war die Kleine Anfrage deshalb eingereicht worden, weil er das Gefühl hatte, es gehe darum, die Bedeutung des 1. Mai als Tag der Arbeit herauszusetzen (bei gleich drei aufeinanderfolgenden freien Tagen könnte das Interesse merklich sinken). Krämer hatte am Montag aber auch noch eine andere Vermutung: «Vielleicht ist man bei der Errichtung des Laretsch so gut vorgekommen, dass man im Kanton Zürich sogar drei Tage einschalten muss...»

Am 1. Mai werden sich in Zürich übrigens wieder die Korussellen der Schausteller drehen, und mit diesem Chilbibetrieb befasst sich ein zweiter Vorstoss, den gestern Montag ein sozialdemokratischer Kantonsrat eingereicht hat. Marcel Achermann (Dietikon) befürchtet in einer Kleinen Anfrage, dass nicht alle Vergnügungsbahnen in tadellosem Zustand seien und die Sicherheit der Benutzer deshalb nicht gewährleistet werden könne. «Ich habe zwar noch nie eine Gondel wegfliegen sehen», sagte Achermann auf Anfrage, «aber ich habe mir sagen lassen, dass periodische Kontrollen der Behörden – vor allem in den Landgemeinden – nötig wären.» Die eigenen Tests der Schausteller genügen dem Volkswortreiter nicht. «Wenn der Korussellbesitzer nach dem Aufstellen die erste Fahrt unternimmt und er dabei nicht verunglückt, soll das noch lange nicht heissen, die Berg- und Tal-Bahn oder die Achterbahn sei betriebsicher.»

Winfried Maurer

Gesehen und gehört

Trotz lauen Frühlingslächeln herrschte am Montag im Kantonsrat ein eher frostiges Klima. Dabei blieb es für einmal nicht bei den langsam zur Gewohnheit werdenden Konfrontationen zwischen links und rechts, es kam auch zu einem «Bruderkampf» unter Sozialdemokraten. In der Diskussion über den Fall des Zürcher Bezirksanwalts Ruedi Ramer befasste sich der Stadtzürcher SP-Kantonsrat Werner Sieg auch mit Peter Gasser, der 1977 aus der Sozialdemokratischen Partei ausgestoßen ist und deshalb von der SP bei den kommenden Wahlen nicht mehr als ordentlicher Bezirksanwalt vorgeschlagen wird. Der Janus bewarb sich deshalb bei der Regierung um eine Stelle als ausserordentlicher Bezirksanwalt, doch jene akzeptierte ihn nicht, weil er ungehörig an Demonstrationen beteiligt gewesen sei. Werner Sieg wollte nun von Justizdirektor Bachmann wissen, ob Gasser tatsächlich an Kandidaturen teilgenommen habe oder - so die Schilderung des Sachverhalts durch die Regierung im «Fall Ramer» - «diese, entsprechend bestehenden Empfehlungen, vom Rande aus beobachtet hat». Der Gemässer Regierungsrat war indessen nicht gewillt, die Frage des Gemässen Kantonsrats zu beantworten. Da trachtete auch eine zusätzliche Intervention von Werner Sieg am Schluss der Debatte nichts. «Die Antwort gebe ich dir dann in der Fraktion», liess der Justizdirektor seinen Parteikollegen abbitten.

Doch Sieg liess sich nicht so schnell abwimmeln. Nach der Kaffeepause teilte er Bachmann in einer persönlichen Erklärung mit, dass er - Sieg - von der Mausechel in der Fraktion nicht interessiert sei; die Öffentlichkeit habe ein Anrecht darauf, Auskunft zu bekommen. Der Justizdirektor war auch mit dem Hinweis auf das öffentliche Interesse nicht aus der Reserve zu locken. Auf die Frage von Ratspräsident Ernst Spillmann - eben-

falls ein Sozialdemokrat -, ob er Stellung nehmen wolle, meinte er vor dem Parlament: «Es ist schon Geschickteres gefragt worden. Ramer hat zur Krawallgruppe der Zürcher Bezirksanwaltschaft gehört, Gasser nicht.»

Es ist nicht anzunehmen, dass Sieg von dieser Antwort befriedigt ist. Vielleicht sagt er sich aber auch: Eine unfreundliche und oberflächliche Antwort ist immer noch besser als gar keine. Wäre er sich einfach auf die Fraktion verlassen lassen, müsste er weiterhin auf ein Wort «serres» Regierungsrates warten. An der Fraktionssitzung vom Montagnachmittag war Regierungsrat Bachmann nämlich nicht zugegen...

Wird der Zwischenfall unter Gemässen Konsequenzen haben? Es ist ein offenes Geheimnis, dass die Liebe zwischen Regierungsrat Bachmann und einem beträchtlichen Teil der SP-Mitglieder in den vergangenen Jahren mehr und mehr erkaltet ist. Von Seelenverwandtschaft oder gar von einer intimen Beziehung kann schon lange nicht mehr die Rede sein, schon eher von einer mehr schlecht als recht funktionierenden Vernachlässigung, wie sie allerdings in der Politik so ungewöhnlich nicht ist. Ob sich die Gegensätze in dieser Partnerschaft bei den nächsten Wahlen in zwei Jahren noch einmal überbrücken lassen, wird sich weisen müssen. «Wenn Bachmann nicht mehr gewählt werden will oder wenn ihm davon gelegen ist, dass sich die SP nicht mehr an der Regierung beteiligt, muss er nur so weitermachen», meinte Werner Sieg. Als Vizepräsident der SP-Kantonspartei wird er zweifellos sowohl in der Frage der parteiinternen umstrittenen Regierungsberteilung als auch zur Kandidatur Bachmann ein gewichtiges Wort mitzureden haben. Hans Moser

Gesehen und gehört

Im «Volksrecht», das – wie andere Zeitungen – jeweils am Montag im Rathaus aufliegt, konnten es die Kantonsrätinnen und Kantonsräte gestern lesen: «Die Geschäftsleitung der SP-Kantonalpartei hat sich klar gegen einen Verzicht auf die Regierungsbeteiligung im Kanton Zürich ausgesprochen.» Wohl nur mit halbem Herzen, dürfte man ob der Formulierung meinen. Denn die Geschäftsleitung hat sich nicht etwa «für die Regierungsbeteiligung», sondern «gegen einen Verzicht auf die Regierungsbeteiligung» entschieden. Nach Martin Lenzlinger, Mitglied der Geschäftsleitung, ist der Beschluss aber als ein klares Ja zur Teilnahme an den Regierungswahlen 1983 zu verstehen. «Wenn wir unsere Ideen durchsetzen wollen, müssen wir uns an der Regierung beteiligen», sagte Lenzlinger am Montag im Rathausfoyer. «denn der Weg über die Opposition ist in unserem System nicht gangbar.»

Die SP und die Gewerkschaften sind heute keine stummen Zwillinge mehr. Haben deshalb politische Überlegungen beim Beschluss der Geschäftsleitung eine Rolle gespielt? Dazu Ex-Regierungsratskandidat Martin Lenzlinger: «Nein, wir haben uns von grundsätzlichen Erwägungen leiten lassen, und es ging nicht darum, in dieser Frage den Krach mit den Gewerkschaften zu verhindern.»

«In Sachen Regierungsbeteiligung gibt es für uns nur das Ja; darüber diskutieren wir gar nicht» – das sagte am Montag der Präsident des kantonalen Gewerkschaftsbundes, SP-Kantonsrat Paul Keller. Für ihn ist der Beschluss der SP-Geschäftsleitung «das einzig Richtige». Es gebe doch gar nichts anderes, meinte Keller, sonst müsste man konsequent sein und sich an allen Orten zurückziehen.

SP-Regierungsrat Arthur Bachmann, der nicht zur Geschäftsleitung gehört und der vielen Genossen ein Dorn im Auge ist, sagte zur Meldung im «Volksrecht»: «Der Beschluss hat nichts mit meiner Person zu tun; ich lege ihn nicht als Pro-Bach-

mann-Entscheid aus. Das ist ein Grundgesetzentscheid, den ich für absolut richtig halte.»

Erst nach dem SP-Parteitag vom 26. September wird feststehen, ob die Zürcher Sozialdemokraten weiterhin Regierungsratskandidaten ins Rennen schicken werden. Dazu Martin Lenzlinger: «Ich glaube, dass sich der Parteitag für die Regierungsbeteiligung entscheiden wird.» Zurzeit läuft das Vorschlagsverfahren bei den SP-Sektionen, und Stellung nehmen wird auch noch der Parteivorstand.

Das letzte Wort ist in der SP also noch nicht gefallen, aber die Entscheid der Geschäftsleitung hat immerhin Gewicht. Was meinten dazu Vertreter bürgerlicher Parteien? Von Kantonsrat Richard Reich, Mitglied der kantonalen FDP-Geschäftsleitung war im Rathausfoyer zu vernennen: «Ich wäre überrascht gewesen, wenn ein anderer Entscheid resultiert hätte. Von unserem System her finde ich es richtig, wenn die SP weiterhin mitmacht.» Kantonsrat und CVP-Kantonspräsident Anton Kilias meinte ebenfalls: «Es ist zu begrüssen, wenn die SP an der Verantwortung mittragen will, aber ich muss ob und zu an der Glaubwürdigkeit zweifeln, und zwar dann, wenn die SP auf ihre eigenen Leute in den Exekutiven schiesst. Kritik an den Exekutivmitgliedern – auch an den eigenen – ist in unserem System richtig und wichtig, aber sie sollte sachlich sein.»

Nach all den Diskussionen, die am Montagmorgen im Ratssaal und im Foyer die Köpfe mehr oder weniger erhitzten, blieb es Regierungsrat Hans Künzi vorbehalten, am Sitzungsende mit einem Versprechen den heiklen Schlusspunkt zu setzen. Im Zusammenhang mit den Aufsätzen von Berufsschülern im TA-Magazin sprach der Volkswirtschaftsdiplomator von der «Interimsexplosion» der Verluste. Und dabei hatte wenige Minuten vorher Parteikollege Walter Diggelmann bitter über die Verblüdung unserer Sprache geklagt...
Wolfgang Maurer

Gesehen und gehört

«Moralisten sind Leute, die sich jedes Vergnügens versagen ausser jenem, sich in das Vergnügen anderer Leute einzumischen.» Mit diesem von ihm zitierten Ausspruch Bertrand Russell kumpfte gestern Montag der freisinnige Haasgenötigen-Sekretär Albert Petermann in mehreren Anläufen gegen das neue Unterhaltungs-gesetzgesetz, das seiner Meinung nach «einen Wanchester-Pudding darstellt». Der verblichene Lord Russell dürfte sich gleich zweimal im Gaube gedreht haben. Nicht etwa, weil er falsch zitiert worden wäre, sondern weil man nicht «Wirtschaftler», sondern «Waster» sagt - und weil es sich dabei nicht um einen Pudding, sondern um eine scharfe Saure handelt.

Petermann, der in der Diskussion einmal deshalb intervenierte, weil «Konstitutionsschutts nicht im Raume stehensleben dürfen», entwicherte im übrigen eine recht interessante, weil völlig neue Theorie über das eigentliche Wesen des Zürchers. «Das hier geforderte Verbot der Geldspielautomaten atmet einen puritanischen Geist, der aus den puritanischen Gebieten importiert wurde und der im Grunde gar nicht zu Zürich passt», meinte der mit der Zürcher Kulturgeschichte offenbar nicht sonderlich vertraute... Luzerner.

Für ein Verbot der Spielautomaten ging der Pfaffen EVP-Kantonrat Werner Pfenniger auf die Barrikaden. «Weil ich mich dem Vorwurf nicht einsetzen wollte, ich sei ein trockener Theoretiker, habe ich mich wohl oder übel auf die Sochen gemacht und etliche Spieluhren besucht», verkündete Pfenniger. Seine Erfahrung: «Als das Geld klapperte, hat auch meine Hand gezittert.» Doch das Geld klapperte offenbar nicht lange. Denn: «Ich habe in einer halben Stunde 30 Franken verspielt. Für diese 30 Franken hätte ich meiner Frau lieber wieder einmal ein Geschenk gemacht.»

Auch LdU-Fraktionschef Robert Hux trat für ein Verbot der Geldspielautomaten ein. Besonderen Ärger hatte bei ihm der Hinweis von SVP-Kantonrat Kurt Egloff aus Aesch verursacht, dass mit einem solchen Verbot im Kanton Zürich 450 Arbeitsplätze gefährdet wären. «Es geht es nicht, Herr Egloff», sagte Hux. Und fuhr fort: «Wenn wir so argumentieren wollten, müssten wir den Kampf gegen den Alkoholkonsum und die Verkehrs-unfälle schleunigst einstellen, weil dadurch ja weniger Kranke und Verletzte zu fallen und so Arbeitsplätze in den Spitälern gefährdet werden.»

Huxens rigorose Haltung rief wiederum den Gewerbetreibler Egloff auf den Plan, der «das Gesetz mit allen Mitteln bekämpft, wenn das Verbot kommt.» An die Adresse von Hux erklärte er scherzhaft, er werde im Falle eines Verbotes mit dem Schlatter Ratskollegen «nie mehr um Geld jassen». Dem Zürcher SP-Vertreter Willy Volkart passete just dieser Link zum Jassen nicht. Es mache eben einen Unterschied, ob «Sie, Herr Egloff, mit einem wackelnden Automaten um Geld spielen oder ob Sie eben mit Herrn Hux daran jassen und dabei Kommunikation betreiben», meinte er. Was Peter Felix (SdL, Kantonrat zum Zwischenschritt verzeichnet): «Bin eine rüchtere Jass gins ällen mit zschneure.» Edmund Ziegler

Gesehen und gehört

Im Kantonsrat war am Montag wieder einmal Feuer im Dach. Als Brandstifter in Eidermannsmasche überführten mehrere einschlägig vorkbelastete Volkvertreter die kantonale Gebäudeversicherung, die das neue Feuerwehrgesetz dem Versicherten nach recht eigenwillig auslegt und damit im Herzen so mancher strammen und aufrechten Feuerwehrmannes ein (Zorn-)Feuer entzündet hat. Wie schon oft, wenn im Kantonsparlament heisse Fragen diskutiert wurden, goss auch diesmal der stimmgewaltige SVP-Vertreter Edwin Weidmann Öl ins Feuer. In den schwärzesten Farben schilderte er die Nöte und Sorgen der örtlichen Feuerwehren mit dem selbsterhellenden Schein der Gebäudeversicherung. Seine Brandbreite gab er im Appell an das Parlament, alles zu tun, damit nicht «einige schlechte Eier in der Verwaltung des guten Teils in den politischen Gemeinden verderben». Was es mit den schlechten Eiern und dem guten Teils genau auf sich hat, mag in diesem Zusammenhang ruhig dahingestellt bleiben. In einem muss man dem Landwirt aus Hölzstetten aber vorbehaltlos zustimmen: Die Feuerwehren in den Dörfern verdienen es, auf Händen getragen zu werden. Sie sind nämlich, wenn man Weidmanns Glaschen schenken will, die einzige Einrichtung in diesem mangelnden Staat, die (noch) nicht von den immer schärfer zutage tretenden politischen Gegensätzen zwischen links und rechts ruiniert worden ist. «Wo gibt es das heute noch, dass der Sozialdemokrat und der Freisinnige aus gleichen Karren und erst noch in die gleiche Richtung rutschen?» In der Feuerwehr natürlich, nur in der Feuerwehr.

Gar nicht aus gleichen Karren und erst recht nicht in die gleiche Richtung zogen am Montag die CVP und die übrigen bürgerlichen Parteien, obwohl in beiden Lagern es etwas wie Feuerwehrübungen stattfanden. Beide wollen, dass es in der Universitätsgesetzgebung endlich vorwärtsgreift. Doch wenn die einen (CVP) die

Höl in einer Volksinitiative suchen und die anderen (FDP, SVP, LdU und EVP) mit Hilfe einer Behördensinitiative den Mebel zur Gesetzgebung in dieser Sache unfähig zu sein, tilgen möchten, dann ist eben auch unter engen Freunden der Vortut an Gemeinsamkeit bald einmal erschöpft. Also grosse Gedanken muss man sich über diesen Zwist bei dem Dingen nicht machen. Spätestens wenn es darum geht, gemeinsame Regierungsansprüche durchzusetzen oder so attraktive Posten wie beispielsweise jenen des Gebäudemanns zu vergeben, sind die «Gegner» von heute bestimmt wieder ein Herz und eine Seele. Zu den vielgepreisen christlichen Tugenden gehört schliesslich nicht nur die Nächstenliebe, sondern auch die Gnade des Vergessens und der Verzeihung.

Wie die Feuerwehr lagfragen, aber doch reichlich spät gekommen ist SVP-Kantonsrat Walter Größ aus Volkenwil. Kaum war die Volksabstimmung über das kantonale Bereinigungsgesetz vorbei, kam er in einer kleinen Anfrage an die Regierung bereits auf das Thema zurück. «Aus welchen Gründen», so will er von der Exekutive wissen, «wird im Gesetz betreffend die Abtretung von Privatrechten § 7 Abs. 2 ersatzlos gestrichen?» Auf diese Weise werde die Schätzungskommission «jeder Handhabe zur Frage, was mit den Büchungen im Enteignungsfall zu geschehen habe, beraubt». Größ hat in seinem Vorstoss zweifellos ein bedeutendes Problem angesprochen. Allerdings wäre es wohl sinnvoller und vor allem effizienter gewesen, wenn er sein Anliegen bei der Behandlung der Vorlage im Parlament und nicht erst nach dem Untergang vom 5. April vorgebracht hätte; dann wäre der Regierung möglicherweise noch rechtzeitig eingeleuchtet, wie diese «sehr oft im Streit liegende Frage» zu regeln ist. Aber eben; die verfluchte Sommerzeit bringt das Zeitgefühl ganz durcheinander.

Hans Moser

Gesehen und gehört

Es ist eine alte Tradition, dass der Zürcher Kantonsrat nach am Sechseläuten-Montag eine Morgenstrazung abhält, und man könnte bei oberflächlicher Betrachtungsweise diesen Teilbestand auf den Gedanken verfallen, es handle sich bei dieser Übung gewissermassen um eine bewusste, historisch bedingte Gering-schätzung des hohen Feiertags durch das von den Vertretern der Landschaft dominierte Kantonsparlament. Dem ist aber offenbar nicht so. Vielmehr hat wohl jener jun. Anwalt eben gemässigt alte Ratschase den Nagel beziehungsweise den Nibel auf den Kopf getroffen, als er, auf diesen Umstand hin angesprochen, verlesen liess, die Sitzung finde am Sechseläuten nur statt, um den Volksvertretern vom Land einen plausiblen Vorwand zur Teilnahme an den Festivitäten in der Stadt zu liefern.

Ob Vorwand oder nicht - in der Tat ist die Zahl jener auswärtigen Kantonsräte nicht erklecklich, die auch wegen des Sechseläutens nach Zürich kommen. Das liess sich gestern Montag im Rathaus zum einen ablesen an den silbernen Knäuffeln, die insbesondere auf den bürgerlichen Bänken deutliche Akzente setzten, und andererseits an den gegen Mittag im enträumten Lücken auf ebendiesen Bänken. In festlicher Aufmachung hatte auch Ratspräsident Erich Widemacht aus Hünen am Albin die Szene betreten - und auch er offensichtlich des Sechseläutens wegen. Jedenfalls erklärte Ratspräsident, dass am nächsten Montag die Ehre des Ratspräsidenten zu fallen wird, zur Vermeidung allfälliger Missverständnisse, er sei festlich angezogen, weil er von einem Fest teilnehmen müsse, und nicht etwa, weil er sich um eine Woche verrechnet habe.

Vom Sechseläuten war auch in der Debatte um das neue Strassengesetz die Rede. SVP-Kantonsrat Edwin Willemann aus Nobsfellen stellte nämlich historische Bezüge her zwischen der Abschaffung der absoluten Strassenhoheit für die Stadt Zürich und der früheren Vorherrschaft der Stadt, welche «die Landschaftler zu Säulen gemacht» habe. Was Willemann hier (sic) Zürich zur maliziösen Bemerkung veranlasste, die Landvertreter seien ja ausgerichtet von jenen Mächtigen der Stadt unterdrückt worden, an deren Urtug sie am Sechseläuten nun mitmarschieren.

Auf das Willemannsche Verum reagierte auch der Ratler Sozialdemokrat Eugen Spöhrli. Wenn Willemann der SP vorwerfe, sie trete für eine Privilegierung der Stadt Zürich ein, so sei das «eine Unterstellung». «Nein», donnerte Willemann ins Mikrofon. Was Spöhrli zur unwürdigen Bemerkung veranlasste: «Ach, gehen Sie doch am Sechseläuten.» Pause. Dann rief einer auf dem SP-Bänken trocken: «Als Kamel.» Edmund Ziegler

Gesehen und gehört

So lieb wie an diesem Montag waren die Kastanienblüten schon lange nicht mehr. Und der Liebste von allen war Ratspräsident Ernst Spillmann, der zum letzten Mal die Verhandlungen des Kantonsparlaments leitete. Gleich zu Beginn der Sitzung überreichte er Gesundheitsdirektor Peter Wiederkehr, dem frisch ernannten Vorsitzenden der Regierung, einen prächtigen Blumenstrauß - orange Blumen natürlich, wie es sich gehört, wenn es einen CVP-Mann zu ehren gilt. Doch auch die anderen Frauen und Männer im Ratssaal gingen nicht leer aus. Die «lieben Ratskolleginnen und Ratskollegen, die mich bei der Erfüllung meiner Aufgabe immer unterstützen», die kooperationswillige Regierung, die Mitarbeiter der Staatskanzlei, der Ständeratshelfer, der Hauswart und schließlich sogar die Presse - sie alle durften vom scheidenden Ratspräsidenten (verbleib) Blumen entgegennehmen. Manchem Volkvertreter dürfte es ob all der Liebeswürdigkeiten warm ums abgetriebene Politikerherz geworden sein. Schließlich ist man sich solche Töne im Zürcher Rathaus nicht gewöhnt. Normalerweise herrscht hier ein Klima, in dem Blumen kaum gediehen - höchstens Stübli.

Wer so freigiebig mit Blumen um sich wirft wie Ernst Spillmann, verdient es, ebenfalls in reichem Masse beschenkt zu werden. Und wie das im Kantonsparlament so üblich ist, lies auch diesmal die Retomarktsche nicht auf sich warten. Erich Rüfenacht, der am Montag Würde und Bürde des Ratspräsidenten von Ernst

Spillmann übernahm, attestierte seinem Vorgänger nicht nur Sachkenntnis und souveräne Amtsführung, er hob auch lobend hervor, dass dieser «uns auch noch zu höherem Sitzungsgeld verholfen hat». Wie gut, einem Mann an der Spitze des Parlaments zu wissen, der sein Augenmerk nicht nur auf die grossen politischen Veränderungen richtet, sondern auch zu kleine Reformen wie die Anpassung der Sitzungsgelder zu schätzen weiss.

Das besonders Schöne an der Sache mit den höheren Sitzungsgeldern ist, dass die Reformfreude der Parlamentarier nicht beim eigenen Portemonnaie haltmacht. Die Regierungsräte sollen ebenfalls vom Willen, fortschrittlichen Lösungen zum Durchbruch zu verhelfen, profitieren. In einer der nächsten Sitzungen werden die Volkvertreter darüber entscheiden, ob die 1970 zum letzten Mal angepassten festen Spesenentschädigungen für Mitglieder der Exekutive um 20 Prozent von 4000 auf 4800 Franken erhöht werden sollen. Es ist anzunehmen, dass diese Spesenverbesserung glatt über die Dürse geht, zumal mit den 2000 Franken nicht einmal die Trübsung der letzten zehn Jahre voll ausgeglichen wird. Wer möchte schon das Risiko eingehen, dass sich bei den nächsten Wahlen nicht mehr genügend Kandidaten für die sieben Regierungssitze melden, weil zwar das Salär eines Regierungsrates mit rund 120'000 Franken im Jahr einigermaßen anständig, die Spesenentschädigung aber völlig ungenügend ist? Hans Moser

Gesehen und gehört

Demont Nummer eins: Es stimmt nicht, dass wie an einer Pressekonferenz letzte Woche gesagt und im «Tages-Anzeiger» berichtet die neue Gesetzesammlung den Mitgliedern des Kantonsrats gratis abgegeben wird. Wie Ratspräsident Erich Rüfenacht am Montag offiziell verkündete, kommen die Parlamentarier bloss in den Genuss eines Rabatts. Demont Nummer zwei, weniger offizieller Natur: Es stimmt zwar, dass der neue, stets etwas burschliches anstrichende Regierungspräsident Peter Wiederkehr von Erziehungsdirektor Alfred Gilgen an der Feier vom Freitagabend in Dietikon ein Haarpflegemittel geschenkt bekommen hat. Doch es trifft nicht zu, dass sich Wiederkehr am Montag im Rathaus deshalb nicht blicken liess, weil er das Mittel am Wochenende ausprobiert habe. Er wird sich hören, die Tube auch nur aufzumachen. Denn was für einen gerade nicht haarsträubende Resultate der Erziehungsdirektor mit diesem Mittelchen selbst erzielt hat, ist ja augenfällig.

Dem Kantonsrat gehen zwar nicht die Haare aus, wohl aber die Geschäfte. Präsident Rüfenacht rechnete dem Rat am Montag vor, dass nur zumehr sechs behandlungswürdige Motionen und Postulate vorliegen. Er habe lange gedrögert, für nächsten Montag eine Sitzung anzubereiten, dies man aber doch gehen, obwohl nicht sicher sei, dass der Stoff dann bis 12 Uhr ausreiche. Zwingende Begründung dafür: «Die SP und die SVP führen am nächsten Montagmorgen ihre

Fraktionensitzung durch, so dass die Mitglieder dieser Fraktionen schnell nach Zürich kommen müssen.»

Regierungsrat Gilgen hat sich gestern Montag vor dem Kantonsrat übrigens noch zu einem anderen Macho behauptet. Es ging um das Postulat Focco beziehungsweise um die Förderung der musischen Ausbildung in der Schule. SP-Kantonsrat René Müller zeigte die Bedeutung musischer Impulse am melodramatischen Beispiel eines jungen Mannes auf, der dem Mädchen vorerst mit rasanten Tätowierungen imponieren wollte, dann aber von Pädagogenhand zur Kunst der Photographieren hingeführt wurde und dabei sein inneres Gleichgewicht wiederfand. Der Erziehungsdirektor nun war trotzdem gegen das Postulat, und er begründete dies in einem längeren Statement. Bevor er dazu ausholte, entschuldigte er sich beim Rat aber gleichsam dafür, dass er seine Erklärung dem Thema entsprechend nicht singenderweise vortrage. «Ich singe nicht», meinte Gilgen, «weil Sie mir sonst sagen, ich hätte mir besser ein Motorrad oder einen Photocopier gekauft.»

Edmund Ziegler

Gesehen und gehört

Da dem Kantonsrat (vorübergehend) das Pulver ausgegangen war, verkündete Präsident Erich Rüdmecht Mitte Mai kurzerhand eine für zwei Sitzungstage geltende Waffenruhe. Dem Kantonsrätinnen und Kantonsräten, von denen viele unter Überlastung zu leiden haben, brachten die zwei Montage etwas Luft - und der Staatskasse Geld: 25 000 Franken. Denn die Ratsmitglieder erhielten für zweimal kein Sitzungsgeld. Stolz gab Rüdmecht gestern dem wieder zusammengetretenen Parlament das finanzielle Ergebnis der blauen Montage bekannt - allerdings mit der Einschränkung, dass die 25 000 Franken wohl nur kurzfristig in der Staatskasse liegenbleiben. «Der eingesparte Betrag wird vermutlich früher oder später für die Durchführung von Doppelsitzungen verwendet werden müssen», gab Rüdmecht bekannt und lieferte gleich noch die Begründung: Beim Kantonsrat sind 24 Vorlagen und einige Initiativen hängig - zum Beispiel auch die S-Bahn, das Personalgesetz sowie die Revisionen des Gesundheits- und des Steuergesetzes.

Hängig ist jetzt auch - und das war Rüdmechts zweite Mitteilung - eine staatsrechtliche Beschwerde gegen die Volksabstimmung über die Initiative Demokratie auch bei der Oberlandratswahl (die Stimmberechtigten lehnten dieses Bgehehen am 2. April ab). Beim Bundesgericht liegt nun seit dem 28. April eine zweiseitige Beschwerdeschrift, die von fünf Befürwortern der Initiative eingereicht worden ist. Die Beschwerdeführer sind der Meinung, dass die kantonale Beschränkung, der Stadtpräsident und der Stadtrat von Unter sowie das Komitee Pro-Umfahrung Unter mit Stellungnahmen, Meinungen und einer Pressekonzurrenz die politischen Rechte der Stimmbürger verletzt hätten. «Die einzelnen Beeinträchtigungen waren gering, den Willen der Stimmbürger so zu verführen, dass das Abstimmungsresultat nicht den wahren Absichten der Stimmbürger entsprache, heisst es in der staatsrechtlichen Beschwerde. Bis zum 9. Juni hat nun der Kantonsrat das Recht, vollständige Gegenüberlegungen in sechs Exemplaren dem Bundesgericht einzureichen». Dem Parlament reicht diese Zeit aber nicht; es hat in «Lausanne» um eine Fristverlängerung nachgesucht, was am Sonntag zu erfahren.

Trotz der Sitzungspause ist das Büro des Kantonsrats (die «Geschäftsleitung»

des Parlaments) im Rathaus zusammengekommen und hat unter anderem die Kommission zur Vorberatung der Steuergesetzrevision bestimmt. Und da haben die Präsidenten, Sekretäre und Stimmzähler gleich für eine Oberraschung gesorgt: Erstens, weil die Wahl des Kommissionspräsidenten geheim durchge-

Die Kommission für das Steuergesetz

(TA) Das Büro des Kantonsrats hat die Kommission zur Vorberatung der Steuergesetzrevision wie folgt bestellt: Anton Killias (svp., Zürich), Präsident; Hans Eberle (svp., Gollikon), Max Gerber (svp., Zürich), Robert Hax (fdp., Schlat), Willi Kellenberger (soz., Aai), Erich Kressi (svp., Erlenbach), Martin Lenzlinger (soz., Zürich), Walter Peter (svp., Dietschold), Richard Reich (fdp., Maur), Dieter von Schulhaus (fdp., Zürich), Franz Signer (soz., Zürich), Peter Spahn (fdp., Hettlingen), Ernst Spillmann (soz., Udorf), Vreni Sperry (fdp., Horgen), Karl Weber (svp., Stadel).

führt worden ist, und zweitens, weil nicht der Kandidat der FDP, Richard Reich, sondern jener der CVP, Anton Killias, das Rennen gemacht hat. Im Foyer des Rathauses hat man darüber gestern Montag einiges hören können. Der äusserst knappe Entscheid habe sich «keinenwegs gegen den qualifizierten Richard Reich» gerichtet, wurde mehrmals gesagt. Es sei vielmehr darum gegangen, dem beiden Grossen, der FDP und der SP, einen Anzue machen, dass die Kommissionspräsidenten bei gewichtigen Vorlagen nicht immer den Freisinnigen-Demokraten oder den Sozialdemokraten zuzufallen müssen. Dem Vermitteln nach haben sich an der «Anton Killias» nicht nur die CVP, die EVP und der Landring, sondern auch die SVP beteiligt. Dass nach den Freisinnigen Fritz Honegger (bei der Steuergesetzrevision 1969/70) und Richard Reich (bei der Revision 1973/74) jetzt ein CVP-Vertreter als Kommissionspräsident wirkt, dürfte mindestens aus dieser Sicht von gutem sein. Die CVP hat - im Unterschied zu FDP, SP und SVP - keine Steuerinitiative im Foyer. Und das soll denn auch beim Entscheid des Rathauses eine nicht unbedeutende Rolle gespielt haben.

Wjlfried Meuser

Gesehen und gehört

Eines Kantonsrat kann man an einem glühendheissen Sommermorgen unter hundert anderen Zürchern in der Rathhausgasse daran erkennen, dass er im Tschoppen herumläuft. Er tut das nicht etwa freiwillig, sondern weil diese Oberbekleidung im Ratssaal Vorschritt ist - eine ungeschriebene Vorschrift zwar, die bislang aber stets streng beachtet und der im Notfall vom Präsidentenpult aus auch stets (mehr oder weniger diktiert) Nachachtung verschafft worden ist. So musste vor wenigen Jahren ein Ratensitzung, der ohne Tschoppen erschienen war, einen ganzen Vormittag lang in einem aussergewöhnlichen Regimentsstil sitzen, um der alten Vorschrift Genüge zu tun, und ähnliches ist auch schon dem einen oder anderen Pressevertreter widerfahren - mein Kollege eh. bezeichnenderweise musste sich vor Jahren in einer dem Rathaus benachbarten Bushaltestelle einen Kittel leihen, um seine Arbeit als Ratüberwachungsreporter fortführen zu können.

Das Problem, und um ein solches handelt es sich mitunter tatsächlich, hat also Tradition. Nur ein einziges Mal trautete sich ein Ratpräsident, die strenge Regel zu durchbrechen und Fernsitzleistungen zu verhüten beziehungsweise zu gestatten - nicht im Rathaus allerdings, sondern im Hirsaal der ETH, wo der Kantonsrat vor genau drei Jahren zur Beratung des Gesamtplans lagte und wo die Hitze demart drückend wurde, dass Präsident Werner Wyder die missenden Worte sprach. Als der Rat dann aber wieder ins Rathaus an der Limmat zog, war es «mit dem handdürren Polsterissen wieder vorbei», wie der TA damals schrieb.

Geztern Montag indessen geschah das Unfassliche - gleich zwei männliche Ratsmitglieder zogen demonstrativ ohne Tschoppen in den Ratssaal ein - nicht etwa links Jungtürken, sondern zwei beständige Mäuser der politischen Mitte der Landsering-Kantonsrat und Stadtpolitiker Jean Meyer aus Schönenbuch und der CVP-Vertreter Otto Singer aus dem Kreis 4 + 6/7 und die ersten, die mit dem Gleichberechtigungsartikel die Konsequenzen gezogen haben», sagte Meyer in Anspielung auf den positiven Volksentscheid vom Sonntag und die sommerlich leicht gekleideten weiblichen Mitglieder im Rat der 200. Worauf Singer gleich reaktiverte: «Mein Tschü hat eher mit der Hitze zu tun als mit der Gleichberechtigung - ich finde es vernünftiger, ohne Jackett hier zu sitzen, als ein verschwitztes Hemd unter dem Tschoppen zu tragen.»

Kantonsratspräsident Erich Röllinacht hatte den Sündenfall der beiden Demonstranten wohl registriert, mochte aber ebenfalls wegen der Gleichberechtigungsabstimmung, wie er sagte, nicht intervenieren. Auf Anfrage besetzte sich der Ratpräsident aber, kurzumachen, dass damit keineswegs ein Präzedenzfall geschaffen sei. Denn man müsste im Rathaus schon einmal über die Sache reden, wenn die Oben-oben-Mode männlicherseits im ehrsüchtigen Ratssaal wirklich einzuweisen wolle. Vielleicht wäre es tatsächlich gut, wenn darüber einmal geredet würde ...

Edmund Ziegler

Gesehen und gehört

Sprachbilder sind Glücksache, und manch einer hat gestern Montag bei der S-Bahn-Debatte im Zürcher Kantonsrat sein Glück bemerkt. Niemandem soll hier unterstellt werden, er versuche sich als Vollvertreter nur deshalb möglichst originell auszudrücken, weil die Chance, in der Zeitung erwähnt zu werden, in dem Masse wächst, wie der einschlägige Versuch misslingt. Denn Originalität ist mühsamer - wenn auch selten - selbst bei Politikern Persönlichkeitsbestandteil.

Es begann bereits im Einstimmungsreferat von Kommissionspräsident Kurt Müller (ldp., Meilen), dessen Ausführungen zum nicht bezweifelbaren Bund in der Feststellung kulminierten: «Es ist kaum ratsam, sich den nach Luft in Finanzdingen schwebenden Bund als Rettungsschwimmer auszuwählen.» Sein Fraktionskollege Paul Remond aus Willisellen indessen war nicht einverstanden damit, dass der Bund sich zur Macht und der Kanton Zürich dies auch noch banniert, indem er die Zeche auf die eigene Kappe räumt. Er gab «Bem.» denn auch zu bedenken: «Man kann die goldene Kuh nicht nur milchen, man muss sie auch entsprechend ernähren.» Ein Kanton, der einen solchen Vertrag eingetriggt, sei ein «Schandfleck für die Eidgenossenschaft», pflichtete Edwin Willemann (svp., Hiltettlen) bei - wobei er dem «Goliath-Bund» zu bedenken gab, der «Hörig David» (Zürich) könnte in der Volksabstimmung ja auch nein sagen oder «es erzieht sein, dass er noch mehr auf dem privaten Verkehr umsetzt». Was wiederum Paul Brawand (soz., Winterthur) zur rhetorischen Frage an Willemann veranlasste: «David fand seine Steine einfach in der Wüste - heute er heute aber einfach auf dem Privatverkehr umsetzt, wenn uns in absehbarer Zeit der Most ausgeht?»

Der Umstand, dass sich die Vorlage auf das begrenzte Dauerläufige beschränkt und auf flankierende stellungspolitische Massnahmen verzichtet, hatte ihr bereits im Vorfeld der Debatte dem Vorschlag entgegen, sie sei ein unfertiger Torso. Diese Kritik konstatierte Kommissionspräsident

Kurt Müller mit der Feststellung: «Wenn man ein Einfamilienhaus baut, kann man auch nicht hingehen und sagen, es sei ein unfertiges Mehrfamilienhaus.» Werner Sieg (soz., Zürich) dagegen bedauerte, dass der Kantonsrat nicht auch B sagt und die stellungspolitischen Belange gleichsam dem Gutachten des Regierungsrats anheimstellen will. Denn, so meinte Sieg: «Mein Vertrauen in den Regierungsrat ist noch kleiner als jenes, das ich auch in dem Kantonsrat nicht habe.» Hans Wild (svp., Zürich) wiederum warnte vor einem «Überleben des Kartons» und meinte lapidar: «Eine Brout, die zu viel fordert, wird auch nicht geheiratet.»

Werner Ryser (soz., Winterthur) machte nicht den Eindruck aufgenommen lassen, er sei (als Befürworter der Vorlage) gleichsam «his master's voice», und er bat die Presse, «wenigstens diesmal nicht zu schreiben. Walter Ryser, Lokomotivführer SBB». Denn «ich bin nicht von der SBB, sondern vom Volk in diesem Saal gestellt worden.» Otto Baumann (svp., Zürich) dagegen, dessen Sinn für Werbung zwischen den Zeilen offenbar besser entwickelt ist als jenes seines Winterthurer Ratskollegen, erteilte den Journalisten in seinem S-Bahn-Votum ausdrücklich Plein pouvoir: «Ich habe absolut nichts dagegen, wenn ihr schreibt: Otto Baumann, Genäht, Ortikon.»

Willy Volhart (soz., Zürich), seines Zeichens ebenfalls Lokomotivführer und Befürworter der S-Bahn-Vorlage, griff in die Debatte nicht ein, weil «schonhin genug geschmort wird». Er überreichte dem stauenden Volkswirtschaftsdirigenten Hans Künzi dafür am Schluss der Debatte ein SBB-Feuersetz mit der Aufschrift «Mein Wagen - die Bahn», verbunden mit der Bitte, das Feuer um Bremsen zu halten, «damit bis zur Volksabstimmung genug Druck und Dampf vorhanden ist.» Was einem Beobachter des Geschehens zur behaltenden Bemerkung veranlasste, bei gewissen andern Regierungsräten müsste wohl ein Bunsenbrenner her, um den Druck im Kessel zu erhalten.

Edmund Ziegler

Gesehen und gehört

Zwischen kommt auch in die überaus stabile FDP Bewegung. Am Montag verkündete Ratspräsident Erich Bujmache, dass Richard Reich, einer der starken Männer in der Partei der «klugen Köpfe», aus dem Büro des Kantonsrates zurückgetreten sei. An sich wäre dieses Ereignis um Rande des parlamentarischen Geschehens kaum vermerkbarmwert, stünde hinter Reichs Schritt nicht einiges mehr als das Bedürfnis eines Parlamentarierers, sich zu entlasten. Mit seinem Rückzug macht der Direktor der Wirtschaftsförderung seinem Parteikollegen Rino Jagwetti Platz, der zwar erst vor kurzem aus dem Büro ausgeschieden ist, nur aber dorthin zurückkehren will, weil er inzwischen zum FDP-Fraktionschef aufgestiegen ist und weil die Vorsitzenden der Fraktionen – nach ungeschriebenen Gesetz – dem Büro angehören. Die einfachste Lösung wäre wohl gewesen, wenn Jagwetti nicht nur in der Fraktion, sondern auch im Büro die Nachfolge seines Parteifreundes Bruno Schürch angetreten hätte. Das ging aber nicht, weil Schürch als Erster Vizepräsident des Parlaments von Amtes wegen zum Büro gehört. So blieb schliesslich nichts anderes übrig als ein kleiner Sesseltanz, wie er in der Politik gang und gäbe ist. Ein Sesseltanz, dem Richard Reich am so leichteren Herzens zugestimmt haben dürfte, als offenbar eine neue, kniffligere Aufgabe auf ihn wartet. Reich, so war am Montag im Foyer des Rathauses nur nicht nur gut informierten, sondern auch gleichwürdigen Kreisen zu erfahren, soll neuer Präsident der FDP des Kantons Zürich werden und in diesem Amt Hans Georg Lürchinger ablösen.

Zu viele Türen machte das Parlament am Montag in den Augen von LeU-Kan-

tonrat Karl Gugerli, als es noch einmal des langen und heissen über die S-Bahn beziehungsweise die flankierenden Massnahmen zur S-Bahn diskutierte. «Honey Siecht», schimpfte er, als er kurz nach 11 Uhr aus einer informellen Pause zurückkehrte und feststellte, dass das Thema immer noch das alte war. Vielleicht hätte man Gugerli die Debatte schmackhafter machen können, wenn man irgendwas eine Querverbindung zum Flughafen oder zum Lehrlingstarnen hergestellt hätte. Über diese Themen lässt der ehemalige Sekundarlehrer und Orientierungsläufer aus Bärsch stundenlang mit sich reden.

Weder ein besonders aktuelles noch ein sehr brisantes Thema war offenbar zumindest für einen Teil der Kantonsratskommission, die die Vorlage vorbereiten musste, die Verlegung des Schuljahres vom Frühjahr auf den Spätsommer. Wie könnte es sonst, dass in der dritten Sitzung, als man abstimmen wollte, nur zehn der fünfzehn Kommissionsmitglieder anwesend waren? Einzelne Kommissionsmitglieder fanden, in dieser Situation sei es geschickter, eine zusätzliche Sitzung anzuberaumen, damit ein etwas grösseres Gremium den doch nicht ganz unbedeutenden Entscheid fällen könne. Und siehe da: zur vierten Sitzung erschienen ... zehn Volkvertreter, die sich übrigens mehrheitlich für den Spätsommerbeginn aussprachen.

Auch für Politiker allweil ein Thema ist das Wetter. Meiste ein Kantonsrat auf dem Weg zum Parlamentsgebäude nach einem sorgvollen Blick zu den dunklen Regenschichten am Himmel: «Ich mache jetzt denn bei der Regierung einen Vorstoss für besseres Wetter.» Darauf sein Kollege spöttisch: «Du wirst dir der Regierung nichts anderes antworten können, als dass auch dieses Problem nicht auf kantonaler Ebene gelöst werden könnte.»

Hans Moser

Gesehen und gehört

Nun sitzen sie wieder - die Kantonsrätinnen und Kantonsräte, die Regierungsräte und Deputierten, die sich Montag für Montag mit mehr oder weniger Begeisterung im Zürcher Rathaus treffen. Und sie sitzen zum Teil besser als vor fünf Wochen, denn während der Sommerferien sind zahlreiche abgenutzte Sitze mit braunem Leder aufgemöbelt worden, und dazu haben auch die barschhähnlichen Sessel der Journalisten gehört.

Auf den frischen Sitzen spielte sich nach den Ferien zugleich Ungerwolltes ab: Überraschend hart wurde dem Regierungsrat getroffen, der dem Schulbeginn vom Frühling auf den Spätsommer verlegen wollte. Völlig in Fahrt kam wieder einmal SVP-Kantonsrat und Landwirt Edwin Weissenmann aus Moiratschen. Der Donner vom Schauenberg warnte davor, «an dem Jahreszeiten zu rütteln und zu schieben»: Es sei absolut richtig, wenn die Schule im Frühling beginne - «also dann, wenn nach einem eisigen Winter die Natur wieder blüht». Die Verlegung brächte auch ein Durcheinander bei den Lehrmitteln, befürchtete Weissenmann. Da wären im Lesunterricht die Schneebälle plötzlich im Spätsommer und beim Rechnen die Kirschen im Dezember an der Reihe. Erziehungsdirektor Alfred Güggis brachte dann die Debatte aus der Welt der Emotionen wieder aufs politische Parkett zurück und entgegnete seinen Kritikern: «Ich habe nie behauptet, der Schulbeginn im Spätsommer wäre die Glanzlösung der pädagogischen Schulreform.»

Unter den Volkvertretern, die an diesem Montagmorgen ja oder nein zu stimmen hatten, gab es übrigens auch solche, die sich nur schwer oder überhaupt nicht entscheidend konnten. So meinte ein Parlamentarier hinter verschlossener Hand:

«Meine Frau ist auf jeden Fall gegen den Herbstschulbeginn, mein älterer Sohn lehnt den Schulbeginn im Spätsommer ab, und unser Kleinsten ist überhaupt gegen jeden Schulbeginn. Was soll ich nun tun?»

Einer der 180 wusste gestern Montag sehr genau, was er tun wird - aber nicht beim Schulbeginn, sondern bei einem andern Politikum: Es ist der Wetzler CVP-Kantonsrat und Arzt Roman Fischer. Nachdem letzte Woche bekanntgeworden ist, dass das kantonale Tiefbauamt beim Pilgersteig - trotz klarem Nein der Stimmberechtigten in der Volksabstimmung - doch noch an eine Rampe als Bahnüberführung denkt, will Kantonsrat Fischer jetzt einen parlamentarischen Vorstoss einreichen. Der «Vater» des Pilgersteig-Referendums findet das Verhalten des Kantons «inadäquat»: «Da sagen die Stimmberechtigten zum Rampenprojekt klar und deutlich nein, und jetzt soll trotzdem eine Rampe gebaut werden. So macht man die Leute im Oberland noch mehr verärgert - und den Fischer auch. Das frust die Fischer aber nicht!»

Zu berichten ist schliesslich noch von einer Neuerung: Seit kurzem stehen auf dem Eckhaus Limmattal/Marktgasse zehn Scheinwerfer. Sie sorgen dafür, dass inskünftig auch die strassenseitige Fassade des Rathauses allabendlich im Lichte erstrahlt. Sollte sich eines Montags zeigen, dass der Kantonsrat des eidgenössischen Ständes Zürich der Erleuchtung bedarf, so würde für diesen Fall allerdings kein Scheinwerfer zur Verfügung stehen, denn die Scheinwerfer sind - wie am Montag aus gewöhnlich gutunterrichteter Quelle verlautete - mit der Strassenbeleuchtung gekoppelt. Das heisst: Die Lampen brennen nur dann, wenn es wirklich dunkel wird.

Wolfgang Meier

Gesehen und gehört

Wenn's uns liebe Geld grüß, kennen die Kantonräte keinen Spaß. Selten tragen die Parlamentarier ihre Voten mit soviel Ernst und - wenn's sich machen läßt - gut mit Sorgenblättern auf der Stirn vor wie in Rechnungs- und Budgetdebatten. So geschah es auch gestern Montag, als es die alles in allem doch recht erfreuliche Staatsrechnung 1989 zu verabschieden galt. Wenn man die so hörte und sah, wie sich einzelne Volkvertreter mit Leihenbittermerse über die finanzielle Situation des Staates Zürich auslassen, hätte man den Eindruck gewinnen können, die Kantonräte müssten die Löcher in der Staatskasse aus der eigenen Tasche stopfen. Ganz so böse, wie die (Zweck-)Optimisten es voraussagen, wird es sicher nicht werden. Und soweit sind wir ja noch nicht einmal im fortschrittlichen Kanton Zürich, dass die Parlamentarier die Suppe, die sie sich - oder, genauer gesagt, der Staatskasse - einbrocken, in jedem Fall auch selber auslöffeln müssen.

Als oberster Rechnungsführer in diesem Staate, daran besteht kein Zweifel, trägt Finanzdirektor Jakob Stucki eine schwere Bürde. Und darum ist es nicht mehr als billig, dass ihm auch ein gehöriges Maa an Würde zuteil wird. Der für die Regierungsräte zuständige Autor des «Staatskalenders 1981» war offenbar der Meinung, das lasse sich am wirkungsvollsten durch angemessene Titel erzielen. Und so machte er aus dem ehemaligen Land- und Gastwirt Jags einen Prof. Dr. sc. math. In Sachen Karriere ist man sich bei Jakob Stucki einig: gewöhnt. Aber braucht es gleich einen Professor Doktor, um die Leistungen des tüchtigen Senzachers ins rechte Licht zu rücken? Wahrscheinlich wäre der Finanzdirektor auch

mit einem gewöhnlichen Dr. h. c. zufrieden.

Nicht ungegangen ist am Montag die Rechnung von Ernst Gadola. Der SVP-Kantonrat aus Männedorf war nicht - wie beabsichtigt - in die Ferien gefahren, weil seine Interpellation zu den Sicherheitsmassnahmen in der Strafanstalt Regensdorf auf der Traktandenliste stand. Die Antwort der Regierung auf den Vorstoss wurde zwar verlesen, die Diskussion musste aber verschoben werden, weil Justizdirektor Arthur Bachmann, der für diesen Themenbereich in erster Linie zuständig ist, in den Ferien erkrankt war und vorläufig erbeitsunfähig ist. Ganz ungemut dürfte Bauunternehmer Gadola aber doch nicht einen Ferientag gemopft haben. Da er nun die Antwort der Regierung kennt, verfügt er über die notwendigen Informationen, um sich auf die Debatte gründlichst vorzubereiten. Und falls er dies in den Ferien macht, ist auch das Risiko nicht gross, dass sich bei ihm schon nach einigen Tagen die bei Politikern nicht selten zu beobachtenden Entzugserscheinungen einstellen.

Von einer bedenkenden Neuerung wusste Kantonratspräsident Erich Rühli nicht zu berichten. Seit kurzem schreibt Ratsschreiber und FDP-Vertreter Erhard Schöbel die Aussagen der Parlamentarier nicht mehr selbst fürs Protokoll vom Tintband ab. Diese wichtige, aber nicht sonderlich attraktive Arbeit wird nun von einer Mitarbeiterin der Staatskanzlei besorgt. Wäre nicht ein bemerkenswertes Stück Parlamentarismus. Und da wird immer wieder behauptet, im Kanton Zürich - insbesondere in seinen politischen Institutionen - bewege sich nichts.

Hans Moor

Gesehen und gehört

Dass sich Parlamentarier aller Stufen nebeneinander auch auf dem sportlichen Rasen versuchen und Fussballspielendeweise etwas für ihre Komik und die (politische) Klimaverbesserung tun, ist nicht mehr neu. Wenn an dieser Stelle also in aller Unverfrorenheit Reklame gemacht wird für den Match von heute Dienstagabend zwischen dem FC Kantonrat und den Senioren des FC Altstetten (19 Uhr, Sportplatz Bucheren), so nicht, weil es sich dabei um etwas besonders Exotisches handelt, sondern weil es das einzig Erfreuliche ist, das am Montag im Rathaus zu hören war. Wenn kritisch-wahndrollende Beobachter des FC Kantonrat auch bemerken, das übliche Bemühen um Umgang mit dem runden Leder ist erheblich grösser als das, was daraus resultiert, sei der Match doch ungelegentlich empfohlen. Die Parlamentarier-EU spielt vermutlich in folgender Aufstellung: Tor Ernst Wohlwend (soz., Winterthur); Verteidiger Otto Singer (svp, Zürich), Peter Felix (lib., Kloten), Albert Caveng (ödp, Zürich) plus eine verständliche Krefl von auswärts; Mittelfeld Eugen Biedermann (ödp, Zollikon), Zino Fuesi (svp, Zürich) und Rolf Krüner (soz., Zürich); Sturm Peter Spälti (ödp, Hettlingen), Werner Boushard (soz., Zürich) und Kurt Seyffert (lib., Schönen).

Das eiserne Rathausportal, durch Farbüberwürfe verblüht und durch Fremdeleganz angegriffen, wird gegenwärtig restauriert. Der strassenseitige Teil des Portals wurde demontiert; er wird in der Zürcher Schlosserei Gucher kunstgerecht wiederhergestellt, anschliessend vom Besitzer (ohne Anführungsstriche) behandelt und dürfte in etwa zwei Monaten in seiner alten Frische wieder den Renaissancebau an der Limmat zieren. «Zu früh», bemerkte ein Kantonrat, der offenbar mit seinem Ratskollegen Theodor Rüegg (siehe unten) der Meinung ist, perfekte Sacherschuldigungen sei in Zürich noch nicht aller Tage Abend.

Eigentlich kam es im Rathaus erst gegen Mittag – bei der Debatte über die Krawallschäden – zu erneuten Gehässigkeiten zwischen links und rechts. Bereits in der Wohnbauförderungs-Diskussion war über der Olive vorgeheizt worden, obwohl die Meinungen hier in der Sache gar nicht so weit auseinander lagen. Als Baukader-Präsident Karl Gmünder (soz., Zürich) nämlich seine Analyse der Fehlentwicklung auf dem Wohnungsmarkt innerhalb seiner zehnwöchentlichen Reduzzeit nicht zu Ende bringen konnte und um eine zweiwöchige Verlängerung nachsuchte, sprang prompt der neu zum Gewerkschafterscheider gewählte bisherige Hausregimentssekretär Albert Petermann (ödp, Zürich) vom Sitz und opponierte. Auf eine Abstimmung (die er mit Sicherheit gewonnen hätte) verzichtete nun Gmünder aber mit der Sarkastischen Bemerkung: «Zieh meinen Antrag zurück – die Wohnungsnot ist wirklich kein Problem. Hör Petermann.»

Der Schlagtausch bei der Diskussion um die Krawallschäden in Zürich eröffnete Schandarlehrer Peter Laufer (ödp, Zürich), der, ohne Namen zu nennen, einen Teil der Verantwortung für die Vorkommnisse jenseitig in die Schuhe schob, die – dem Staat in dieser schweren Situation noch in dem Rücken schossen». Worauf der städtische SP-Präsident Leonhard Fünfchilling bemerkte: «Ihr Votum, Herr Laufer, kommt mir vor wie eine mittelmässig gute Sonntagsrede – also etwas verlogen». Wenn irgendwas etwas verlogen sei, dann bei der SP, rief nun Theodor Rüegg (ödp, Kloten) Fünfchilling zu, der sich mit der Mütze unter dem Arm eben anschickte, den Saal zu verlassen, nach kurzem Zögern aber bei der Türe stehen blieb, um Rüegg zuzurufen. Dieser fuhr fort: «Sie wissen ganz genau, dass die Krawalle noch nicht beendet sind und dass ein neuer Anlauf geplant ist – von Zürich aus.» Auch als sich Rüegg in der Folge mit Pfarrer Ulrich Hedinger (soz., Zürich) anlegte, der nach seinem eigenen

Worten «vielleicht etwas pflönderhafter» meinte, man sollte den einschlägigen Delinquenten statt Gefängnisstrafen «Spielraum für arbeitsmäßige Wiedergutmachung» verschaffen, hörte Fünfshilling von der Türe aus zu. Das bewährte Köpfig, der seine Ausführungen unterbrach und pinnerhält meinte: «Von mir aus können Sie nun gehen, Herr Fünfshilling.» Dieser indes vorwärts mit gerichtetem Kopf an Ort und behom an Köpfigs Ratschlag an Pfarrer Madinger mit: «Vielleicht hören Sie mal eine juristische Vorlesung, dann sind Sie auch da besser im Bild.»

Nun befasste sich Mittelschullehrer Werner Sieg (soz., Zürich) mit dem Votum des Pölnner Industriellen, der – an Sieg – behommt sei dafür, «dass er ein etwas holzschnittartiges Weibbild wie eigen zient». Wenn dieser behauptete, Berlin sei der Ausgangspunkt für neue Krawalle in Zürich, so müsse er ihm sagen, dass man in Berlin Angst habe vor anreisenden Krawallanten aus Zürich. In Zürich seien die Versicherungen, Banken und Warenhäuser teilweise mitverantwortlich für die angerichteten Schäden, meinte Sieg – dem Schreinermeister Adolf Gacher per Zwischenruf zu bedanken gab: «... jene Banken und Versicherungen, die Steuern dafür zahlen, dass ihre Sozialleistungen bezahlt werden können.» Sichtlich geärgert trat daraufhin der bereits erwähnte Albert Petermann auf den Plan. Zu jenen, hinter denen sich die Krawallanten stets verstecken könnten, zählte «auch Herr Fünfshilling, und Sie, Herr Sieg, und Sie, Herr Lenzinger, und auch Herr Gindler». «Und natürlich auch Sie, Herr Baetz», wandte er sich an den einzigen FOCH-Vertreter im Rat, der eben ahnungslos den Saal betreten hatte und sich bei seinem Nachbar erkundigen musste, wovon denn hier die Rede sei. Worauf Werner Sieg Petermann den Rat gab: «Sie sollten bei Ihren Voten mehr denken und weniger emotional rülpfen.»

Keiner der Wortführer in dieser Debatte gehört dem FC Kantonsrat an. Man merkte es. Wie sagte doch FCX-Couch Peter Felix gegenüber dem TA: «Es fällt auf, dass jene, die bei uns tuchatten, sich im Rat auch bei unterschiedlicher politischer Auffassung nie persönlich entschuldigen.»

Edmund Ziegler

Gesehen und gehört

Zwei Geschenke durfte Volkswirtschafts-
direktor Hans Küssi am Montag im Rat-
haus aus den Händen des Rajzer Kan-
tonrats Eugen Spüler entgegenneh-
men. Er bekam – während der Debatte
über die Entlassungen in der Spinnerei
und Weberei Glattbräu – ein Buch und
ein Leinentüchlein. Im Roman «Die Stä-
cher» von Elisabeth Genter hatte vor allem
folgender Passus den Unterländer Parla-
mentarier nachdrücklich gestimmt (es
spricht der Stächer Hans): «Ich wülte ein-
facher Stächer sein. Die Verhältnisse der
grossen Krise haben aus mir einen Wirt-
schaftler gemacht. Nun scheint es, dass
auch ein Politiker aus mir werden muss.»
Noch manches andere in Elisabeth Gen-
ters Roman liess sich leider auf die heuti-
ge Zeit übertragen, meinte Spüler. Und
zum Leinentüchlein, das Glattfelder
Textilarbeiterinnen während der Kündi-
gungzeit für eine Solidaritätsaktion her-
gestellt hatten, sagte er: «Es soll den
Herrn Regierungsrat stets an den Fall
Glattbräu erinnern.» (FDP/Volkswirt-
schaftsdirektor Küssi bedankte sich beim
Sozialdemokraten Spüler herzlich und
versprach, das Buch zu lesen und das
Tüchlein seiner Frau heutzubringen. –
Politiker schenken sich nichts. Wenig-
stens während einer Minute hat dieser
«Grundbesitz» gestern Montag nicht ge-
füllt.

Die Anti-Sommerzeit-Initiative
der SVP des Kantons Zürich nimmt kon-
krete Formen an. Wie am Montag im Rat-
hauszoo von SVP-Sekretär Fredy Kra-
dölfer zu hören war, wird eine Parteikom-

mission demnächst – nach Kradölfer «bis
Ende September» – den Text für eine ein-
gängerische Verfassungsentwässerung ausar-
beiten, und dann wird der endgültige Ent-
scheid fallen. Nach ihrem ersten Trum-
metzbel in aller Öffentlichkeit bekam
die SVP viel und fast nur positives Echo
zu hören. Mehr noch: «Auch wichtige fi-
nanzielle Zusagen für die Lancierung der
Initiative liegen bereits vor», jubelte
Kradölfer.

Die Kantonsrätinnen und Kantonsräte
sind es gewohnt, von Interessengruppen
nette Briefe nach Hause geschickt zu be-
kommen. Da gibt es ob und zu besonders
breit angelegte Aktionen – keine Kritik-
briefe natürlich, sondern 100 Briefe, für
jeden Vollvertreter einen. Gerade in den
letzten Tagen war wieder einmal Brief-
Wetter: Am letzten Freitagabend erhiel-
ten alle Parlamentarier einen Brief der
Ärztegesellschaft des Kantons Zürich zur
Teilrevision des Gesundheitsgesetzes, die
gestern Montagnachmittag durch den
Kantonrat in Angriff genommen wurde.
Das Schreiben, das sich mit der Abgabe
von Medikamenten durch Ärzte (Selbst-
dispensation) befasste, kam nicht auf ge-
wöhnlichem Weg an die Malvenstrasse 5
in 8037 Zürich, an die Rosenbergstrasse
23 in 8204 Wallisellen, an die Bergblu-
menstrasse 5 in 8404 Winterthur und an
die Blümliplatzstrasse 26 in 8006 Zürich;
alle Briefe trafen – damit sie wohl auch
auflören – per express ein. Für den einzeli-
gen Kantonsrat konnte das zum Beispiel
hassien. Am Freitagabend telefonierte
der Bahnhofsvorstand und gab der Tochter

eines Unterländer Kantonsrats bekannt,
dass ein Expressbrief eingetroffen sei. Der
Vater ist nicht zu Hause. Das Mädchen
eilt zum Bahnhof, holt den (Blindarbeits-
Brief und sucht nachher seinen Vater.
weil es der Meinung ist, etwas Wichtiges
für ihn zu haben. Es findet ihn bei einem
anderen Kantonsrat, der das Express-
schreiben gerade auch erhalten hat....
«Solche Briefe machen mich nur lästig,
die sind doch kontraproduktiv», meinte
der Parlamentarier am Montag. Apro-
pos Porto: Das kostete die Ärztegesell-
schaft 100 mal 1.40 Fr., macht 142
Franken.

Wer geglaubt hatte, der Brief der Ärzte
sei – nach all den anderen Schreiben und
Telefongesprächen rund um die Revision
des Gesundheitsgesetzes – so etwas wie
das Schlussakt, wurde am Montag-
nachmittag eines bessern belehrt. Die De-
batte über das Gesundheitsgesetz war
bereits im Gang, als Kantonsratspräsi-
dent Erich Rißwacht den Eingang eines
weiteren Schreibens bekanntgab: Der
Apothekerverein des Kantons Zürich
wettete gegen den Expressbrief der
Ärzte.

Übrigens: Wer den Kantonsräten zur
Selbstdispensation der Ärzte oder zur
Anerkennung der nichtärztlichen Psycho-
therapeuten auch noch schreiben möch-
te, kommt nicht zu spät: Kern einziger
materieller Entscheid ist gestern gefallen.
Weiter geht's am nächsten Montag.

Willyard Mauer

Gesehen und gehört

Zeitraubendster Streitpunkt bei der Beratung des neuen Gesundheitsgesetzes: die Frage, ob die seit Jahren gleichsam beschlagene Sanitätskommission als Beratungsvorgan des Gesundheitsdirektors reaktiviert werden soll oder nicht. Wie ein Berserker klang der Wetzlarer Arzt und CVP-Kanzler Roman Fischer für diese Kommission, die sein Parteifreund (Betonung nur auf Partei) Gesundheitsdirektor Peter Wiederkehr gemäss Gesetzesvorlage abschaffen wollte. Fischer, mit dem Mund über der Nase, einer Fliege unter dem Kinn und der Ärztschaft im Rücken, rief eben beschwörend in dem Saal, mit der Wiederkehrung der Sanitätskommission könnte «eine neue Runde im Kampf gegen die Kostenexplosion im Gesundheitswesen eingeleitet» werden – als prompt die Glocke des Ratpräsidenten ertönte. Doch da wurde keine Sparsünde ein-, sondern einer abgildet – Roman Fischer hatte soeben seine Redezeit überschritten.

Regierungsrat Wiederkehr, seiner Sache sicher, liess sich diesmal von seinem Parteifreund Roman Fischer (Betonung auch hier auf Partei) nicht dazu provozieren, Nadelstiche mit (verbalen) Ohrfeigen beizuzahlen. Ganz kurz nannte er in seinem Schlusswort die Gründe für die Abschaffung der Sanitätskommission und meinte: «Jede weitere Bemerkung wäre eine bei den Medizinem ja verpönte künstliche Lebensverlängerung für die Sanitätskommission, wenn nicht sogar Leichenwächdung.» Diese Äusserung liess man Fischers Mitstreiter Kurt Seyjung (d.h. Schlüwek) fündlich vom Sitz ausschleppen. Dem Gesundheitsdirektor liess im Blick, rief er diesem zu: «Mit Ihrer Art zu kosten machen Sie Ihrem Spitznamen in unserem Kreise alle Ehre – Wiederborst.»

Und Seyjung führte gleich auch noch einen zweiten neuen Termin ein. Damit die Sanitätskommission etwas lausig dürfe man sie eben nicht nach dem Blue-Jeans-Effekt bestellen, das «nicht an jede Stelle eine Nüle setzen».

Wiederkehr hatte sich nicht getäuscht – der Rat beschloss, das seit zehn Jahren nicht mehr durchgeführte «Oberleit», wie der Zürcher FDP-Vertreter Walter Diggelmann die Sanitätskommission genannt hatte, abzuschaffen, und zwar mit 87 zu 29 Stimmen. Roman Fischer tröstete sich mit dem vermeintlichen Zwischenruf in seiner Sonntagaller Mundart: «Sich all das» – und mit der Bemerkung: «Ich habe im Leben immer wieder erfahren, dass das Recht oft auf der Seite der Minderheit ist.»

Einiges zu reden gab dann auch die Frage, ob es dem Arzt freigestellt bleiben soll, selber Medikamente abzugeben, oder ob der Gesetzgeber zugunsten der Apotheker Schranken errichten soll. Hier setzte es ebenfalls neue medizinische, philosophische und politische Erkenntnisse ab. Gesundheitsdirektor Wiederkehr etwa erwartete an die unterschiedlichen Regelungen in den andern Kantonen und sagte: «Da einem Kanton geben die Selbstdispensation völlig frei, andere haben hier Verbote erlassen und wiederum andere haben eine gewisse Regelung: dem Patienten überlassen alle drei Formen» – wenn es der Patient nicht ohnehin vorziehe, die Medikamente wegzuschmeissen. Thomas Geiger (csp., Herrliberg) sprach von der Schwierigkeit, in dieser Sache den Stein der Weisen zu finden, und meinte: «Es gibt eben zu viele Stühle und zu wenige Weisse.» Edwin Weilmann (sp., Nöstetten) schliesslich hielt die Diskussion um das neue Gesundheitsgesetz «für so bemüht, dass einer, der nicht gesund ist, davon noch krank wird».

Edmund Ziegler

Gesehen und gehört

Für gut eine Stunde war am Montag die Welt im Zürcher Rathaus nicht mehr in Ordnung. Da sass doch auf dem Sessel des Regierungspräsidenten ein Mann, der nicht Peter Wiederkehr hiess. Dort Platz genommen hatte – und das war durch Ratungspräsident Erich Rüfenacht so angeordnet worden – Adolf Wirth, seit 1. September 1979 Ombudsmann des Kantons Zürich. Er, der einzige Angestellte des Kantonsrats, wollte bei der Debatte über den Ombudsmann-Bericht 1980 und die von ihm gewünschte Schaffung einer Sachbearbeiterstelle Red und Antwort stellen. Ombudsmann Wirth und Regierungspräsident Wiederkehr haben übrigens mindestens etwas gemeinsam: Sie gehören der gleichen Partei, nämlich der CVP, an. Und sie haben an der CVP-Delegiertenversammlung vom 8. Dezember 1974 das gleiche werden wollen, nämlich Regierungsrat des Kantons Zürich. Wiederkehr behielt damals 172, Wirth 168 Stimmen. Knapp sieben Jahre nach diesem äusserst knapp ausgegangenen parteiinternen Rennen sitzt Adolf Wirth trotzdem auf dem hohen Sessel seines einstigen Konkurrenten. Aber eben: für nur gut eine Stunde.

Datenschutz. Persönlichkeitschutz. Dossiers – das sind im Zürcher Kantonsrat allemal Reizworte. In der Debatte über die Verstärkung der Ombudsmannkommission schickte FDP-Vertreter Walter Diggelmann in der ihm eigenen engagierten Art das bisherige Wirken von Adolf Wirth. Er sei kein Ombudsmann gewesen und habe «beim Blick in einige Dossiers einen guten Eindruck erhalten. «Blick in einige Dossiers» – das rief SP-Kantonsrat Werner Sieg auf den Plan. Ob es denn dort keinen Datenschutz gebe, wollte er wissen. Adolf Wirth beruhigte ihn: «Der Daten- und Persönlichkeitschutz sind gewährleistet.» Er orientierte ein Mitglied des Kantonsrats, wenn es dies wünsche, über seine Arbeit, gebe die Namen der Beschwerdeführer aber selbstverständlich nicht bekannt. Walter Diggelmann präziserte, dass er bei seinem Besuch vom Ombudsmann selber über die Fälle orientiert worden sei und dass er kein Dossier gelesen habe. Dem Sozialdemokraten Willy Volkart genigten die Präzi-

sierungen nicht: Das Vertrauen des Bürgers in den Ombudsmann sei durch diesen Vorfall erschüttert worden, rief er in dem Ratssaal. FDP-Kantonsrat Rico Jagmetti war es ein Anliegen, in diesem Moment «die Diskussion auf das richtige Gleis zurückzubringen». Er habe keineswegs den Eindruck bekommen, dass beim Ombudsmann die Diskretion nicht gewahrt sei. In der Tat: Seit der Ombudsmann im Amt ist, hat man nie von mangelndem Vertrauen in diese Institution hören müssen. Wenn's aber heute um das Vertrauen geht, so kommt es im Kantonsrat halt zugleich zum Links-rechts-Hickhack. Dazu soll in einem (nicht zürcherischen) Parlament einmal erklärt worden sein: «Wir können diese Vertrauenskrise nur überwinden, wenn wir ihr das Heil aus der Hand schlagen...»

Das Gegenteil von Vertrauen spielte am Montag auch bei der Debatte über die Schulbegleit-Initiative der Schulpflege Stadtkonze eine Rolle. Nach dem Nein des Kantonsrats hatte man auf SVP- und SP-Seite vermutet, dass die Behördensubstanz bestellt worden sei. Dazu meinte LD-Kantonsrat Arthur Wegmann: Es sei «ein starkes Stück», wenn man Schulpräsident Mario Vassalli gleichsam als «Knecht der Erziehungsdirektion» bezeichne und ihm unterstelle, die Stadtkonze Initiative sei auf Bestellung erfolgt. Vassalli ein Vassall? Vom JA darauf angesprochen, meinte der am Montag auf der Ratssaaltribüne sitzende Schulpräsident: «Nach dem Nein des Kantonsrats fühle ich mich als Präsident der Vereinigung zürcherischer Schulpräsidenten verpflichtet, etwas zu unternehmen. Weil die Vereinigung, die den Spätsommer-Schulbegleit mit 87 gegen 17 Stimmen befürwortet hat, aber eine privatrechtliche Institution und keine Behörde ist, musste ich den Weg über die Schulpflege wählen. Mit Erziehungsdirektor Gilgen hatte ich überhaupt keinen Kontakt.» Früher, in den achtziger Jahren, war das allerdings ganz anders: Da war Vassalli tatsächlich ein Vassall, denn der Jurist arbeitete zu Zeiten von Regierungsrat Walter König auf der Erziehungsdirektion – «als ein Vassall des Königs und nicht des Gilgen», betonte Vassalli. Wilfried Maurer

Gesehen und gehört

Wie doch selbst beständige Politiker manchmal schnell ihre Meinung ändern. Noch ist es kein halbes Jahr her, da liess FDP-Kantonrat Albert Petermann am Unterhaltungsgesetzesrat, über das wir am nächsten Wochenende abstimmen, keinen guten Faden. Die vorgeschlagenen Bestimmungen, so kritisierte er, «zürin am Wesentlichen vorbei und sind teilweise untauglich, teilweise überflüssig» (TA vom 7. April 1981). Tauglicher sind die Vorschriften inzwischen nicht geworden, aber für den Stadträucher Gewerbesekretär offenbar wesentlich gemässbärer. Wie hätte er sonst dazu, zusammen mit anderen Kantonräten in einem Journal den Stimmberechtigten das Gesetz nun plötzlich wärmstens zur Annahme zu empfehlen, «weil wir für eine saubere Ordnung zeitgemässe, vernünftige Richtigungen erwirken»? Was hat Petermann vom Soudas zum Paulus werden lassen? Steckt hinter der überraschenden Gesinnungsänderung purer Opportunismus? Oder die Angst, dass, wenn das Volk das Gesetz verwürfe, doch noch das vom FDP-Parlamentarier mehr als alles andere bekämpfte Verbot der Geldplatzautomaten hänge? Wer weiss. Vielleicht ist Petermann auch ganz einfach gescheitert geworden. Das ist zwar Politikern nicht immer beklammlich, aber auch ihnen keineswegs verboten.

Eine saubere Ordnung, daran zweifelt niemand ernsthaft, garantiert die am Montag im Kantonrat diskutierte «Verordnung über die Verschärfung oder die

Milderung von Bauvorschriften für besondere Bauten und Anlagen». Unter den an sich lobenswerten Bemühungen um hieb- und stichfeste gesetzliche Bestimmungen hat allerdings die Verständlichkeit ein wenig gelitten. Walter Margl, SVP-Kantonrat und Präsident der Vorberatenden Parlamentskommission, räumte denn auch ein, «dass manche Details, die man festhalten will, nicht in knappe Sätze zu fassen sind und gelegentlich zu wenig ansprechenden Formulierungen führen. Wichtiger ist der klare Ausdruck» Ich nehme an, das gilt auch für den Paragraphen 20, der da vorschreibt: «Gastwirtschaftsräume, Grossküchen, Begegnungsräume mit grossem Publikumsverkehr und Räume mit grosser Personalfrequenz haben einen von der Bodenfläche (F) abhängigen Mindestinhalt (V) aufzuweisen, der wie folgt ermittelt wird:

$$V_{\text{m}^3} = \frac{F \cdot 420}{200}$$

Alles klar?

Nicht ganz? Dann muss es daran liegen, dass es eben doch zwei(er) Leute gibt: gewöhnliche Sterbliche und Kantonräte. Kantonräte, so behauptete LdU-Kantonrat Armin Schneebeli aus Winterthur in der Debatte über die erwähnte komplizierte Bauverordnung jene, die es noch nicht gewusst haben, sind Leute, «die zweifellos eine hohe geistige Beweglichkeit für eigen nennen». Auch hier bestätigen Ausnahmen nur die Regel.

Hans Moser

Gesehen und gehört

Die Begnadigungskommission des Kantonsrats ist von fünf auf neun Mitglieder erweitert worden; die Fraktionen haben sich über die Verteilung der vier neuen Sitze geeinigt, und Walter Zurbuchen (svp, Samstagers), Präsident der Interfraktionellen Konferenz, konnte verkünden: «Ich darf Ihnen für die Begnadigungskommission folgende Namen vorschlagen: Werner Ufer, Hans Mül, Lucretia Sprecher und Werner Pfenniger.» Der stolze Blick der sehr selbstbewussten Bündnerin traf ihn wie ein Schlag. Worauf er grüssend und leicht zerknirscht feststellte: «Lucretia Sprecher ist eine Frau.»

Somit werden die Damen im Kantonsrat ja überhört zurechtkommen behandelt. Gerade gestern Montag wieder, lag doch nach der Kaffeepause auf dem Pflüchchen ander Kantonaräte eine Schachtel Schokolade mit der Aufschrift «Züsli», verziert von SVP-Ratsmitglied und Züsli-Direktor Max Kurz – im Sinne einer Sympathieverbung für die gut laufende Ausstellung und – weil ich ja nicht den ganzen Kantonsrat in die Züsli einladen kann, wie Max Kurz sagte. Gernstübrig erkundigten sich nun die männlichen Nachbarn nach dem Gehalt des Präzents, so dass die Damen reifem die Schachtel öffneten und dem Inhalt zu verteilen begannen. Das Interesse an dem Schoggiörtchen war allgemein, und zwar links wie rechts. Während Annette Bächler und Ursula Koch von der SP-Fraktion den halben Landesring samt der Presse versorgten, taten sich *vis-à-vis* die freisinnigen Ratsratsadamen Kurt Müller, Edy Toccam, Markus Hängi, Eric Hüsler und Peter Spälti an der Schokolade von Tris Heberlein und Margrit Böhrer glücklich. Ob den Damen angesichts der reisenden Nach-

frage selbst noch etwas übrig blieb, war nicht auszumachen. Jedenfalls bewachte sich das Wort, wonach nicht spricht, wer isst. Und ein Zusatzberichterstatteer wollte deutlich verspürt haben, dass sich der Lärmpegel im Saal für eine kurze Weile erheblich gemindert hatte.

Öffentbar schnell er nachher wieder an. Die Adloner Ärztin und FDP-Vertreterin Yvonne Maurer behagte in der Debatte um die Fünftagswoche in der Schule jedenfalls dem Umstand, dass «bei den Voten der Gegner Genussmilch im Saal herrschte, während es bei Herrn Gubelmann (seinem Befürworter der Fünftagswoche) milchschneefrei war». Eine politische Demonstration – wie Yvonne Maurer offenbar vermutete – war dies indessen keinesfalls, sonst hätte die Motion ja schliesslich überwiesen werden müssen. Der eben erweiterten Schokolade kann man diese Langzeitwirkung auch kaum zubilligen. Es muss also an der unterschiedlichen Qualität der angesprochenen Voten gelegen haben...

Der Wetzler Mittelschulprofessor Franz Halmert plädierte vehement für die Fünftagswoche in der Schule, in deren Genuss er seinerzeit selbst gekommen war. Mit einer Mischung von Selbstgefälligkeit und Ironie räumte er indessen ein: «Vielleicht wäre ich geachteter geworden, wenn ich sechs Tage zur Schule gegangen wäre.» Was den die Fünftagswoche als «Teufelstanz» verdammanden SVPler Edwin Weidmann zur brüllend vorgetragenen Feststellung veranlasste: «Hören, Herr Halmert, merkt man die Fünftagswoche heute noch an.» Edmund Ziegler

Gesehen und gehört

Musste er, oder musste er nicht? Diese Frage drängte sich am Montag auf, als der Kantonsrat mit gelächelten Reihen seine Beratungen aufnahm. Nicht weniger als elf von 23 Geschäften fielen (vorläufig) aus Abschied und Traktanden, weil der in der betreffenden Angelegenheit engagierte Volkvertreter gegenwärtig in den Ferien weilt oder am Montag von dringenden Verpflichtungen beansprucht wurde. Ratspräsident Erich Rüfenacht räumte ein, dass man die Sitzung übersogt hätte ausfallen lassen können. «Aber als wir im Kantonsratsbüro die Traktandenliste zusammengestellt, wussten wir noch nicht, dass heute so viele Parlamentarier abwesend sein würden.» Ob der Vorsitzende damit den schätzungsweise 110 Anwesenden, die, Motivations los oder her, seiner Pflichtbewusstheit und Schaffensdrang die harten Ratsbinden drückten, recht getan hätte, das ist eine andere Frage. Schliesslich ist für einen überlasteten und gestressten Politiker die Gelegenheit, in aller Ruhe 13 Zeitungen (von «Blick» bis zur «Schweizerzeit») zu lesen, nie so günstig, wie jeweils am Montag im Kantonsrat.

Aber es soll ja jetzt alles besser werden. Am 1. Oktober sind das neue Kantonsratsgesetz und das dazugehörige Geschäftsreglement in Kraft getreten. Damit verfügt das Parlament endlich über die gesetzlichen Grundlagen, um spezitiver und effizienter arbeiten zu können. Möglicherweise geht der Schluss aber auch hinten hinaus. Sollte es tatsächlich gelingen, den Ratsbetrieb zu straffen, würden die Volkvertreter plötzlich mehr Freizeit haben. Und wie könnten sie diese – hauptsächlich in Wahlzonen – besser

nutzen, als noch mühsamer wie bisher mit parlamentarischen Vorstössen Imagepflege zu betreiben?

Wie dem auch sei, Einer wird vom neuen Kantonsratsgesetz auf jeden Fall profitieren: der Sekretär des Ratsbüros. «Natürlich wird auch der Sekretär froh sein, dass er künftig am Schluss der Sitzungen keine neuen Vorstösse mehr im Wortlaut vor lesenden Räten verlesen muss», verkündete Ratspräsident Rüfenacht. Sprach's – und erteilte dem Sekretär das Wort zum Verlesen einer Dringlichen Interpellation, die auch in Zukunft vorgelesen werden muss, damit der Rat unverzüglich beschliessen kann, ob er den Vorstoss als dringlich anerkennt oder nicht.

Über den Gehalt der gestrigen Kantonsratsitzung kann man in guten Tönen geteilter Meinung sein. Das Improvisieren, zu dem das Parlament wegen des Ausfalls eines grossen Teils der Traktanden gezwungen war, hatte aber zweifellos auch sein Gutes. Wie wohl kaum jemals zuvor haben sich die Votanten in diesen Knut-und-Rüben-Verhandlungen der Kürze befeizigt. Nicht, dass die Kantonsräte nun plötzlich nichts mehr zu sagen hätten. Aber selbst so begründete Redner wie unsere Volkvertreter können in der Regel nicht zum grossen Rundschlag ausholen, wenn sie mehr oder weniger unvorbereitet das Wort ergreifen müssen, weil sie bei aller Weitsicht nicht voraussehen konnten, dass an diesem Montagvormittag auch noch das Geschäft Nr. 23 an die Reihe kommen würde.

Hans Moser

Gesehen und gehört

Die heute gängige Form von Hilfsheitsbeziehungen zwischen dem Kantonrat besteht in wechselseitigen Kontakten, für die das Wort *Reisediplomatie* zu umschreiben und der Ausdruck *Schulreise* etwas zu bieder wäre, die aber von beidem etwas an sich haben. Gemeint sind die Besuche von Parlamentarierdelegationen aus dem einen beim Parlament des andern Staates, von denen einer gestern Montag in Zürich stattfand. Zu Gast beim Zürcher Kantonrat war diesmal der Bündner Grosse Rat beziehungsweise dessen Rotabüro samt dem Fraktionspräsidenten, Kantonratspräsident Erich Ridenacht begrüßte die Delegation und wünschte den «für einen Tag heruntergekommenen Bündlern» einen guten Aufenthalt. Er hatte sogar die Fraktionsmitgliede so gefordert, dass den Gästen der Einstieg in die Zürcher Politik nicht allzu schwer fiel. Als Geschäftswort figurierte die Jahresrechnung der ZKB, über die als Kommissionspräsident ein gebürtiger Bündner-Oberländer zu referieren hatte. Ridenacht hat diesen eine Märchenrolle, indem er sagte: «Das Wort hat Herr Anton Köllin, Zürich und Andant.»

•
Dass die Jahresrechnung der Kantonbank im Parlament so ungehörig zu reden geh, lag verdingtlich an der Aktualität des Themas Hypothekenzins. Wie böse Zungen behaupteten, hat es aber auch

daran gelegen, dass die Debatte für einzelne Votanten so etwas wie die Hauptprobe war für eine Auserkennung, die «demnach in diesem Theater» stattfindet. Auf Ende Jahr treten nämlich zwei Mitglieder des 18köpfigen Bankrats der Zürcher Kantonalbank zurück (der Freisinnige Walter Beyerle und der SVP-Mann Ernst Gagerli), und es ist ein offenes Geheimnis, dass der Änderung zu diesem auch finanziell attraktiven Amt insbesondere aus den Reihen der SVP-Kantonräte recht gross ist. Gehandelt werden an der Gerüchteliste vor allem die Namen von Statthalter Albert Hofmann aus Utzen, von Kantonrat Hans Frei aus Wetz, Regensdorf und jener des antizipierenden Ratspräsidenten Erich Ridenacht. Besondere Bedachtung kommt der Wahl eines neuen SVP-Bankrats in den streng nach Parteilingensporz zusammengesetzten Bankrat deshalb zu, weil sie die in absehbarer Zeit ebenfalls fällige Wahl ins (hauptamtliche) Bankpräsidium präjudizieren könnte. Das dreiköpfige Bankpräsidium wird nämlich von je einem FDP-, SP- und SVP-Mann besetzt, und wer jetzt neuer SVP-Bankrat wird, hat gute Chancen, später die Nachfolge des heftigen Bankpräsidenten Emil Straub antreten zu können...

•
Zeitlich näher liegt allerdings eine andere Wahl im Kantonrat – jene eines

nebenamtlichen Mitglieds des Verwaltungsgerichts, wo der verstorbene Jakob Vollenwiler zu ersetzen ist. Hier ist ebenfalls die SVP am Zug, und sie hat in der Person des Gemeinderatschreibers von Stadel, Kantonrat Karl Weber, auch bereits einen Kandidaten nominiert. Ob es Weber allendings schafft, ist zumindest ungewiss. Denn Widerstand gegen die Kandidatur des Nichtjuristen (jenseitiger praktischer Erfahrung im Bereich des Verwaltungsrechts allerdings nicht abgesprochen wird) gibt es nicht nur in den Fraktionen von SP, CVP, Landesring und EVP, sondern dem Vernehmen nach auch im Verwaltungsgericht selbst, das sich dringend einen Volljuristen wünscht und offenbar Zweifel daran hegt, dass ein Laie in der Lage wäre, den Obliegenheiten eines Verwaltungsrichters im erforderlichen Ausmass nachzukommen. Die SVP-Fraktion sei zwar informell nachdrücklich gebeten worden, auf ihren Beschluss zurückzukommen, war am Montag im Rathaus zu hören, sie hatte aber an Weber fest. Wenn es dabei bleibt, könnte sehr wohl ein «wildes» SVP-Kandidat das Rennen machen – einer jener beiden Junoren etwa, die dem Vernehmen nach fraktionslosere Weber unterlegen waren: der jüngere Bezirksrichter Erich Suter aus Wetzikon oder der Zolliker Fürsprecher Ulrich Köllin.

Edmund Ziegler

Gesehen und gehört

Eine kleine Abkehr in der ersten Lesung des revidierten Gesundheitsgesetzes forderte die SVP-Fraktion nicht daran, am Montag im Kantonsrat noch einmal das Schweizer Bürgerrecht als unabdingbare Voraussetzung für eine selbständige psychotherapeutische Tätigkeit zu postulieren. Zu den Volkvertretern, die eine solche restriktive Regelung behaupten, gehören auch Paul Keller. «Ich verstehe die SVP nicht», bemerkte der Stadtzürcher SP-Vertreter trocken. «Ich bin auf dem Land aufgewachsen und habe immer wieder erlebt, dass die Bauern über den Rhein zum Arzt oder zum Zahnarzt gefahren sind, weil die deutschen Mediziner einige Begeben billiger waren als die schweizerischen. Da hat das Bürgerrecht keine Rolle gespielt.»

Wenig mehr Verständnis als Paul Keller hatte die FDP-Kantonsrätin und Oberärztin Yvonne Maurer aus Adliswil für das Anliegen der SVP. Verständlicherweise. Schließlich bot ihr der SVP-Rückkommensantrag willkommene Gelegenheit, sich noch einmal die grundsätzlichen Bedenken gegen die ihrer Meinung nach allzu freizügigen Zulassungsbestimmungen für nichtärztliche Psychotherapeuten von der Seele zu reden. Besonders gut kam die ärztliche Psychotherapeutin mit ihrem Vorbehalten nicht an. «Das ist alle Fremdschicht», kanzelte Thomas Geiges aus Herrliberg, der ebenfalls der Gilde der Psychotherapeuten angehört, seine Kollegen ab. Und zum Parlament gewandt fuhr er fort: «Nun hat Frau Maurer, die an der Detailberatung nicht teilnehmen konnte, doch noch angebracht, was sie anbringen musste. Ich bitte Sie, sehr geehrte Damen und Herren, das so zu verstehen, wie man es verstehen muss.» So sind sie, diese Seelenkultoren. Wenn's drauf ankommt, muss man zwischen den Worten hören, damit man weiss, was sie meinen.

Da macht es ein Kurt Seyfang schon viel einfacher. Der Lätti-Vertreter aus Schönen gehört zu jenen Politikern, die ihre Meinung deutlich, deutlich und erst noch ohne Rücksicht auf Verluste kundtun. So geschah es auch an diesem Montag, als die beiden Stadtzürcher Sozialdemokraten Emanuel Harwitz und Werner Sieg ganz offensichtlich Seyfangs Unmut auf sich zogen, weil sie den Vorschlag machten, Medizinstudien für die Kantonsapotheker dort einzuführen, wo sie am häufigsten zu haben sind - mitigenfalls auch im Ausland. «Ich bin nicht nur überrascht, sondern entsetzt über dieses Begehren», witterte der unbefruchtete Lätti-Mann. Das Entsetzen muss ein totales gewesen sein. Sonst hätte er wohl Mitratschallender Werner Sieg kaum persönlich verunglückt. «Herr Sieg», so fuhr er in Anspielung auf dessen Antritt beim Stoss über den politischen Wiedereinsteiger her, «ist ein Masterbeispiel für einen, der links schwarz und rechts pinkel.» Und da ward immer wieder behauptet, mit dem Landessieg gehe es vor allem deshalb bergab, weil er keine volkswirtschaftlichen Figuren mehr in seinen Reihen habe.

Zum Schluss gibt es noch noch Gutes zu vermelden. «Am nächsten Montag», so verständigte Ratpräsident Erik Rieben, «findet angesichts der dünnen Traktandenliste keine Kantonsratszung statt.»

Hans Maurer

Gesehen und gehört

In dem Kantonsrat des eidgenössischen Ständes Zürich, wo so vieles bis ins Detail organisiert und eingespielt ist, wo im formalen Bereich fast alles einem Ritual gleicht, ist Bewegung gekommen: Mit der Zustimmung zum Kantonsratsgesetz hatte das Zürcher Volk am vergangenen 3. April auch den Weg für die einstündig schriftliche Beantwortung von Interpellationen durch den Regierungsrat freigegeben. Die Premiere ging nun gestern Montag über die Bühne: Regierungsrat Alfred Gügel blieb das schon so oft als mühsam empfundene Verlesen einer Interpellationsantwort erspart; das vierseitige Papier zum Jugendhilfegesetz war bereits vorher verteilt worden, so dass es die interessierten Ratsmitglieder hatten studieren können. Und dann wurde diskutiert - derweil die Tribünenbesucher mehr oder weniger ratlos in den Ratsauf blickten. Denn sie konnten ja gar nicht wissen, wie die Antwort des Regierungsrats lautete, worüber also diskutiert wurde. Auf dieses Problem angesprochen, meinte Kantonsratspräsident Erich Riesenbach: «Wir müssen das tatsächlich noch besprechen. Wahrscheinlich werden wir die schriftlichen Stellungnahmen zu Motionen, Paradoxen und Interpellationen unabhängig auf der Tribüne auflegen.»

Die Vorbereitende Kantonsratskommission, die sich mit der 2prozentigen Reallohnenthöhung für das Staatspersonal befassen muss, hat zwar erst eine Sitzung abgehalten; dem Versäumen nach sollen aber die Weilen bereits recht hoch gegangen sein. Es habe sich nämlich sofort gezeigt, dass die Gegner einer Reallohnenthöhung in der Eler-Kommission «stark übervertreten» seien, war am Montag im Rathausfoyer zu hören. Die Gegner hätten denn auch am liebsten schon an dieser ersten Sitzung gegen Eintreten gestimmt, und damit wäre die Reallohnenthöhung - wenigstens in der Kommission -

gleich vom Tisch gewesen. Entschieden wurde denn aber nicht über Eintreten, sondern zuerst über diese Frage: soll schon heute über Eintreten abgestimmt werden? Die Abstimmung führte zu einem Unentschieden, so dass der (sozialdemokratische) Kommissionspräsident Willi Kellenberger dem Stichtatschef zu geben hatte: Er verhinderte mit seiner Stimme den sofortigen Entscheid über Eintreten.

Abgraben vom Hauptargument (=eine Reallohnenthöhung passt nicht in die Teuerungslandschaft und auch nicht zu den Sparbemühungen der öffentlichen Hand) ging es den Gegnern an jener Kommissionsitzung offensichtlich auch um die auf den andern Tag angesetzte Lohndebatte im Zürcher Gemeinderat. Mit einem Nein hätte die Kantonsratskommission dem städtischen Parlament einen wohl nicht unrichtigen Fingerzeig gegeben. Dieser blieb aber (verwehrt) aus - und der Gemeinderat beschloss prompt, die Debatte über die Reallohnenthöhung für das städtische Personal zu verschieben. Vertreter von LdU, FDP und CVP hatten vorher die Koordination mit dem Kanton beschworen.

Wie sich die Dinge auf kantonaler Ebene weiterentwickeln werden, muss sich auch dem überwachenden Aufsicht noch zeigen. In der Stadt Zürich besteht die Möglichkeit, gegen Lohnbeschlüsse des Parlaments das Referendum zu ergreifen - und das Bundespersonal dürfte die 2 Prozent bekommen, denn in Bern sind die Entscheide bereits gefallen (es läuft allerdings noch die Referendumsfrist). Ist angesichts dieser recht verworrenen Situation zu erwarten, dass das einst so geliebte Wort «Koordination» aus dem Vokabular von Bund, Kanton und Stadt Zürich wieder gestrichen wird?

Wilfried Maurer

Gesehen und gehört

In der Diskussion über das neue Personalgesetz prallten im Kantonsrat die Meinungen wieder einmal hart aufeinander. Es hätte auch erlaubt, wenn Bürgerliche und Linke, die seit Monaten in einer mehr oder minder intensiven Dauerfehde liegen, sich ausgerechnet in dieser heiss umstrittenen Sache gefunden hätten. FDP-Kantonsrat Theodor Rüegg aus Rütli sah sich zu seinem (gespielten) Leidwesen gar gezwungen, «wieder einmal etwas persönlich zu werden». Ziel seiner Attacke war der Städtzürcher SP-Vertreter Werner Sieg, der ihn mit seinen Bemerkungen über die von den Pressen begründete besondere Stellung der Beamten aus dem Buch geklopft hatte. «Herrn Sieg ist übers Wochenende wieder einmal ein neues Werk in die Hände gefallen: Pressen, wie es wirklich war», spöttelte der Oberländer Industrielle. Sieg reagierte gelassen auf den Angriff, schliesslich war ihm der FDP-Mann aus Rütli bei früheren Gelegenheiten schon weit härter an den Karren gefahren. In diesem Fall gestand er ihm immerhin zu, ein n e u e s Werk zur Vorbereitung auf die Parlamentsdebatte besitzt zu haben. Wenn man weiss, mit welcher Vorliebe Politiker in der Regel abgedroschene Phrasen zum besten ge-

hen, ist das ja auch eine Leistung, der selbst ein politischer Widersacher die Anerkennung nur schwer verweigern kann.

Ein wenig mehr Anerkennung hätte auch FDP-Kantonsrat Kurt Müller aus Melin verdient, dem offenbar viel an den Sympathien seiner Parlamentarierkollegen liegt. «Ich würde mich Ihnen beliebt zu machen versuchen», buhkte er um die Gunst der Volksvertreter, als es darum ging, einen Minderheitsantrag von SP, LdU und EVP beschuld zu schicken. Bei Lucretia Sprecher kam der NZZ-Inlandredaktor mit seinem Liebeswerben nicht sonderlich gut an. «Lieber Herr Müller», begann die Städtzürcher LdU-Vertreterin ihre Ausführungen und korrigierte sich dann: «Oder besser wäre wahrscheinlich Geschwätzer Herr Müller.»

Kurt Müller hatte ja auch in seinem Bemühen, «sich Ihnen beliebt zu machen», ein bisschen über die Stränge gehauen. Er liess es sich nicht nehmen, dem Parlament sowohl den Standpunkt der FDP-Fraktion zu erläutern als es sich

gleich darüber aufzuklären, was die EVP und der LdU eigentlich mit ihrer Unterstützung des von ihm behaupteten Minderheitsantrags bezweckten. «Wahr weiss der das?», rief Lucretia Sprecher erstaunt in den Saal. Offenbar liest sie die «NZZ» (Gegen Informationschwäche!) täglich («NZZ») nicht gründlich genug. Sonst wüsste sie, dass die «NZZ» alles weiss.

Zu ihrer Entschuldigung kann Frau Sprecher allerdings anführen, dass sie in den vergangenen vierzehn Tagen keine Zeit hatte, die «NZZ» zu studieren. Sie wollte nämlich zusammen mit andern Politikern aus Stadt und Kanton Zürich in Israel und Ägypten. «Ich bin sogar vom Präsidenten der israelischen Knesset geküssert worden», erzählte sie stolz. «Seither wasche ich mich nicht mehr.» Eine höhere Ehre widerfuhr nur noch Alt-Finanzdirektor Albert Moser. Er wurde in Anerkennung seiner Verdienste um Israel zum Ehrenbürger der Stadt Jerusalem ernannt. Da sieht man es wieder einmal. Unsere Politiker müssen ins Ausland reisen, damit ihnen die Wertschätzung zuteil wird, die sie verdienen. Hans Moser

Gesehen und gehört

Gewalttsberichtsdebatte im Kantonsrat. Der Dietiker SP-Vertreter Marcel Achermann erkundigte sich bei Regierungsrat Bachmann nach dem Stand der Vorarbeiten für die Schaffung eines Bezirks Limmattal. Bachmann sprach in seiner Antwort von «einigen Jahren», welche die Abtrennung des Limmattals vom Bezirk Zürich noch beanspruchen werde, nannte die Bestimmung der «künftigen Hauptstadt» (Dietikon oder Schönenau «eine der Hauptfragen»), tat kund, dass nunmehr die Kosten der künftigen Bezirksgebäude evaluiert würden und stellte «komplizierte rechtliche Probleme» in bezug auf den künftigen Status der Stadt Zürich nach der Abtrennung ihres Vorderlandes in Aussicht. Worauf sich der Dietiker FDP-Kantonsrat Markus Häng zu Wort meldete, an die letztjährige Gewalttsberichtsdebatte erinnerte und zitierte, was Bachmann am 1. November 1980 auf dieselbe Frage geantwortet hatte: «Die Schwierigkeiten sind grösser, als man gedacht hat. Sie beginnen schon bei der Festlegung des künftigen Hauptorts. (...) Aber wir erheben diesen, Dietikon und Schönenau (...) haben nun den Auftrag, Standorte für die künftigen Bezirksgebäude anzugeben. Die grösste Schwierigkeit ist nicht die Schaffung des neuen Bezirks, sondern die Frage, was nachher die Stadt Zürich ist...» Hängs Schlussfolgerung: «Ich habe den Eindruck, dass da nur geredet, nicht aber gearbeitet wird.» Nach deutlicher sagte er dann im Foyer der letztjährige Fragesteller, Kantons- und Bezirksrat Kurt Egloff, der SVP-Kandidat für den Zürcher Stadtrat: «Bachmann hat mir seinerzeit in einem Brief versichert, die Sache werde von ihm «besonderlich behandelt»; ich stelle aber fest, dass Bachmann punktú Bezirk Limmattal seit einem Jahr überhaupt nichts getan hat.»

Das Staatspersonal tut gut daran, die vom Regierungsrat beantragte Reallohnerhöhung um zwei Prozent noch nicht ins Privatbudget aufzunehmen. Wie man nämlich am Montag im Rathhaus vernahm konnte, hat die Vorberatende Parlamentarierkommission an ihrer zweiten und letzten Sitzung mit 10 und 5 Stimmen beschlossen, dem Finsum Nichtzutreten auf die Vorlage beziehungsweise Rückweisung an den Regierungsrat zu bean-

tragen. Finanzdirektor Jakob Strucki habe sich, wie man hörte, vergeblich für die Reallohnerhöhung eingesetzt und es strikte abgelehnt, die Vorlage um sich aus zurückzuziehen. Nun liegt der Entscheid beim Kantonsrat, der in etwa drei Wochen darüber befinden wird. Wenn man aber weiss, dass sich die Kommissionmitglieder in solch brisanten Angelegenheiten bei ihrem Fraktionieren gleichsam rückversichern, ihre Stimmabgabe in der Kommission hier also durchaus repräsentativ sein dürfte, so darf oder muss man wohl jetzt schon mit einem negativen Ratsentscheid rechnen.

Die bevorstehende Wahl eines nebenamtlichen Verwaltungsrichters beschäftigt weiterhin die Gemüter im Kantonsrat. Die SVP-Fraktion, die gemäss provisorischem Proporz-Anspruch auf den Sitz hat, bezeichnete schon vor geraumer Zeit den Gemeinderatschreiber von Stadt, Kantonsrat Karl Weber, als ihren Kandidaten. Aus etlichen Fraktionen wurden aber Bedenken gegen diese Kandidatur gemeldet, weil Weber zwar hohe menschliche und charakterliche Qualitäten habe, als Nichtjurist für das Verwaltungsgericht indessen kaum der richtige Mann sei. SVP-Fraktionspräsident Max Kunz, dem ein gewisses Verständnis für diese Bedenken nachgesagt wird, sicherte den anderen Fraktionen daraufhin zu, man werde bei der SVP nochmals über die Bücher gehen. Das hat man dort nun offenbar etwas handstreichertüchtig auch getan - ohne das Geschäft für die Fraktionsmitglie zu traktandieren und bei entscheidender Abwesenheit des Fraktionspräsidenten. In einem vom 10. November datierten Brief teilte die SVP den anderen Fraktionen jedenfalls mit, sie sehe «keinen stichhaltigen Grund, auf die Nomination von Karl Weber zurückzukommen». Bei FDP, SP, CVP, LdU und EVP sieht man sich mithin vor die Frage gestellt, ob die auch von heutigen und ehemaligen Mitgliedern des Verwaltungsgerichts geäusserten Bedenken gegen die Wahl eines juristischen Laien über den hartnäckigen Willen der SVP zu stellen seien, Weber ins Verwaltungsgericht zu heben. Eine Frage, die am Montag allseits vifig diskutiert wurde und die akzentuiert wird durch den Umstand, dass sich Weber gegebenenfalls nach einem neuen Beruf um-

sehen müsste. Weil nämlich das Amt eines Gemeinderatschreibers mit jenem eines Verwaltungsrichters unvereinbar ist. Da und dort ist dieser Entscheid am Montagmittag dem Vernehmen nach bereits gefallen: SP-, EVP- und LdU-Fraktion sollen sich gegen eine Mitarbeit der CVP-Fraktion für Weber entschieden haben. Wobei die Gegner Weber nun offensichtlich nicht einen «dissidenten» SVP-Kandidaten gegenüberstellen wollen, sondern einen Juristen oder eine Juristin anderer Couleur - möglicherweise aus dem Lager der EVP. Noch ist indessen alles offen. Die Interfraktionelle Konferenz kann am nächsten Donnerstag nämlich auch beschliessen, das Datum der Wahl (vorgesehen ist eigentlich der 20. November) hinauszuschieben, um allen Beteiligten Gelegenheit zu geben, bei von Zentralrat ihren Entscheid nochmals zu überdenken - auch der SVP und ihrem Kandidaten.

Edmund Ziegler

Gesehen und gehört

Gottfried Keller macht's möglich: Am Montag herrschte im Kantonsrat ausnahmsweise wieder einmal stiel Eintracht, als es darum ging, 1,5 Millionen Franken für das geplante Gottfried-Keller-Zentrum in Glattfelden zu bewilligen. Unsere Volksvertreter, daran kann kein Zweifel mehr bestehen, wissen, was sie dem ehemaligen Staatssekretär schuldig sind. Dass er seinerzeit den etablierten Politikern das öfters das Leben schwer gemacht hat, ist längst vergessen und verziehen. Verflucht ist der grosse Dichter den Politikern unserer Tage nicht zuletzt deshalb so sehr ins Herz gewachsen, weil man ihn notfalls auch loben und preisen kann, ohne ihn gelassen zu haben. Zu dieser Kategorie der Keller-Fans zählt der Stadtzürcher SP-Kantonsrat Werner Sieg vor allem jene wackeren Männer, die vor einigen Monaten vehement dagegen protestierten, dass dem Stiftungsrat des Gottfried-Keller-Zentrums auch die Zürcher SP-Stadträte Emilie Lieberherr angehört. Für sie hatte der Mittelechtler ein Zitat aus Kellers Novelle «Die drei gerechten Kammerer» parat: «Solche Gerechte werden keine Lobreden ein, aber sie zünden auch keine an, und kein Licht geht von ihnen aus.»

Ich will ja Gottfried Keller nichts unterstellen, aber es würde mich nicht wundern, wenn er um seine eigene Gedächtnisstätte einen weiten Bogen machen würde. Die Initianten des Zentrums in Glattfelden haben nämlich beschlossen, als Treffpunkt nicht etwa eine Bodenständige Brass, sondern eine allschweizer Cafeteria einzurichten. Da man weiss, dass Gottfried Keller zeit seines Lebens einen guten Tropfen ausserordentlich zu schätzen wusste, legt die Vermutung nahe,



dass der Literat bestenfalls vor seinem Zentrum kurz stehengeblieben wäre, etwas von «einer Daviden» gemurmelt hätte und sich dann zu einem Schoppen in den «Löwen», den «Ochsen» oder in die «Traube» beggeben hätte.

Da war FDP-Kantonsrat Walter Diggelmann aus Zürich zumindest in seinen Jugendjahren schon ganz anders. Wenn er zusammen mit Fussballkollegen in der Gartenwirtschaft einen Jass blippte, so

erzählte er am Montag im Parlament, dann bestellten sie jeweils zu viert einen Bucher Bier, weil sie ja irgendetwas konsumieren mussten und Bier schon damals in dem Restaurant das heiligste Getränk war. Da die jungen Leute nicht nur Knapp bei Kasse, sondern offenbar auch jeglichem Alkoholgenuss abhold waren, teilten sie das Bier nicht, sondern liessen es stehen. Was wohl Gottfried Keller dazu gesagt hätte? Wahrscheinlich hätte er es immer noch besser gefunden, ein Glas Bier nur anzuschauen als ein Glas Mineralwasser auszutrinken.

Die Abstinenten machte an diesem Montag auch dem Sozialdemokraten Eugen Spühler aus Rafz zu schaffen. Allerdings lechtete er nicht nach Wein oder Bier, sondern nach der Anwesenheit von Regierungsräten. In der Diskussion über die eingemessene Anwendung der amerikanischen Studie «Global 2000» war von der Regierung nur Volkswirtschaftsdirktor Hans Künzi zugegen. In einem Ordnungsantrag verlangte der SP-Vertreter, übrigens wie Gottfried Keller ein Zürcher Unterländer, dass zur Erläuterung «dieses Problemkreises von grosser politischer Tragweite» zumindest Regierungspräsident Peter Würlimatte herbeigerufen werden müsse. Die Mehrheit des Parlaments fand indessen, es gehe ganz gut nach ohne den Regierungspräsidenten und schickte Spühlers Beghymen inschuh. Ohne Widerrecht fiel es offenbar auch dem SP-Mann schwer, dem «Problemkreis von grosser politischer Tragweite» die nötige Aufmerksamkeit zu schenken. Kurz nachdem er mit seinem Antrag geschickelt war, verzog er sich ins Foyer zu einem Gespräch unter Genossen.

Hans Moser

Gesehen und gehört

Die erste S-Bahn fährt bereits. Zwar muss sie noch tüchtig weichen, wenn sie einmal all die brav umgestiegenen Zürcher Ausfahrer zum Arbeitsort, zum Einkauf oder ins Grüne bringen will. Denn der Zug, der aus einem Triebwagen und einem Personenzug besteht, hat auf einem Schienfuß Platz. Und dort steht sie auch, die Ministri-Komposition, die S-Bahn-Gegner Max Gerber gestern Montag im Rathhauslicher Regierungsrat Hans Künzi zum S-Bahn-Sieg überreicht hat. «Der Zug ist noch nicht beschleunigt», betonte SVP-Kantonsrat Gebler, als er dem Volkswirtschaftsdezernenten gratulierte. «Istall Zürich S-Bahn könnte man natürlich auch «Künzi-Bahn» druschreiben.»

Der dunkelste Zug war nicht das erste Geschenk, das Regierungsrat Künzi an diesem Montagmorgen entgegennehmen durfte. Bereits vorher hatte ihm SP-Kantonsrat und SBB-Lokführer Willy Volpert zur Erinnerung an die dreihundertjährige Volksabstimmung vom 28. November 1861 eine der 400 goldenen Tafeln übergeben, mit denen die Zürcher Eisenbahner zu letzter Minute für die S-Bahn geworben hatten. Beschenkt wurde auch der SP-Kantonsrat, SBB-Lokführer und Pro-S-Bahn-Kämpfer Walter Rysler - mit zwei Flaschen *Finaria* 1979 vom Praktikantenkollegen Fritz Bucher. Doch auch über die Parteigrenzen hinweg wurde Wein getrunken. Einen roten und einen weissen «Wallwiler» durfte SP-Kantonsrat Franz Hölzler entgegennehmen, weil er gegen Wallwilens Gemeindepräsident und FDP-Volkswirtschaftler Paul Remund eine Wette gewonnen hatte (es war um das Stimmverhältnis beim Volksentscheid gegangen). Hölzler reuscherte sich bei Remund mit einem orangefarbenen Mini-SBB-Personenzug und dem Spruch: «Für eine leise S-Paul-Bahn.» Remund war glänzend im New Look zur gestrigen Parlamentssitzung angetreten: mit einem Schnauz - worauf immer wieder zu hören war, dass der S-Bahn-Gegner Remund bei der Abstimmung vom Wochenende nicht nur einen Bart, sondern auch noch einen Schnauz eingepflanzt habe.

Das Personalgesetz warf zwischen Links und Rechts hohe Wälle. Die Sozialdemokraten verteidigten vor allem gegen die Heftung der Freizügig-Demokraten, SP-Kantonsrat und Mittelbahnhöher

Frans Hölzler war dafür besorgt, dem Duft der zweiten Welt-Politik für einmal auch ins Rathhaus an der Zürcher Limmat zu tragen. Das Personalgesetz umriss den Geist der kleinen Yvoni Thatcher aus Kloten, sagte er und sagte bei, dass diese Wertung nicht etwa von ihm, sondern von einem Berufscollegen stamme, und dieser sei erst noch Mitglied der FDP. Die wortgewandte und scharfe Politikerin Yvoni Sperry, Finanzvorsteherin von Horgen, wehrte sich gegen diesen Vorwurf und erklärte, dass die rechtliche Stellung des Personals durch das neue Gesetz nicht verschlechtert, sondern zum Teil sogar noch verbessert werde. Damit war der Ball wieder auf der andern Seite. Das Hühnchen ging weiter - und vom Duft der zweiten Welt war schnell nichts mehr zu spüren.

Die von der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich angedruckte endgültige Volksinitiative zur Abschaffung der Sommerzeit nimmt Gestalt an. Wie im Rathhauslicher zu vernahmen war, beschloss der SVP-Kantonsrat einstimmig, dem am 15. Dezember tagenden Delegierten die Lancierung des Volksbegehrens zu übertragen. «Problem sind die Läden», meinte einer zum SVP-Beschluss. Zu lösen war ausserdem, dass Bundespräsident Kurt Furgler dem Zürcher SVP-Präsidenten Christoph Blocher herzlich folgendes gesagt haben soll: Jetzt weiss er, was SVP heisst. So Viele Probleme.

Wärsied Maurer

Gesehen und gehört

Mit der definitiven Unterstützung der vom Erziehungsrat lancierten Behördeninitiative durch den Kantonsrat ist der Scherbenhaufen punkto Universitätsgesetzgebung zwar nicht vom Tisch, aber doch so zugedeckt, wie sich dies für ein zünftiges Zwischenlager gehört. Die Gemüter haben sich mit der Tatsache offenbar abgefunden, dass ein tragfähiger Konsens in dieser Sache im Parlament fürs erste nicht gefunden werden kann. Wohl ging dem Ratsentscheid am Montag eine kurze Debatte voraus, aber alles lief ruhig, friedlich und relativ emotionallos ab. Derselbe Stimmung habe schon in der Vorberatenden Kommission geherrscht, konnte man am Montag im Rathaus hören - was sich etwa darin manifestierte, dass Konsensstifter Heidi Frei aus Zürich, einst eine recht engagierte Sozialdemokratin, die ganze Zeit über mit einer Lunette beschäftigt gewesen sei. Gestrichelt habe sie allerdings nicht an der Decke für den überwältigten Scherbenhaufen, sondern an einem Schürli für die Jüngsten.

Man hat sich längst daran gewöhnt, dass wir verzerrt und vermisskannalisiert, belächelt, behetzt und gemustert werden. Verbale Neuschöpfungen - so fähig sie auch sein mögen - haben nun einmal die Tendenz, sich im Sprachgewand klettenhaft festzusetzen. Und so ist denn anzunehmen, dass auch jene Sprachschöpfung, mit welcher sich Kantonsratspräsident Erich Rüfenacht gestern Montag an die Öffentlichkeit wagte, der parlamentarischen Umgangsprache erhalten bleibt. Als Frau Hübner (soz. Wetzikon) nämlich im Zusammenhang mit Uni-Gesetzgebung und Schulbeginn nach einer einschneidenden Reglementierung der Behördeninitiative rat,

grüßte Rüfenacht zum Mikrofon und sagte: «Ich muss es Herrn Hübner überlassen, ob er in dieser Sache vorstössig werden will.»

LDU-Fraktionschef Robert Hax aus Schlatt, kürzlich von einer mehmonatigen Studienreise zurückgekehrt, hat punkto Schuljahresbeginn das Mieu nicht auf derselben Bühne wie sein Parteiblogger Alfred Gügel. Vehement trat er gestern Montag für die Beibehaltung des Frühjahresbeginns ein, nannte es bezeichnend, «dass dieser vorab von Vertretern der Landschaft verfochten» wird und konstatierte bei den Anhängern des Spätsommerbeginns eine «deutliche Tendenz der Denaturierung». Regierungsrat Gügel nahm diese Qualifizierung fürs erste beiläufig zur Kenntnis, stieg dann aber von der Regierungsbank herunter und rannte Hax zu: «Robert, du hältst deinen Bildungsurlaub besser noch etwas verlängert.»

Angeregt diskutierende Gruppe rund um den Wetziker Arzt und CVP-Kantonsrat Roman Fischer, der am letzten Mittwoch am Fest für Nationalratspräsidentin Heidi Lang teilgenommen hatte. Sowohl Heidi Lang wie auch Bundesrat Rikard hatzen ihn mit ihrer vollverbundenen, aber eben doch kompetenten und souveränen Ausdruckweise sehr beeindruckt, meinte Fischer. Worauf einer bestätigend nickte und sagte: «Wem Gott ein Amt gibt, dem gibt er auch Verstand.» Darauf strahlte ein Dritter bezugnehmend auf die eben beendete Crossair-Debatte am Rat fest, es sei nicht um das Jammern, dass unsere Regierungsräte ihr Amt nicht von Gott, sondern bloss vom Volk bekommen hätten. ... *Edmund Ziegler*

Gesehen und gehört

Darauf kann man schon beinahe Gift nehmen: Wieso im Kantonsparlament über Strassenbauten gestritten wird, dann genau früher oder später unweigerlich die beiden Rätzer Eugen Spählin, SP-Kantonsrat, und Albert Sigrist, Bundesvektor des Ständes Zürich, aneinander. So auch am Montag, als die beiden Untervöndler die eine ebenso alte wie intensive Hostilität verbindet, sich parnour nicht über den Unterschied zwischen einer vier- und einer zweispurigen Strasse einigen konnten. Das letzte Wort hatte diesmal der Regierungsrat unter dem Radzern, der seinen Widersacher kurz und unwillig belehrte, dass «zwei Spuren genau die Hälfte von vier Spuren sind». Die Argumentation des Bundesrätlers ist eigentlich ganz logisch. Nur wie oft schon hat es sich herausgestellt, dass Politik mit Logik herzlich wenig zu tun hat.

Oder ist es etwa logisch, dass die SVP-Fraktion ihren selbstlosen Kampf gegen das Unbermässige in unserer Gesellschaft auch dann führt, wenn der Schatz nur bestenfalls ausgehen kann? Mit einigen Getöse hatte die Funtel in der vergangenen Woche angekündigt, dass sich die SVP-Vollvertreter in der Budgetdebatte gegen die weitere Ausrichtung kantonalen Beiträge an die Zürcher Filmpreise wehren werden. «Dem anwärtigen Schauspiel, welches die Filmschaffenden bei der Preisübergabe boten, muss ein Ende gemacht werden. Niess es in der SVP-Pressenotiz. «Es ist dem Steuerzahler nicht zuzumuten, Leute finanziell zu

unterstützen, deren elementarer Anstand nicht einmal so weit reicht, sich bei den zuständigen Stellen dafür zu bedanken.» Wer wollte es der SVP verwehren, dass sie für mehr Anstand auf die Beamten streng und bei allem ihrem Sinnen und Trachten einzig und allein das Wohl der Steuerzahler im Auge hat? In diesem Fall wird sie sich allerdings noch ein wenig gedulden müssen. Etwas, das im Voranschlag nicht enthalten ist, kann nicht einmal die SVP streichen. Und die Beiträge an die Filmpreise sind auch der jüngste Kniff im Budget 1982 vergeblich suchen, weil die Filmpreise nämlich nur alle zwei Jahre vergeben werden - das letzte Mal am 1. Dezember 1981, das nächste Mal demzufolge 1982.

So auch lässt sich die SVP allerdings nicht unterkriegen. Weil es mit dem Streichungsantrag nicht klappte, behelft sie sich eben mit einer Fraktionserklärung, in der sie noch einmal ihr «Befremden über das unwürdige Schauspiel anlässlich der Verleihung der Zürcher Filmpreise» ausdrückt und sich vorbehält, im Zukunft gegen die Bewilligung von Staatsbeiträgen an solche Preise zu opponieren, wenn sich ähnliche Entgleisungen wie am 1. Dezember wiederholen sollten. Womit wir wieder bei der Logik in der Politik wären: Niess es unbedingt sein muss, kann man ja auch einmal eine Pause ein-gestehen. Denn führt man in der Regel allerdings, wenn man es hat, oh wäre sie nie passiert.

Hans Moser

Gesehen und gehört

Ein englisch sprechendes Märchen stand am Montagvormittag ziemlich verloren und rather in der Eingangshalle des Rathauses. Guter Rat war ja auch teuer. Die beiden jungen Leute waren nämlich wieder erpicht auf politische Streitgespräche, auch lechteten sie nach praktischer staatsbürgerlicher Unterweisung. Sie suchten vielmehr... das Ständewort. Und da waren sie im Rathaus ganz und gar am falschen Ort. Zwar werden auch hier zuweilen Ehen geschlossen, wenn-immer allerdings nur (politische) Verbindungen. Solche Verbindungen mögen oft recht schön und dauerhaft sein - in der Regel sind sie aber auch ungesprochen langweilig.

In der Tür gerät haben sich am Montagvormittag offenbar auch einige SP-Kantonsräte. Statt den Budgetberatungen zu folgen, gingen sie irgendwelchen anderen Geschäften nach und verüberten damit gewiss ihre Gewissen, die pflichtbewusst die harten Ratsbänke drückten. Diesmal fiel die Absenz auch ins Gewicht. Die Regierung hatte den Antrag gestellt, von den 46,5 Millionen Franken, die nach der Rückweisung der Vorlage für eine Kreditverhöhung beim Staatspersonal aus dem Budget gestrichen werden waren, 20,5 Millionen Franken wieder in den Vorschlag einzulassen, da der Regierungsentwurf im Lauf des nächsten Jahres einen neuen Vorschlag bringen werde. In der Abstimmung stell-

ten sich 60 Volksworte - darunter sämtliche SP-Kantonsräte - hinter den Antrag der Exekutive. 61 stimmten dagegen. Hätten nicht einige SP-Vertreter geschwinkt, wäre der Antrag der Regierung durchgekommen. Wie wandert es, dass die Pflichtbewussten dem Pflichtlosen nicht zürten? Schließlich hat es die SP auch so noch schwer genug, ihre Anliegen durchzusetzen, ohne dass einige ihrer Genossen ausgeprochen dann irgendwo draussen beim Kaffee sitzen, wenn es drinnen um die Wurst geht.

Schön wäre es gewesen! In der Sitzungsplanung, die den Kantonsräten jeweils zugestellt wird, ist für den 25. Januar keine Ratssitzung vorgesehen. Das veranlasste den Stadtrichter SP-Vertreter Rolf Krämer, bei Ratspräsident Erich Rühmacht anzufragen, ob vom 25. Januar wirklich nur Vollmond, aber keine Kantonsratsitzung ist. Na, die Sitzung findet statt. Der 25. Januar, so antwortete Rühmacht, ist ganz einfach bei der Planung untergegangen. Es würde ja auch sehr überraschen, wenn ausgeprochen jener Präsident, der auch um 24.30 Uhr und vor deutlich gelichteten Köpfen keine Hemmungen hat, noch ein neues Geschäft in Angriff zu nehmen, ohne zwingenden Grund gleich eine ganze Sitzung ausfallen lassen - Vollmond hin oder her.

Hans Meier

MÜRDIGUNGEN

WÜRDIGUNG

für die Arbeit von Caroline Ratz

"Wir Kinder vom Hirschenplatz"

erschienen in "Züri Leu" im April/Mai 1981

Die zwäit aarbet, wo mer prämiert händ, isch - wie Si scho wüssed - en artikelserie vo de Caroline Ratz. Si isch erschine im "Züri Leu" und hät de titel "Wir Kinder vom Hirschenplatz". Das isch, wie se ja särke söll, en aaspilig uf das bekannt buech "Wir Kinder vom Bahnhof Zoo", und s thema drööt sich au um s glych, nämli um d droogesucht. D autorin isch an iri uufgaab ganz empirisch anegange, offabaar coni Voorgfasetti mäinig, aber us irem tãxt gespüürt me betroffehãit, inneri aatãilnaam. Si hãt Einzelni fãll usegriffe, mit fixere greßt, mit eltere vo chinde, wo de sucht verfare sind, mit therapeute und mit de polizei. D serie isch dãn na dur en bytraag vom Peter Holeystein abgrundet worde. Er verdienet au, das mer en erwöent, aber das minderet s verdienscht vo der autorin nõd. Si hãt e risigi aarbet glãischtet, sibe zytigssyte, aber es sich natüürlì nõd der umfang gay, wo bi der jurierig der uusschlaag ggõõ hãt.

Im reglemãnt für d verleilig vom journalischteprys, wo ja von ðisere gñeraalversanlig aagnoo worden isch, ghãissts under en titel "Zielsetzungen", de journalischteprys seli zur fõrderig vom journalischte-naawuchs bytrãge und wyter ghãissts, d jury seli baunders uf hervorraagendi lãischtige uf em gebiet vo der sãlber recherchierten informazioon luege. Wenn en aarbet guet isch und dãn eerscht na di hãide bedingige erfüllt, dãn hãt si bin pryegricht natüürlì groossi chance. D Caroline Ratz hãt si über e gueti recherche usgwise und si isch würlì e verträteri vom nachwuchs. Si isch erscht 22 jaar alt. Über d akualitõõt vom thema und übers bedürfnis nach informatzioon mees i tãnk nõüt sãge. Kritisiere chõnnt men a dõren artikelserie, dass d verfasseri na phõnomenologisch oder kasuistisch und zwenig analytisch voorgangen isch - oder sãged mer s guet tõutsch, - das si echli a der oberflõche hange pliben isch. Über dõõ aschpãkt chõnnt me diskutiere, und d fraag, õb da en voorwarf drin liggi oder nõd, hãt effãktiv d jury beschãftiget, aber mer hãnd is dãn gãit, das das kãn grund tõõrffi sy zum die aarbet us em rãne uusschãide. Wã me nõlli gseet, wie hilflos ðisi mãschhãit de herionsucht gãgenüberstaat, wie ðise staat bis iez versãit hãt, wien is d spezialachte au nõd chõnd sãge, was me degãge mache chõnnt oder sõtt, dãn wõürs doch ungrãcht, von ere junge journalischtin s verlange, si mees iez bis zum grund vo dãm probleem voorstosse und ðis es rezõpt gõõ, wie s sell wyter gaa. Im gãgetãil mees mers ere aarõchne, das si sich trotz irer ðigne studie nõd als besserwõsseri uufspilt. Iri lãischtig lyt i dãm, wie si oni s

theoretisiere a das probleem vo der mäschrliche syte här aneggan-
gen isch. Was si geschribt hät, mues uf d lëser ydruck gmacht
haa, und sicher sind villi lüt nach dëre lektüre um vilis
naachtäncklicher woorde.

Dr. Arthur Baur

WÜRDIGUNG

für die Arbeit von H. Jona Häberli
"Früher krätzelte sogar der Pfarrer"
erschieden im "Heimatspiegel", illustrierte Beilage zum
"Zürcher Oberländer" Nr. 4, April 1981

Das Krattenmacherhandwerk hat sich der Autor als Gegenstand seiner Reportage gewählt: ein Handwerk, das nicht zur Zunftrufe gedeihen konnte, es dient dem Nebenerwerb, ist als Heimarbeit zu klassifizieren. Erlern wird es durch Zuschauen und Nachmachen. Schöne Beerenkörbe entstehen so, die man gerne in die Hand nimmt und anschaut. Einen Markt hat das Gewerbe sicherlich noch, aber keine Zukunft. Der Leser wird eingeführt in die Kunst, einen Korb zu flechten, aber zunächst in die Kunst überhaupt, das Material für diese Körbe zu beschaffen: Haselstecken bestimmter Qualität. Wo findet man sie? Dann kommt die Zurüstung des Materials. Spannend zu verfolgen, wie aus einem einzigen Haselstecken von 2 - 3 Meter Länge das Rohmaterial für vielleicht drei bis gar zu zwanzig Körben gewonnen werden kann, je nach deren Grösse. Die meiste Zeit geht auf die Zurüstung, eine hohe Kunst, und dann erst beginnt das Flechten. Der Boden insbesondere muss gelingen, sonst ist alles verloren. Der Autor versteht es, den Leser durch präzise und anschauliche Beschreibung handwerklicher Details, so, als würde man einem Meisterkrätztler zusehen, in ständiger Spannung zu halten, wie und ob alles gelingt. Am Ende sind die fertigen Körbe da, mit Verzierungen versehen und mit Henkeln, die nicht wackeln. Man ist beeindruckt von der Intelligenz der handwerklichen Arbeit, der Materialauswahl, der Verarbeitung, der Zweckmässigkeit des Designs, das unter den Händen entsteht aus einer Tradition heraus, die bald keine mehr sein wird. Die Arbeit des letzten Krätztlers von Sternenberg wird beschrieben. Er lebt in einer bestimmten sozialen Nische, er versteht das Handwerk, hat es von seinem Vater gelernt. Seine Frau, die blind ist, hilft. So bessern sie ihre Altersversorgung auf, können auch den Tag über zusammen sein. Nur auf dem Markt hat diese grosse Kunst, das Ergebnis selbstvergessener Liebe zur handwerklichen Schöpfung, ganz und gar keinen angemessenen Wert. Vier Franken pro Stunde kommen vielleicht heraus, und das auch nur bei guter Rechnung, wenn man das Schneiden der Haselstecken gar nicht zählt.

Der gut mit Photos veranschaulichte Beitrag ist nicht nur als eine in sich sogar hervorragende volkskundliche Reportage zu verstehen, sondern er löst beim Leser vielseitige Empfindungen aus. Ueber die Aesthetik des Handwerklichen wird die Einfühlung in eine soziale und kulturelle Situation möglich, und dass etwas in seiner Alltäglichkeit so Eindrucksvolles am Ende so wenig Kurswert in unserer Gesellschaft hat, dass es verschwindet, macht über alle Nostalgie hinaus nachdenklich. Der Beitrag scheint somit, von der Recherche angefangen bis zur Darstellung und zur Leserführung, ein hervorragendes Beispiel für einen beschaulichen Kultur-Journalismus zu sein, der jedoch eine reflektorische, indirekte Beziehung zur herrschenden Produktions- und Wirtschaftskultur hat.

Professor Dr. Gerhard Schmidtchen

WÜRDIGUNG

für die Arbeit von
Herrn Wilfried Maurer, Herrn Hans Moser, Herrn Edmund Ziegler
"Gesehen und gehört"
erschienen in Tages-Anzeiger im Verlauf des Jahre 1981

Unter einem wenig versprechenden, ja banalen Titel "Gesehen und Gehört" berichtet abwechselungsweise ein Autor aus einem Departement im Tages-Anzeiger Interessantes und Pikantes aus Ratsaal und Foyer, Wissenswertes über Geschäfte, von oder über Kantons- und Regierungsräte. Ist es schon für Parlament und Regierung nicht einfach, der Bevölkerung jene Infrastruktur von Gesetzen und Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen, die sie wünscht, so ist auch die Aufgabe der Presse, diese Sachlagen sichtbar zu machen, keineswegs leicht. Im Gegenteil. Die Presse trägt mehr denn je eine grosse Verantwortung, indem sie durch ihre Berichterstattung und begleitende Würdigung Stimmbürger und Stimmbürgerinnen statt negativ zu stimmen, sie positiv motivieren soll, sich für die Vorgänge im öffentlichen Bereich zu interessieren.

Die Spalte "Gesehen und Gehört" erfreut sich eines hohen Beachtungsgrades der Beteiligten und Interessierten. In der Jury wurde die Frage diskutiert, ob das Zugangswissen im breiten Publikum genügend sei, um die beschriebenen Begebenheiten zu verstehen.

Die Auszeichnung mit einem Preis erfolgt, weil sich die Artikelserie durch ihre leichte Lesbarkeit auszeichnet, anregend, informativ und im Atmosphärischen präzise ist. Voraussetzung sind gründliche Kenntnisse der Verhandlungsgegenstände, je nachdem Recherchearbeit, konzentrierte Aufmerksamkeit während der ganzen Ratsverhandlung, eine politische Spürnase und Fingerspitzengefühl. Authentische Wiedergaben von witzigen Wertewechseln oder Pointen, die im Meinungsbildungsprozess wichtig sind, finden sich ebenso wie die Skizzierung von Problemstellungen, um die ernsthaft getungen wird. Anfechtungen und Erfolge von namentlich genannten Politikern werden sichtbar.

Dank Ihrer Sprachbeherrschung gelingt es den Berichterstattem rünciert auf knappen Raum jedermann einen Einstieg in eine gelegentlich recht trockene Materie zu bieten. Besonders erfreulich ist der Anflug von Heiterkeit, ein verständlicher Humor. Diese menschliche Dimension, die trotz Tendenzen zur Konfrontation besteht, im politischen Bereich aufzuzeigen, ist eine wichtige Aufgabe in der Gegenwart. Deren Erfüllung soll durch die Preisverleihung ihre Anerkennung finden.

Dr. Margrit Bohren-Hoerni

AUSZÜGE AUS DEM PRESSE-ECHO

Züri-Leu, 7. April 1982

Journalistenpreis für «Züri Leu»-Serie



Jury-Präsident Hans W. Kopp gratuliert Caroline Rätz vom «Züri Leu» zum Journalistenpreis

Foto: Christian Käzig

«Wir Kinder vom Hirschenplatz»: vor einem Jahr erschien diese grosse «Züri Leu»-Serie über das Elend der Heroinsüchtigen in Zürich. Die aufwendige Arbeit von «Züri Leu»-Redaktorin Caroline Ratz erregte nicht nur Aufsehen und Bestürzung in ungewöhnlichem Ausmass, sondern auch die Aufmerksamkeit der Pressewelt. Am Freitag wurde Caroline Ratz mit dem begehrten Zürcher Journalistenpreis ausgezeichnet.

«Die Autorin ist ohne vorgefasste Meinung an ihre Aufgabe herangegangen. Aber aus ihrem Text spürt man Betroffenheit und menschliche Anteilnahme heraus.» Dies erklärte anlässlich der Preisübergabe im Zunfthaus «Zur Haas» Dr. Arthur Baur, alt Chefredaktor des «Landboten», namens der Jury.

Der Zürcher Journalistenpreis wurde vom Zürcher Presseverein ins Leben gerufen und vergangenes Jahr zum ersten Male verliehen. Für die zweite Runde wurden 113 Arbeiten eingereicht. Das Preisgericht, unabhängige Persönlichkeiten, urteilt nach strengen Qualitätsgrundsätzen. Ihm gehören als Präsident der Medienrechtler Dr. Hans W. Kopp sowie als Mitglieder u. a. Soziologieprofessor Dr. Gerhard Schindler und Kantonsrätin Dr. Margrit Böhm-Höwi an. Ebenfalls ausgezeichnet wurde die Kan-

tonrat-Kolumne «Gesehen und gehört» im «Tages-Anzeiger» (von Wilhelm Meurer, Hans Moser und Edmund Ziegler) sowie eine heimatkundliche Reportage im «Zürcher Oberländer» aus der Feder des freien Journalisten Josef Hübel, der auch gelegentlich für den «Züri Leu» arbeitet.

«Die besondere Leistung von Caroline Ratz», so führte Dr. Baur weiter aus, «besteht darin, dass sie, ohne zu theoretisieren, das Drogenproblem von der menschlichen Seite her angegangen ist. Was sie geschrieben hat, muss auf die Leser Eindruck gemacht haben, und sicher sind viele Leute nach dieser Lektüre um vieles nachdenklicher geworden.»

Caroline Ratz, die von erfahrenen Journalisten Peter Halterer mit einem Beitrag unterstützt wurde, hat etwa drei Monate an dieser Serie gearbeitet und darin die Probleme von Menschen aus ihrer eigenen Generation geschildert; die Nachwuchs-Journalistin ist erst 23 Jahre alt.

Der «Züri Leu» freut sich über diese verdiente Auszeichnung seiner Mitarbeiterin und gratuliert ihr dazu herzlich.

An der der Preisverleihung vorangegangenen Generalversammlung wählten die Mitglieder des Zürcher Pressevereins den Fernoch-Abteilungsleiter Ulrich Pfister zu ihrem neuen Präsidenten und «Züri Leu»-Chefredaktor Karl Lüthi zum Vizepräsidenten.

Neue Zürcher Zeitung

3./4. April 1982

Auseinandersetzungen um eine Krawallresolution

Lebhafte Jahresversammlung
des Zürcher Pressevereins

gk. Lebhaftige Diskussionen löste an der Jahresversammlung des Zürcher Pressevereins (ZPV) vom Freitag ein (schlecht vorbereiteter) Resolutionsentwurf zur jüngsten Entwicklung der Rechtsprechung im Zusammenhang mit den Zürcher Unruhen aus. Einig waren sich die rund 50 ZPV-Mitglieder hingegen in ihrer Besorgnis über die Ausweitung des Landfriedensbruch-Fatbestandes durch Bundesgerichte und Zürcher Bezirksgericht. An ihrer Jahresversammlung im Zunftsaal der «Häuser» wählte der ZPV anstelle des zurücktretenden Präsidenten André Givel neu Ulrich Pfister, Abteilungsleiter beim Schweizer Fernsehen. Zum zweitenmal wurde dieses Jahr der Zürcher Journalistenpreis vergeben. Über seinen parlamentarischen Verstoß zur liberalen Ausgestaltung der behördlichen Informationspraxis und der Pressefreiheit überhaupt referierte zum Schluss der Aargauer Sondersrat Julius Boller.

Der Journalistenpreis 1982 wurde vom Präsidenten der Jury, Dr. Hans W. Kopp, zu gleichen Teilen folgenden Journalisten verliehen: Dem «Tages-Anzeiger»-Redaktoren *Hilfried Maurer, Hans Meier und Edmund Ziegler* für ihre Kantonsstabskolumne «Gesehen und gehört»; der «Zürich-Leuz»-Journalistin *Caroline Ratz* für ihre Serie zum Drogenproblem «Wie Kinder vom Hirschenplatz» sowie dem Journalisten *Jose Huber* für seinen Beitrag über das aussterbende Krattensmacherhandwerk im «Zürcher Oberländer».

Nach längerem Streit, der vorah auf die offenbar chronische Berufskrankheit von Journalisten zurückzuführen ist, als Funktionäre grundsätzlich mit schlecht vorbereiteten und formulierten Texten an die Öffentlichkeit zu gelangen, wurde schließlich mit grosser Mehrheit eine Resolution verabschiedet, in der sich der ZPV als Vertretung von rund 900 aktiven Berufsjournalisten «äusserst besorgt» zeigt über die neueste Entwicklung der Rechtsprechung im Zusammenhang mit den Zürcher Unruhen. Er protestiert gegen die neuesten Urteile des Bundesgerichts und deren eilige Anwendung auf den unteren Stufen der Justiz, wonach sich jedermann, der in der Nähe von unbewilligten Demonstrationen angetroffen wird, des Landfriedensbruchs schuldig macht. Diese Auslegung beeinträchtigt die verfassungsmässigen Bürgerrechte.

Tagblatt der Stadt Zürich.

3. April 1982



Die «Tagblatt»-Redaktion ist über den Preis von Caroline Rätz (23) ganz besonders erfreut. Den Lesern ist sicher aufgefallen, dass die Gewinnerin in den vergangenen zwei Monaten aktiv an der journalistischen Gestaltung der Zeitung mitgewirkt hat.

**Verleihung des Zürcher
Journalistenpreises 1982**

Drei journalistische Arbeiten von insgesamt 113 eingereichten Beiträgen fand die Jury des Zürcher Preiswettbewerbs preiswürdig und teilte die Preissumme von 6000 Franken unter den Gewinnern auf. Je 2000 Franken erhielten Frau Caroline Rätz vom «Zeit-Leser» für ihre Serie «Wie Kinder vom Hirschenpfates», Hans Joss Nalund für seinen Beitrag «Früher kritisierte sogar der Pfarrer» und das «Tag»-Anzeigen-Team Wilfried Mauer, Hans Moser und Edmund Ziegler für ihre Kantonrats-Kolumne «Gesehen und gehört». Wie Dr. Hans W. Kapp von der Jury erklärte, deckten die prämierten Beiträge ein Spektrum ab, das breiter kaum vorstellbar wäre. Daher stehen alle mit Preisen bedachten Arbeiten im ersten Rang.

Tages-Anzeiger, 3. April 1982



Die Träger des Zürcher Journalistenpreises 1982 (von rechts) Jona Hüberli, Caroline Ratz, Edmund Ziegler und Wilfried Mauser. Der im TA-Team ebenfalls ausgezeichnete Hans Moser konnte wegen Auslandsabwesenheit der Verleihung nicht beitreten. Bild: Thomas Bärli

Journalistenpreis 1982 verliehen

gew. An der Generalversammlung von gestern Freitag hat der Zürcher Presserverein zum zweitenmal den Zürcher Journalistenpreis verliehen. Die Preisträger sind Caroline Ratz für ihre Serie «Wir klädel vom Hirschengraben», erschienen im «Zür-Leser», Jona Hüberli für seinen Artikel «Früher kränzte sogar der Pfarrer», erschienen im «Heimungspiegel» (Beilage zum «Zürcher Oberländer») und Wilfried Mauser, Hans Moser und Edmund Ziegler für ihre im «Tages-Anzeiger» erscheinenden Beiträge «Gesehen und gehört».

Die unter der Leitung von Hans W. Kipp stehende Jury hatte ihre Wahl unter insgesamt 113 eingereichten Arbeiten zu treffen. Die drei Preise, von denen jeder mit 2000 Franken und einer Medaille dotiert ist, wurden schliesslich ex aequo verliehen. In der Laudatio für Caroline Ratz heisst es, sie sei an ihre Arbeit über die Drogenprobleme «ohne vorgefasste Meinung» herangegangen, aber aus

ihrem hervorragenden Text spüre man «Betroffenheit und innere Anteilnahme». Die Reportage von Jona Hüberli über das Kratzenmacherhandwerk fiel auf, weil sie nicht nur als volkswirtschaftlicher Beitrag zu verstehen sei, sondern beim Leser vielseitige Empfindungen auslöse: über die Arbeit des Handwerkers werde die Einfühlung in die soziale und kulturelle Situation möglich.

In der Spalte «Gesehen und gehört», in der abwechselungsweise ein Autor aus einem Departement im «Tages-Anzeiger» schreibt, werde über «Interessantes und Pikantes aus Ratzenal und Feyer, Wissenswertes über Geschichte, von und über Kantons- und Regierungsräte» berichtet, heisst es in der Laudatio. Die Serie zeichne sich aus durch ihre leichte Lesbarkeit, sie sei anregend, informativ und im Atmosphärischen präzise. «Dank ihrer Sprachbeherrschung gelingt es den Berichterstatter, markant auf knappem Raum jedem Leser einen Einstieg in eine gelegentlich recht trockene Materie zu bieten», heisst es weiter in der Laudatio.

Vor der Preisverleihung hatte die Generalversammlung des ZPV Ulrich Pfister zum neuen Präsidenten gewählt und in einer Resolution ihre Besorgnis über die Rechtsprechung im Zusammenhang mit den Zürcher Unruhen ausgedrückt. Im aktuellen Zusammenhang stand das vom argentinischen Botschafter Julius Bunker gehaltene Referat über «Pressfreiheit».

Journalistenpreis für Reportage im ZO-«Heimatspiegel»

Auszeichnung des Zürcher Pressevereins ex aequo für Beiträge im «Züri-Leu», im «Tages-Anzeiger» und im «Zürcher Oberländer»

20. Für seine Reportage «Früher krätzte sogar der Pfarrer» im «Heimatspiegel» des «Zürcher Oberländer» (Ausgabe 4/1981) ist Jona Häberli mit dem Zürcher Journalistenpreis ausgezeichnet worden. Der mit insgesamt 6000 Franken dotierte Preis geht zu gleichen Teilen an Häberli sowie an Caroline Ratz vom «Züri-Leu» für ihre Serie «Wir Kinder vom Hirschenplatz» und die Redaktoren-Trio Milvred Meuser, Hans Meuser und Edmund Ziegler vom «Tages-Anzeiger» für ihre Beiträge «Gesehen und gehört» aus dem Kantonst.

Der Inhalt der Reportage

Jona Häberli hat mit seiner Reportage unter dem Titel «Früher krätzte sogar der Pfarrer» ein ausserordentliches Handwerk porträtiert, das seit weit über hundert Jahren eine Zornenberger Spezialität ist. Aus groben Haselruten werden dabei feingliedrige Beerenkratzen hergestellt. Der Autor hat Techniken und Abläufe dieser Handwerkskunst präzise festgehalten und damit die Überlieferung eines Wissens gesichert, bevor es endgültig verlorengeht.

Aussagekräftige Laudatio

In der Laudatio heisst es wörtlich: «Der Autor versteht es, den Leser durch präzise und anschauliche Beschreibung mancher Details, so als

würde man einem Meisterchratter zusehen, in ständiger Spannung zu halten, wie und ob alles gelingt.» Weiter heisst es: «Der gut mit Fotos veranschaulichte Beitrag ist nicht nur als eine in sich sogar hervorragende volkskundliche Reportage zu verstehen, sondern er liess beim Leser vielseitige Empfindungen aus. Über die Ästhetik des Handwerklichen wird die Erfüllung in eine soziale und kulturelle Situation möglich, und dass etwas in seiner Alltäglichkeit so Eindrucksvolles am Ende so wenig Kurswert in unserer Gesellschaft hat, dass es verschwindet, macht über alle Nostalgie hinaus nachdenklich. Der Beitrag scheint somit, von der Recherche angefangen bis zur Darstellung und Leserführung, ein hervorragendes Beispiel für einen beachtlichen Kulturjournalismus zu sein, der jedoch eine reflektionsreiche, indirekte Beziehung zur herrschenden Produktions- und Wirtschaftskultur hat.» - So weit die Begründung der Jury.

Zur Person des Autors

H. Jona Häberli, geboren 1943, ist seit Herbst 1980 freier Journalist. Zuvor war er während 13 Jahren am Schweizer Fernsehen tätig, wo er unter anderem an der Tagesschau und an den Sendungen «Blickpunkt» sowie «Fernsehstrasse 1-4» mitwirkte. Seit sieben Jahren wohnt Jona Häberli im Vorder-Fachloch bei Stig.

Was will der Zürcher Journalistenpreis?

Der «Zürcher Journalistenpreis» ist eine Institution des Zürcher Pressevereins. Er will Anreize zur Hebung der journalistischen Qualität sowie zur Förderung des beruflichen Nachwuchses geben. Die Jury steht unter der Leitung des bekannten Juristen und Medienexperten Dr. Hans W. Kopp. Ferner gehören dem Gremium an Dr. Margrith Bahren-Hornet, Kantonsrätin und Präsidentin des Schweizer Verbands Volkedienst, Dr. Arthur Baur, ehemaliger Chefredaktor des «Landboten»; Dr. Walter Statzer, ehemaliger Chebedaktor des «Tages-Anzeigers» und Prof. Dr. Gerhard Schmidchen, Ordinarius für Soziologie an der Universität Zürich.

Exemplarischer Beitrag für «Heimatspiegel»

Die Redaktion des ZO freut sich über diese Auszeichnung, wobei beizufügen ist, dass das Verdienst um den Beitrag selbstverständlich in erster Linie dem Autor gebührt. Insofern darf die Preisurteilung allerdings wohl auch als Würdigung des Konzeptes des «Heimatspiegels» verstanden werden, als die Reportage von Jona Häberli in exemplarischer Weise den Zielvorstellungen entspricht, welche wir der Monatsbeilage unseres Blattes zugrunde gelegt haben.

Heimatspiegel

Früher krätzte sogar der Pfarrer

Die Haselruten werden in der Regel im Sommer geerntet. Sie werden dann in der Werkstatt des Handwerkers zu Kratzen verarbeitet. Die Kratzen werden dann in der Regel im Winter geerntet. Sie werden dann in der Werkstatt des Handwerkers zu Kratzen verarbeitet. Die Kratzen werden dann in der Regel im Winter geerntet. Sie werden dann in der Werkstatt des Handwerkers zu Kratzen verarbeitet.



REGLEMENT ÜBER DIE
VERLEIHUNG DES
ZÜRCHER JOURNALISTENPREISES

REGLEMENT

Über die

Verleihung des Zürcher Journalistenpreises

1. Zielsetzungen

Mit der jährlichen Ausschreibung des Zürcher Journalistenpreises will der Zürcher Presseverein (ZPV)

- a) zusätzliche Anreize zur Hebung der journalistischen Qualität bieten;
- b) zur Förderung des beruflichen Nachwuchses beitragen;
- c) Dritte zur Unterstützung seiner Bestrebungen in den erwähnten Richtungen und zu eigenen Bemühungen anregen.

2. Preise

Im Hinblick auf die Zielsetzungen gemäss Zif. 1 werden pro Kalenderjahr in der Regel ein bis drei Preise verliehen.

Alle Preise werden von ZPV aus privaten Spenden, die in der Regel anonym sein müssen, sowie allenfalls aus eigenen Mitteln finanziert. Mit diesen Spenden dürfen keinerlei Bedingungen oder Auflagen irgendwelcher Art verknüpft sein.

Der Vorstand des ZPV teilt jährlich der Jury die in Frage kommende totale Preissumme im Sinn eines Kredits zu. Inner-

halb dieses Kredits ist die Jury hinsichtlich der Auf- und Zuteilung völlig frei. Sie ist auch befugt, Teile des Kredits auf nachfolgende Jahre anzulegen, und soll dies insbesondere dann tun, wenn ihr für ein Kalenderjahr keine hervorragenden Arbeiten vorliegen.

3. Preisericht (Jury)

Die Jury setzt sich aus fünf Personen zusammen, von denen eine vom Vorstand des EPV zum Präsidenten bestimmt wird.

Der Präsident und zwei weitere Mitglieder der Jury gehören nicht dem EPV an.

Die zwei Mitglieder der Jury, die dem EPV angehören, dürfen selber keine Arbeiten einreichen.

Der Vorstand des EPV wählt den Präsidenten und die Mitglieder der Jury jeweils für die Dauer von vier Jahren. Wiederwahlen sind möglich. Neu zugewählte Mitglieder treten in die Amtsdauer ihrer Vorgänger ein.

Die Jury lädt zu ihren Sitzungen den Präsidenten des EPV ein. Er kann ein anderes Mitglied delegieren.

4. Eigenschaften der Preisträger

Als Preisträger kommen nur Mitglieder und Kandidaten des EPV in Frage. Die Jury kann Arbeiten von Nichtmitgliedern des EPV, die in dessen Einflussbereich (Kantone Zürich und Schaffhausen) publiziert worden sind, ehrend erwähnen.

Auch ehemalige Mitglieder und ehemalige Kandidaten des EPV können grundsätzlich nicht berücksichtigt werden, ausser wenn sie im Zeitpunkt der Veröffentlichung wenigstens eines Teils der auszuzeichnenden Arbeiten noch die Eigenschaft eines Mitglieds oder Kandidaten des EPV hatten.

Arbeiten von Mitgliedern und Kandidaten des IPV können auch dann berücksichtigt werden, wenn sie ausserhalb des Einflussbereichs des IPV veröffentlicht worden sind.

Massgeblich ist, wer in der Publikation als Urheber klar bezeichnet wird. Werden ganze Equipen oder Teams genannt, so genügt es, wenn eine der betreffenden Personen Mitglied oder Kandidat des IPV ist. Die Jury behält sich vor, Ueberprüfungen selber vorzunehmen oder zu veranlassen.

5. Sachliche Kriterien für die Preisverleihung

Für die Preisverleihung kommen nur Arbeiten in Frage, die schon veröffentlicht worden sind, und zwar jeweils innerhalb eines bestimmten Kalenderjahrs.

Für die Auszeichnung kommen Einzelbeiträge und thematisch zusammenhängende Serien in Frage.

Nicht nur Text-, sondern auch Bildbeiträge inkl. Arbeiten von Fotografen und Karikaturisten etc. können ausgezeichnet werden.

Ausgeschlossen sind Beiträge jeglicher Art, die ausschliesslich in Büchern und/oder anders als in gedruckter Form veröffentlicht worden sind.

In der Regel wird die Jury hervorragenden Leistungen auf dem Gebiet der selber recherchierten Information den Vorzug geben. Dabei wird sie das Kriterium der "selber recherchierten Information" sehr weitherzig auslegen. Besonders willkommen sind Arbeiten im Sinn der unabhängigen öffentlichen Kritik und Kontrolle zu wesentlichen Tagesfragen.

Die Jury wird in diesem Sinn zunächst ihre Aufmerksamkeit der Berücksichtigung der journalistisch-handwerklichen

sowie der berufsethischen Erfordernisse schenken und erst in damit gezogenen Rahmen auf Kriterien wie Neuigkeitswert, Originalität und Stil der Beiträge eingehen.

6. Vorgehen der Jury bis zur Preisverleihung

In Zusammenarbeit mit dem Vorstand des IPV ist die Jury für die rechtzeitige Ausschreibung des Zürcher Journalistenpreises besorgt.

Der Vorstand des IPV ist für die entsprechenden mündlichen Bekanntgaben an den Generalversammlungen und sonstigen Veranstaltungen des IPV sowie für die zweckdienlichen Publikationen in Verbands- und Fachzeitschriften u.ä. verantwortlich.

In die Beurteilung betreffend ein Kalenderjahr werden alle Arbeiten einbezogen, die bis zum 15. Januar des jeweils nächstfolgenden Kalenderjahrs beim Sekretariat Zürcher Journalistenpreis eingetroffen sind. Arbeiten können jedoch während des ganzen Kalenderjahrs, auf das die Beurteilung sich bezieht, jederzeit eingesandt werden. Werden von einem oder für einen Bewerber mehr als drei Arbeiten aus einem Kalenderjahr eingereicht, so muss der Bewerber zur Erklärung veranlasst werden, welche Arbeit oder Arbeiten ausgeschieden werden sollen. Entscheidet er sich nicht oder nicht rechtzeitig, so nimmt die Jury die Ausscheidung vor.

Es bleibt der Jury vorbehalten, von sich aus Arbeiten in die Beurteilung einzubeziehen. Die Mitglieder der Jury, die Mitglieder und Kandidaten des IPV sowie Aussenstehende sind eingeladen, jederzeit Arbeiten, die ihnen für eine Preisverleihung geeignet erscheinen, dem Sekretariat Zürcher Journalistenpreis vorzulegen.

Alle Einreichungen erfolgen mit dem ausdrücklichen Vermerk "Zürcher Journalistenpreis". In der Regel tritt die Jury erstmals im Herbst des Kalenderjahrs, auf das die Beurteilung sich bezieht, und sodann spätestens wieder im März des nachfolgenden Kalenderjahrs für ihre Aussprachen und Beschlussfassungen zusammen. Ihre Mitglieder treten von sich aus in den Ausstand, soweit ihnen nahestehende Personen oder Zeitungen oder Zeitschriften oder Verlage etc. an der Auszeichnung bestimmter Arbeiten interessiert sind oder sein könnten.

7. Zeitpunkt und Verfahren der Preisverleihung

Soweit mehrere Preise verliehen werden, sind die Preissummen in zweckdienlicher Weise abzustufen (Beispiel: Fr. 3'000.--/2'000.--/1'000.-- oder ex aequo dreimal Fr. 2'000.--). Wird für ein Kalenderjahr nur ein Preis verliehen, so beläuft er sich in der Regel auf mindestens Fr. 5'000.--.

Im Rahmen der Generalversammlung des ZPV gibt der Präsident der Jury den oder die Preisträger bekannt. Er selber oder ein Mitglied der Jury nehmen die Würdigung(en) des bzw. der Preisträger vor. Anschliessend erhalten diese selber das Wort.

Zusätzlich zu den Barpreisen erhalten die Preisträger je eine Medaille des ZPV.

Im Sekretariat des ZPV und im Pressefoyer (Münstergasse 9, Zürich) liegt je ein Dossier mit allen von der Jury schon prämierten Arbeiten auf.

8. Organisation/Administration

Für die Erledigung der organisatorischen und administrativen Arbeiten wird ein Sekretariat Zürcher Journalistenpreis bestimmt.

Dieses erledigt seine Aufgaben nach den Weisungen des Präsidenten der Jury.

9. Eigentums- und Urheberrechte

Die Eigentums- und Urheberrechte werden durch die Einreichung an die Jury und die Preisverleihungen nicht berührt.

Der Jury bleibt jedoch die beliebige Veröffentlichung der preisgekrönten Arbeiten vorbehalten. Im Zweifelsfällen klärt das Sekretariat Zürcher Journalistenpreis die sich stellenden Rechtsfragen zum voraus vorsorglicherweise ab.

Eingereichte Arbeiten werden den Absendern auf Verlangen zurückgegeben, sobald das betreffende Kalenderjahr abgelaufen ist. Nicht zurückverlangte Arbeiten werden vom Sekretariat Zürcher Journalistenpreis aufbewahrt, bis zusätzlich zum Kalenderjahr, auf das die Preisverleihungen sich beziehen, zwei weitere Kalenderjahre abgelaufen sind. Anschliessend werden die eingereichten Arbeiten vom Sekretariat Zürcher Journalistenpreis ohne vorübergehende Rückfragen vernichtet.

10. Schlussbestimmungen

Versuche, die Jury oder einzelne Mitglieder der Jury zu beeinflussen, führen ohne weiteres zum Ausschluss der betreffenden Arbeiten.

Beeinflussungsversuche und sich daraus ergebende Ausschlüsse werden von der Jury dem Vorstand des ZPV gemeldet.

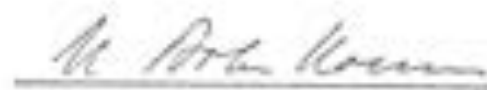
Die Einreichung irgendwelcher Arbeiten durch mögliche Preisträger bedeutet ohne weiteres die Anerkennung aller Bestimmungen des vorliegenden Reglements.

Unter keinen Umständen können Rechtsansprüche auf die Ausrichtung von Preisen ohne entsprechende Beschlüsse der Jury entstehen. Die Beschlüsse der Jury sind endgültig, Beschwerde- oder sonstige Weiterzugsmöglichkeiten bestehen nicht. Die Jury wird im Rahmen der Preisverleihungen ihre Gründe erläutern; negative Entscheidungen brauchen nicht bekanntgegeben oder begründet zu werden.

Zürich, 25. März 1980



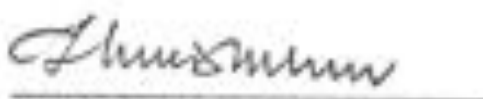
(Dr. Hans W. Kopp)



(Frau Dr. h.c. Margrit
Bohren-Hoernli)



(Dr. Arthur Baur)



(Prof. Dr. Gerhard
Scheidtchen)



(Dr. Walter Stutzor)

AUSLEGUNGSENTSCHEIDE DER JURY

(IN STICHWORTEN)

Als Preisträger für den Zürcher Journalistenpreis kommen auch Mitglieder des ZJV in Frage, die nicht im Berufsregister eingetragen sind.

Das Erfordernis der Zugehörigkeit zum ZJV ist dann erfüllt, wenn der Bewerber sowohl im Zeitpunkt der Veröffentlichung der Arbeit als auch in demjenigen des Einsendeschlusses Mitglied oder Kandidat des ZJV ist.

Wenn bei einer Team-Arbeit die Mehrheit der Autoren Mitglieder oder Kandidaten des ZJV sind, wird der Preis im Falle einer Auszeichnung allen Beteiligten - auch den Nichtmitgliedern - zugesprochen.

Arbeiten, deren Veröffentlichung sich über mehr als ein Jahr erstreckt, werden dann berücksichtigt, wenn ein wesentlicher Teil davon im Prämierungsjahr erschienen ist.

Beiträge in Broschüren oder Sammelwerken werden ebenfalls beurteilt.

In bezug auf den Einsendeschluss vom 15. Januar, der jeweils dem Prämierungsjahr folgt, gilt das Datum des Poststempels.

ADMINISTRATIVE ANGABEN

ADRESSEN

Sekretariat Zürcher Presseverein
Usserantstrasse 2

8303 Breite / Nörenschorf

Telefon: 01/836 78 60
wenn keine Antwort 836 53 71

Zuständig: Frau Alice Lutz

Sekretariat Zürcher Journalistenpreis
Postfach

8032 Zürich

Telefon: 01/47 59 70

Zuständig: Herr Christoph Born bzw. Frau Marina Schlatter

BANKKONTO

Zürcher Presseverein, DK 170.766 L1N
Rubrik "Journalistenpreis"

Schweizerische Bankgesellschaft
Bahnhofstrasse 45

8001 Zürich

Postcheck-Konto 80-2